Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung

Mit Bayern rechnen.

Bayern in Zahlen

Ausgabe 10|2011

- Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030
- Strukturen in der Landwirtschaft
- Das Verhältnis von Wirtschaft und Statistik – Belastung und Nutzen bei Unternehmensstatistiken

Bestell-Nummer Z10001 201110
Preis 4,80 €

Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik und
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 142. (65.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München

Preis
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis
© Fotolia

Vertrieb
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-205
Telefax 089 2119-457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-218
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2011
Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne § 2 Urheberrechtsgesetz. Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme und/oder Datenträger. Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyrightrechten Dritter hingewiesen wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
-	nichts vorhanden
...	Angabe fällt später an
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
.	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
p	vorläufiges Ergebnis
r	berichtigtes Ergebnis
s	geschätztes Ergebnis
D	Durchschnitt
≙	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Statistik aktuell

512 Kurzmitteilungen

Nachrichten

538 Teilnahme an der Messe Kommunale 2011

539 Die internationale Bodenseeregion in Zahlen

Beiträge aus der Statistik

540 Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030

548 Strukturen in der Landwirtschaft

554 Das Verhältnis von Wirtschaft und Statistik – Belastung und Nutzen bei Unternehmensstatistiken

Bayerischer Zahlenspiegel

565 Tabellen

574 Graphiken

Neuerscheinungen
3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Fast jeder fünfte Einwohner Bayerns hat einen Migrationshintergrund

Seit dem Jahr 2005 können mit Daten des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, Untersuchungen zum "Migrationshintergrund" durchgeführt werden. Als Menschen mit Migrationshintergrund gelten dabei Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder die im Ausland geboren wurden und seit 1950 zugewandert sind oder die einen Elternteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit haben bzw. bei denen ein Elternteil aus dem Ausland zugewandert ist.

In Bayern hatten im Jahr 2010 rund 2,43 Millionen der insgesamt 12,51 Millionen Einwohner einen Migrationshintergrund. Somit wies nahezu jeder fünfte Einwohner (rund 19 %) einen Migrationshintergrund auf. Von den im Freistaat lebenden 2,43 Millionen Zugewanderten und ihren Nachkommen besaßen 1,26 Millionen (52 %) eine deutsche und 1,16 Millionen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Weit mehr als zwei Drittel der in Bayern lebenden Migranten (69 % oder 1,68 Millionen) verfügten über eigene Migrationserfahrung, das heißt, sie sind aus dem Ausland nach Deutschland zugewandert. Von diesen gaben 74 % (1,24 Millionen) an, aus einem europäischen Land zu stammen. Afrika gaben rund 33 000 Migranten als Herkunftsregion an, Amerika rund 59 000 und Asien, Australien oder Ozeanien 240 000. Als derzeitige oder frühere Staatsangehörigkeit wurde am häufigsten die Türkei (189 000) genannt, gefolgt von Rumänien (149 000) und Russischer Föderation (135 000).

Rund 43 % (729 000) der in Bayern lebenden Migranten, die selbst nach Deutschland zugewandert sind, lebten bereits 20 oder mehr Jahre in Deutschland. Rund 10 % (161 000) hingegen waren mit einer Aufenthaltsdauer von unter fünf Jahren erst relativ kurz im Land. Das Durchschnittsalter der Migranten in Bayern betrug 35,8 Jahre. Die bayerische Bevölkerung ohne Migrationshintergrund war im Jahr 2010 mit durchschnittlich 44,7 Jahren knapp neun Jahre älter.

Zum deutsch-amerikanischen Tag

Im Jahr 2010 lebten 21 800 Personen mit amerikanischer Staatsangehörigkeit in Bayern, bundesweit waren es rund 100 000. Andererseits lebten laut US-Zensus aus dem Jahr 2000 in den USA 461 000 in Deutschland geborene Personen, die eingebürgert worden sind.

Verglichen mit den US-Amerikanern können sich die Deutschen und insbesondere die Bayern über ein längeres Leben freuen. So beträgt in den USA zum Beispiel die Lebenserwartung eines Mädchens bei der Geburt 80,3 und die eines Buben 75,3 Jahre. In Deutschland liegen diese Werte für ein neugeborenes Mädchen bei 82,6 und für einen Buben bei 77,5 Jahren. Bayern liegt mit einem Wert von 83,0 für ein neugeborenes Mädchen und 78,1 Jahren bei einem Buben deutlich über den US-amerikanischen Werten. Andererseits sind die US-Amerikaner im Schnitt deutlich jünger als die Deutschen. Der Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen beträgt in den USA 24,3 % und der der 65-jährigen oder älteren Personen 12,9 %. In Deutschland misst der Anteil der unter 18-Jährigen 16,5 % und der der mindestens 65-Jährigen 20,7 %.

Dass die USA eine jüngere Nation als Deutschland sind, verdanken sie auch der Zahl der Kinder, die eine Frau im Durchschnitt zur Welt bringt. In den Vereinigten Staaten lag diese Zahl im Jahr 2009 bei 2,05 Kindern. In Deutschland wurden hingegen rund 1,36 Kinder je Frau geboren.

Die Vereinigten Staaten weisen eine Gesamtfläche von rund 9,8 Millionen km² auf. Vergleicht man diese mit der Fläche Deutschlands von rund 357 000 km², so würde Deutschland 27,5-mal in die USA hineinpassen. Setzt man die Fläche in Relation zur Bevölkerung, dann erhält man die Bevölkerungsdichte. Diese gibt an, wie viele Personen pro km² in einem Land leben. In den USA waren dies Ende 2010 gut 31 Personen, in Deutsch-

land ging es dagegen mit 229 Personen pro km² wesentlich enger zu.

Betrachtet man die wirtschaftliche Lage am Beispiel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Einwohner, zeigt sich für das Jahr 2010, dass Bayern mit 35 337 Euro knapp vor den Vereinigten Staaten mit 35 008 Euro und Deutschland mit 30 566 Euro pro Einwohner liegt.

Auch beim Blick auf die Arbeitslosenquote für den Monat August 2011 sieht man, dass Bayern mit einem Wert von 3,7 % besser dasteht als Gesamtdeutschland mit 7,0 % oder die Vereinigten Staaten mit einem Wert von 9,1 %. Die guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zeigen sich auch beim Blick auf die jeweiligen Firmen- und Beschäftigtenzahlen sowie den Umfang der Direktinvestitionen beider Länder. Laut Angaben der Bundesbank waren im Jahr 2009 rund 1 408 amerikanische Firmen in Deutschland ansässig, die rund 316 000 Arbeitnehmer beschäftigten. Außerdem tätigten sie 2009 in Deutschland Direktinvestitionen im Umfang von rund 60,7 Milliarden Euro. Im Gegenzug dazu waren laut Bundesbank 2009 in den Vereinigten Staaten 4 228 deutsche Firmen aktiv, die rund 735 000 Beschäftigten eine Arbeitsstelle gaben. Eine beachtliche Entwicklung, wenn man bedenkt, dass 1990 erst 1 913 deutsche Unternehmen in den USA mit eigenen Niederlassungen aktiv waren. Deutsche Unternehmen investierten dort 2009 rund 145,6 Milliarden Euro. 1990 waren es erst 54,7 Milliarden Euro.

Internationaler Tag der Gehörlosen am 25. September 2011

Zum Jahresende 2009 waren 43 552 Personen und somit knapp vier Prozent aller 1 142 897 in Bayern lebenden Schwerbehinderten wegen Schwerhörigkeit oder Gehörlosigkeit bzw. Taubheit schwerbehindert und hatten somit einen Grad der Behinderung von 50 oder mehr. Dabei bedeutet Gehörlosigkeit oder Taubheit, dass Geräusche und Töne nicht wahrgenommen werden können; beide Begriffe werden heute meist synonym verwendet. Hiervon waren 87 % (37 731 Personen) schwerhörig, auch kombiniert mit Gleichgewichtsstörungen und 5 821 Personen (13 %) gehörlos oder aber gehörlos verbunden mit Störungen der Sprachentwicklung und entsprechenden Störungen der geistigen Entwicklung.

Von Gehörlosigkeit waren Männer und Frauen in etwa gleich häufig betroffen. Von den insgesamt 5 821 betroffenen Personen war bei 3 049 Personen (52 %) die Gehörlosigkeit angeboren, bei 2 658 Personen (46 %) wurde sie durch eine Krankheit verursacht und bei den restlichen 114 Personen (2 %) war ein Unfall, eine Kriegs-, Wehr-, oder Zivildienstbeschädigung bzw. eine sonstige Ursache der Grund für die Gehörlosigkeit. 93 % der von Gehörlosigkeit betroffenen Menschen hatten einen Grad der Behinderung von 100.

Bei den 37 731 aufgrund von Schwerhörigkeit schwerbehinderten Menschen waren mit 57 % mehr Männer als Frauen (43 %) betroffen. Die Schwerhörigkeit wurde bei 34 893 Personen (93 %) durch eine Krankheit verursacht, bei 2 048 Personen (5 %) war sie angeboren und bei den übrigen 790 Personen (2 %) war ein Unfall, eine Kriegs-, Wehr-, oder Zivildienstbeschädigung oder eine sonstige Ursache der Grund für die Schwerhörigkeit.

Weitere Informationen zu den Schwerbehinderten in Bayern finden Sie in unserer Online-Datenbank GENESIS unter folgendem Link:

www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?language=de&sequenz=statistikTabellen&selectionname=22711

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Schwerbehinderte Menschen in Bayern am 31.12.2009“ (Bestellnummer: K31003 200951, Preis der Druckausgabe: 12,00 €).*

Welt-Herz-Tag am 29. September 2011

In den 377 bayerischen Krankenhäusern wurden gut 2,81 Millionen Mal Patienten vollstationär behandelt. Der mit Abstand häufigste Anlass für eine vollstationäre Behandlung waren im Jahr 2009 die Krankheiten des Kreislaufsystems mit 14,1 % (knapp 396 000 Fälle); dies waren rund 2,15 % mehr als im Vorjahr (2008: 387 433).

Mehr als die Hälfte (52,9 %) aller aufgrund von Kreislauferkrankungen bedingten stationären Behandlungsfälle betraf männliche Patienten, fast 69 % der Patienten waren 65 Jahre alt oder älter.

Unter den 20 häufigsten Behandlungsanlässen für einen Krankenhausaufenthalt waren acht verschiedene Herz-/Kreislauferkrankungen. Lässt man die Krankenhausaufenthalte von gesunden Neugeborenen (rund 72 000 Fälle) unberücksichtigt, dann war mit gut 54 000 Fällen eine Herzinsuffizienz (Herzmuskelschwäche) die häufigste Hauptdiagnose. Den fünften Rang unter den 20 häufigsten Hauptdiagnosen nahm mit 34 614 Fällen die Angina Pectoris ein. Diese Angaben gehen aus der jährlich erhobenen „Diagnosestatistik“ hervor. Hier werden alle im Laufe eines Berichtsjahres nach vollstationärem Krankenhausaufenthalt entlassenen Patienten (einschl. Sterbefälle und Stundenfälle) u.a. nach Alter, Geschlecht und Hauptdiagnose erfasst.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2009“.*

Vollstationär behandelte Patienten (Fälle) in bayerischen Krankenhäusern (einschl. Sterbefälle und Stundenfälle) 2009 nach Altersgruppen und den 20 häufigsten Hauptdiagnosen[1]

Hauptdiagnose/Behandlungsanlass	Entlassene vollstationär behandelte Patienten					
	insgesamt	davon im Alter von … Jahren				
		unter 5	5 bis unter 25	25 bis unter 45	45 bis unter 65	65 oder mehr
Herzinsuffzienz (Herzmuskelschwäche)	54 421	19	34	427	5 046	48 895
Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol	50 489	3	8 855	17 067	20 793	3 771
Intrakranielle (innerh. des Schädels) Verletzungen	41 278	5 548	13 069	5 460	5 579	11 622
Gonoarthrose (Arthrose des Kniegelenks)	35 486	2	45	1 142	10 941	23 356
Angina Pectoris	34 614	-	29	1 137	10 963	22 485
Hirninfarkt	33 741	21	73	870	5 689	27 088
Vorhofflattern, -flimmern	32 819	5	85	1 153	8 312	23 264
Pneumonie, Erreger nicht näher bezeichnet	31 999	2 853	1 560	1 772	4 194	21 620
Cholelithiassis (Gallensteinerkrankung)	30 823	5	1 277	6 421	9 887	13 233
Sonstige Bandscheibenschäden	29 624	-	534	8 317	12 103	8 670
Akuter Myokardinfarkt (Herzinfarkt)	28 228	-	16	1 032	7 742	19 438
Essentielle (primäre) Hypertonie (Bluthochdruck)	27 382	2	261	1 665	7 723	17 731
Chronisch Ischämische Herzkrankheit	27 100	7	9	511	8 769	17 804
Koxarthrose (Arthrose des Hüftgelenks)	26 862	-	51	878	8 231	17 702
Synkope und Kollaps (Blackout/Ohnmacht)	26 348	82	3 353	2 721	4 905	15 287
Hernia inguinalis (Leistenbruch)	26 247	1 157	1 191	4 341	8 548	11 010
Atherosklerose (Arterienablagerungen, Innenwand)	25 487	2	7	230	6 079	19 169
Fraktur des Unterschenkels, einschl. des oberen Sprunggelenkes	25 015	136	3 708	5 544	8 395	7 232
Sonstige chronische obstruktive Lungenkrankheit	24 858	53	52	384	5 828	18 541
Fraktur des Femurs (Oberschenkels)	24 558	195	885	800	2 702	19 976
Summe der 20 häufigsten Hauptdiagnosen	**637 379**	**10 090**	**35 094**	**61 872**	**162 429**	**367 894**
Nachrichtlich:						
Vollstationär behandelte Patienten insgesamt	2 810 750	180 075	264 106	485 368	692 023	1 189 178
dar. mit Herz-/Kreislauferkrankungen	395 750	517	4 982	21 083	96 670	272 498

1 Im Berichtsjahr mehrmals vollstationär behandelte Patienten sind entsprechend oft gezählt.

Zum Welt-Osteoporose Tag

Im Jahr 2010 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 5 445 vollstationäre Behandlungen von Patienten mit Osteoporose als Hauptdiagnose durchgeführt, rund 1,4 % mehr als im Vorjahr (2009: 5 368) und fast doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor.

In rund 82,6 % aller aufgrund von Osteoporose erfolgten stationären Krankenhaus-Behandlungen waren die Patienten weiblich. Mit Blick auf das Alter der Patienten mit der Hauptdiagnose Osteoporose zeigt sich, dass in 94,9 % der Fälle die Patienten ein Alter von 60 Jahren oder mehr aufwiesen und in nur zwei Prozent der Fälle die Patienten unter 50 waren.

Dass in mehr als drei Vierteln der aufgrund von Osteoporose bedingten stationären Behandlungsfälle die Patienten weiblichen Geschlechts waren, hängt mit der im Schnitt höheren Lebenserwartung der Frauen und damit höherer Frauenanteile im fortgeschrittenen und damit osteoroporosegefährdeten Alter zusammen. Doch überwiegen – bezogen auf die Bevölkerung gleichen Geschlechts – Frauen mit 71 Fällen je 100 000 Personen die Männer mit nur 15 Fällen je 100 000 Personen auch im Durchschnitt aller Altersgruppen.

Weiter Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“.*

Vollstationäre Behandlungsfälle von Osteoporosepatienten in bayerischen Krankenhäusern 2010

Altersgruppe (Jahre)	Behandlungsfälle insgesamt	davon Fälle von	
		männlichen	weiblichen
		Patienten	
unter 15	12	6	6
15 bis unter 20	21	9	12
20 bis unter 25	2	0	2
25 bis unter 30	1	1	0
30 bis unter 35	5	1	4
35 bis unter 40	13	10	3
40 bis unter 45	13	9	4
45 bis unter 50	35	19	16
50 bis unter 55	59	23	36
55 bis unter 60	119	43	76
60 bis unter 65	225	58	167
65 bis unter 70	453	105	348
70 bis unter 75	857	154	703
75 bis unter 80	1 070	168	902
80 bis unter 85	1 308	195	1 113
85 bis unter 90	949	114	835
90 bis unter 95	247	27	220
95 oder mehr	56	4	52
Insgesamt	**5 445**	**946**	**4 499**

Fast drei Millionen vollstationäre Krankenhausaufenthalte

Im Jahr 2010 wurden in den 373 bayerischen Krankenhäusern rund 2,84 Millionen Mal Patienten vollstationär behandelt. Das sind etwa 32 000 vollstationäre Krankenhausaufenthalte (1,1 %) mehr als 2009. In rund 42,2 % (etwa 1,2 Millionen) aller vollstationären Behandlungsfälle waren die Patienten 65 Jahre alt oder älter. Das Durchschnittsalter lag bei 53,6 Jahren.

Der mit Abstand häufigste Anlass für eine vollstationäre Behandlung waren im Jahr 2010 die Krankheiten des Kreislaufsystems mit 14,2 % (rund 403 000 Fälle), gefolgt von Verletzungen, Vergiftungen und anderen Folgen äußerer Ursachen mit knapp 11,2 % (rund 319 000 Fälle). Den dritten Rang nahmen mit 10,2 % (rund 291 000 Fällen) Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes ein.

Lässt man die klinische Versorgung gesunder Neugeborener (rund 75 000) unberücksichtigt, war mit gut 56 000 Fällen eine Herzinsuffizienz die häufigste Hauptdiagnose, gefolgt von psychischen und Verhaltensstörungen durch Alkohol (gut 51 000) und den Verletzungen im Schädel wie z.B. Verletzung des Hirns, Hirntrauma und Gehirnerschütterung (rund 41 000 Fälle).

Diese Angaben gehen aus der jährlich erhobenen „Diagnosestatistik“ hervor. Hier werden alle im Laufe eines Berichtsjahres nach vollstationärem Krankenhausaufenthalt entlassenen Patienten (einschl. Sterbefälle und Stundenfälle) u.a. nach Alter, Geschlecht und Hauptdiagnose erfasst.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“.*

Aus Krankenhäusern in Bayern entlassene Patienten (einschl. Sterbefälle und Stundenfälle) 2010 nach Altersgruppen und Diagnosen[1]

Diagnose/Behandlungsanlass darunter Hauptdiagnosen	Entlassene vollstationär behandelte Patienten					
	insgesamt	davon im Alter von … Jahren				
		unter 5	5 bis unter 25	25 bis unter 45	45 bis unter 65	65 oder mehr
Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	85 002	11 969	12 993	10 393	13 915	35 732
Gut- und bösartige Neubildungen	268 552	2 164	6 490	24 091	93 864	141 943
dar. bösartige Neubildungen	216 681	1 391	4 190	12 963	73 826	124 311
Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmter Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	16 679	637	1 299	1 312	2 951	10 480
Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselkrankheiten	76 466	663	4 009	8 128	20 442	43 224
Psychische und Verhaltensstörungen	180 121	703	30 894	58 794	59 931	29 799
dar. psychische u. Verhaltensstörungen durch Alkohol	51 266	2	9 444	16 825	21 361	3 634
Krankheiten des Nervensystems	110 236	2 038	9 984	16 885	33 895	47 434
Krankheiten des Auges u. des Augenanhangsgebildes	44 733	722	2 229	3 221	10 247	28 314
Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	19 887	1 228	1 996	3 529	6 556	6 578
Krankheiten des Kreislaufsystems	402 631	459	4 895	20 462	98 732	278 083
dar. Ischämische Herzkrankheiten	90 493	3	66	2 558	27 897	59 969
Krankheiten des Atmungssystems	166 887	20 562	24 972	23 403	29 654	68 296
Krankheiten des Verdauungssystems	263 372	3 818	27 320	41 811	75 193	115 230
Krankheiten der Haut und der Unterhaut	42 514	2 012	7 088	9 612	10 959	12 843
Krankheiten d. Muskel-Skelett-Systems u. Bindegeweb.	291 214	1 105	15 304	40 645	108 441	125 719
Krankheiten des Urogenitalsystems	143 789	2 571	11 687	27 457	39 681	62 393
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	139 261	-	22 215	116 738	308	-
Bestimmte Zustände mit Ursprung i.d. Perinatalperiode	27 829	27 827	1	1	-	-
Symptome u. abnorme klin. u. Laborbefunde, a.n.k.	133 416	4 411	20 722	21 693	31 007	55 583
Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen	318 670	13 054	52 429	50 492	71 303	131 392
dar. Verletzungen im Schädel (Intrakranielle)	40 826	5 762	12 430	5 218	5 651	11 765
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen u. zur Inanspruchnahme d. Gesundheitswesens führen	94 434	78 323	1 769	3 150	4 909	6 283
dar. klinische Versorgung gesunder Neugeborener	74 986	74 986	-	-	-	-
Sonstige	17 082	8 059	4 985	1 928	1 426	684
Insgesamt	**2 842 775**	**182 325**	**263 281**	**483 745**	**713 414**	**1 200 010**

1 Im Berichtsjahr mehrmals vollstationär behandelte Patienten sind entsprechend oft gezählt.

Welt-Rheuma-Tag am 12. Oktober 2011

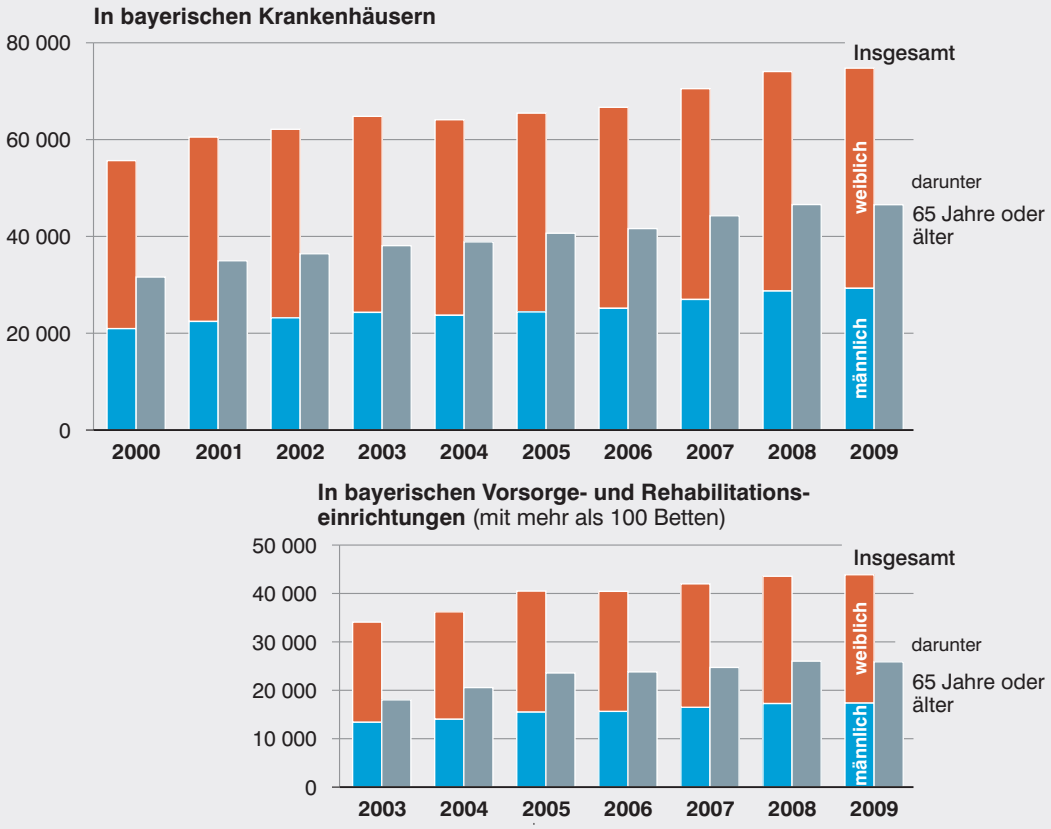
2009 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 74 756 vollstationäre Behandlungen von Patienten mit der Hauptdiagnose Polyarthritis und Arthrose durchgeführt, rund ein Prozent mehr als im Vorjahr. Der durchschnittliche Klinikaufenthalt dauerte 11,3 Tage und war damit um 3,5 Tage länger als im Durchschnitt aller vollstationär versorgten Kranken.

Die mehrjährige Betrachtung zeigt einen Aufwärtstrend. So stieg die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle von Rheuma-Patienten im Krankenhausbereich fast kontinuierlich von 55 651 im Jahr 2000 auf 74 756 im Jahr 2009. Damit nahm die Zahl der Behandlungsfälle von 2 000 bis 2 009 um gut ein Drittel zu.

Weit mehr als die Hälfte (60,8 %) aller aufgrund von Polyarthritis und Arthrose bedingten stationären Behandlungsfälle betraf weibliche Patienten. In rund 62 % der Fälle waren die Patienten 65 Jahre alt oder älter. Allerdings stieg schon in der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen mit 12 750 Behandlungen die Fallzahl drastisch an. Weiterhin wurden im Jahr 2009 in den bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen (mit mehr als 100 Betten) 43 871 Behandlungen von Patienten mit Polyarthritis und Arthrose durchgeführt, ca. 0,7 % mehr als im Vorjahr. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 21,6 Tage und war damit um 2,7 Tage kürzer als im Durchschnitt aller in den bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen vollstationär versorgten Kranken.

Betrachtet man die mehrjährige Entwicklung der vollstationären Behandlungsfälle von Rheuma-Patienten bei den bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Bet-

Stationäre Behandlungen von Rheuma-Patienten von 2000 bzw. 2003 bis 2009 nach Geschlecht und Alter der Patienten



ten (sie werden erst seit 2003 statistisch erfasst), so zeigt sich ebenfalls ein fast kontinuierlicher Anstieg von 34 082 im Jahr 2003 auf 43 871 im Jahr 2009. Dies entspricht einem Anstieg von 28,7 % in den Jahren 2003 bis 2009.

Wie in den Krankenhäusern überwog auch in den bayerischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen die Zahl der Behandlungsfälle weiblicher Rheuma-Patienten (26 469) mit 60,3 %. Ähnlich die Altersverteilung: In 59 % der Behandlungsfälle waren die Patienten mindestens 65 Jahre alt. Diese Angaben gehen aus der jährlich erhobenen „Diagnosestatistik“ hervor. Hier werden alle im Laufe eines Berichtsjahres nach vollstationärem Krankenhausaufenthalt entlassenen Patienten (einschl. Sterbefälle und Stundenfälle) u.a. nach Alter, Geschlecht und Hauptdiagnose erfasst.

Ergebnisse zum Berichtsjahr 2010 enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“.*

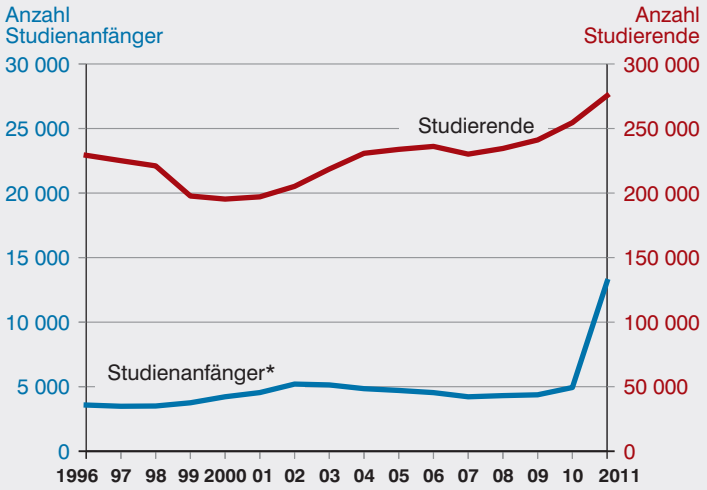
Im Sommersemester 2011 Rekordzahl an Studierenden

Im Sommersemester 2011 studierten an Bayerns Hochschulen 275 480 junge Menschen. Dies waren 8,2 % mehr als im Sommersemester des Vorjahres (254 555 Studierende). Damit gab es in Bayern so viele Studierende wie nie zuvor in einem Sommersemester.

Die Studierendenzahlen stiegen an Universitäten um 8,9 % auf 185 539 Studierende (einschl. philosophisch-theologische Hochschulen) und damit etwas stärker als an Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen), die einen Zuwachs um 7,0 % auf 86 896 Studierende meldeten.

Kunsthochschulen verzeichneten dagegen nur einen Zuwachs um 1,1 % auf 3 045 Studierende. Knapp die Hälfte der Studierenden (48,8 %) waren Frauen. Wie in den vorangegangenen Jahren waren Studentinnen in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (Frauenanteil: 72 3 %), Kunst- und Kunstwissenschaften (65,7 %) sowie Human-, Veterinärmedizin und Gesundheitswissenschaften (65,4 %) überproportional vertreten.

Studienanfänger und Studierende in Bayern seit 1996
jeweils Sommersemester



* 1. Hochschulsemester

Die Zahl der Studienanfänger (Studenten im ersten Hochschulsemester) lag in den Sommersemestern 2000 bis 2010 im Durchschnitt bei 4 640 Personen. 2011 schrieben sich dagegen 13 147 junge Menschen an bayerischen Hochschulen erstmals für einen regulären Studiengang ein. Das waren fast dreimal so viele Erstsemester wie im Vorjahr (4 937). Dieser starke Anstieg der Anfängerzahlen ist vor allem auf den doppelten Abiturjahrgang 2011 zurückzuführen, zum Teil aber auch auf die faktische Abschaffung der Wehrpflicht. Die Absolventen des letzten G9-Jahrgangs konnten sich mit einem vorläufigen Bewerbungszeugnis bereits für das Sommersemester an den Hochschulen bewerben. Von den 13 147 Studienanfängern hatten 4 630 ihre Hochschulzugangsberechtigung gerade erst erworben. Dabei handelte es sich nahezu ausnahmslos um Abiturienten des letzten G9-Jahrgangs. Zur Entzerrung der Situation haben die Hochschulen ihr Studienangebot auch dadurch ausgeweitet, dass zusätzlich im Sommersemester 2011 Studiengänge aufgenommen werden konnten, die davor nur im Wintersemester begannen. Daher liegt auch die Zahl der Erstimmatrikulierten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Vorjahr erworben haben, mit 8 517 deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Hälfte dieser Studienanfänger hatte in Bayern die Hochschulzugangsberechtigung erworben.

Neben den regulären Fachstudien boten die Hochschulen im Sommersemester 2011 spezielle Studiengänge an, mit denen die Zeit bis zum Beginn des regulären Wunschstudiums im Wintersemester überbrückt werden kann. Die Teilnehmer rechnen nicht zu den Studierenden im Sinne der Statistik, sind also in den Studierendenzahlen nicht enthalten. Für diese speziellen Studienangebote schrieben sich 3 593 junge Menschen ein. Damit strömten im Sommer 2011 insgesamt 16 740 Anfänger an Bayerns Hochschulen. Von den Teilnehmern an diesem speziellen Angebot hatten 1 464 die Berechtigung zum Hochschulstudium bereits im letzten Jahr oder früher erworben. Die neuen, speziell zur Vorbereitung auf ein Fachstudium eingerichteten Angebote sprechen also nicht nur Abiturienten des letzten Jahrgangs des neunjährigen Gymnasiums in Bayern an.

Studentenrekord an Bayerns Hochschulen

Nach den ersten vorläufigen Meldungen waren im Wintersemester 2011/12 an Bayerns Hochschulen insgesamt 321 443 Studierende immatrikuliert. Die Zahl der Studierenden stieg im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester (287 432 Studierende) um 11,8 %. Damit wurde eine neue Rekordzahl erreicht. 2011 gab es in Bayern 108 142 oder 50,7 % mehr Studierende als zur Jahrtausendwende

Studierende und Studienanfänger in Bayern im Wintersemester 2011/2012

Vorläufige, geschätzte Zahlen, Stand 12.10.2011

Hochschulart / Hochschule	Studenten		darunter Studienanfänger 1. Hochschulsemester*	
	insgesamt	dar. weibl.	insgesamt	dar. weibl.
Universitäten				
Universität Augsburg	17 335	9 912	3 173	1 854
Bamberg	11 437	6 964	2 774	1 735
Bayreuth	10 600	4 937	2 666	1 198
Eichstätt-Ingolstadt	4 637	3 063	1 140	791
Erlangen-Nürnberg	32 166	16 120	7 087	3 451
München	47 320	29 326	9 503	5 985
München, Technische Universität	30 750	9 857	7 881	2 282
München, Univ. der Bundeswehr	3 863	479	809	103
München, Hochschule für Politik	603	231	83	31
Passau	10 244	6 370	2 416	1 510
Regensburg	19 155	11 348	3 889	2 385
Würzburg	23 200	13 224	4 400	2 508
Zusammen	**211 310**	**111 831**	**45 821**	**23 833**
Philosophisch-theologische Hochschulen				
Phil.-Theol. Hochschule Benediktbeuern	70	29	-	-
Hochschule für Philosophie München	377	159	60	30
Augustana-Hochschule Neuendettelsau	162	87	28	15
Zusammen	**609**	**275**	**88**	**45**
Kunsthochschulen				
Hochschule für evang. Kirchenmusik Bayreuth	24	16	1	-
Akademie der Bildenden Künste München	542	341	79	46
Hochschule für Musik und Theater München	1 079	416	144	74
Hochschule für Fernsehen und Film München	375	188	25	9
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg	310	192	42	29
Hochschule für Musik Nürnberg	373	207	108	58
Hochschule für kath. Kirchenmusik Regensburg	89	43	26	13
Hochschule für Musik Würzburg	637	349	120	70
Zusammen	**3 429**	**1 752**	**545**	**299**
Fachhochschulen				
FH Amberg-Weiden	3 023	874	835	238
Ansbach	2 948	1 036	557	243
Aschaffenburg	2 679	983	645	247
Augsburg	4 689	1 468	1 028	334
Coburg	4 161	2 064	1 156	557
Deggendorf	4 657	1 437	1 228	399
Hof	2 950	1 239	1 011	430
Ingolstadt	3 589	792	1 053	203
Kempten	4 560	1 563	1 370	491
Landshut	3 712	1 342	998	334
München	16 092	5 569	2 975	1 120
Neu-Ulm	2 918	1 366	559	267
Nürnberg	10 753	4 198	2 456	914
Regensburg	7 952	2 552	1 834	601
Rosenheim	4 641	1 396	1 105	331
Weihenstephan	5 378	2 482	1 497	723
Würzburg-Schweinfurt	8 500	3 275	2 134	804
Munich Business School München	490	211	182	74
Stiftungsfachhochschule München	2 080	1 686	444	373
Evangelische Hochschule Nürnberg	1 209	897	299	231
Priv. FH f. angew. Management Erding	2 164	1 047	486	218
HS f. angewandte Wissenschaften Bamberg[1]	171	126	72	57
Macromedia FH der Medien München (Priv. FH)	2 141	1 101	454	250
darunter Campus München	747	394	186	104
HS f. angewandte Sprachen / SDI München	364	278	119	95
Hochschule Fresenius Idstein, Abteilung München	595	325	183	104
Zusammen	**102 416**	**39 307**	**24 680**	**9 638**
Verwaltungsfachhochschulen				
FH für öffentl. Verwaltung und Rechtspflege	3 679	1 611	866	473
Zusammen	**3 679**	**1 611**	**866**	**473**
Hochschulen insgesamt				
Insgesamt	**321 443**	**154 776**	**72 000**	**34 288**

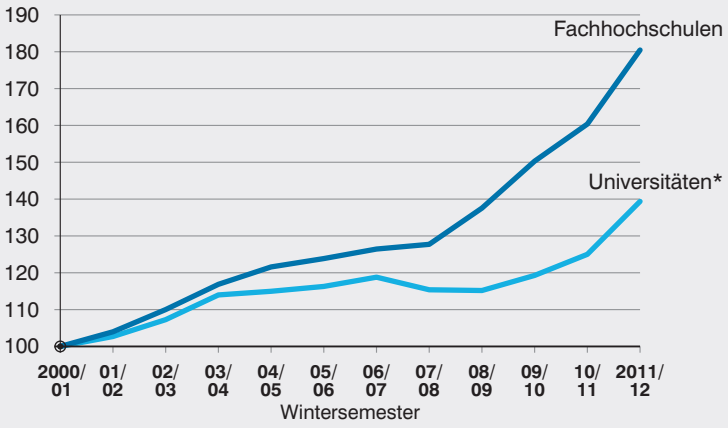
* Nur Studierende, die erstmals an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben sind. Neuimmatrikulierte, d.h. Studierende, die bereits an einer deutschen Hochschule oder in einem anderen Studiengang eingeschrieben waren, sind hier nicht mitgezählt.

1 Namensänderung zum 15.03.2011, zuvor Priv. FH Schloss Hohenfels in Coburg.

(Wintersemester 2000/01: 213 301).

Etwa zwei Drittel (215 348 oder 67,0 %) aller Studierenden waren an Bayerns Universitäten (einschließlich philosophisch-theologischer Hochschulen und Kunsthochschulen) eingeschrieben. 106 095 studierten an Fachhochschulen. Vom Anstieg der Studierendenzahlen in den letzten zwölf Jahren profitierten die Fachhochschulen stärker als die Universitäten. Im Wintersemester 2011/12 gab es an den Fachhochschulen 80,5 % mehr Studierende als 2000/01 (58 788). An den Universitäten stieg die Zahl der Studentinnen und Studenten in diesem Zeitraum dagegen nur um 39,4 % (2000/01: 154 513).

Entwicklung der Studentenzahlen in Bayern seit 2000 nach Hochschularten



* einschl. philosoph.-theol. Hochschulen und Kunsthochschulen.

Dass 2011 in Bayern zwei Abiturientenjahrgänge an die Hochschulen strömten, machte sich bereits im Sommersemester mit dem Rekordwert von 13 147 Erstimmatrikulierten in regulären Studiengängen bemerkbar. Der außergewöhnlich starke Andrang setzte sich auch im jetzt beginnenden Wintersemester fort, für das sich nach ersten vorläufigen Meldungen der Hochschulen 72 000 junge Menschen erstmals für ein reguläres Studium einschrieben. Damit war die Zahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester um 20,4 % höher als im Wintersemester 2010/11 (59 812). Im gesamten Studienjahr 2011 nahmen an bayerischen Universitäten und Fachhochschulen 85 147 junge Männer und Frauen erstmals ein Studium auf. Das waren 31,5 % mehr als im vorangegangenen Studienjahr (64 749). Dabei nahm die Zahl der männlichen Studienanfänger mit 39,5 % deutlich stärker zu als die der weiblichen (+23,5 %). Hierbei macht sich auch bemerkbar, dass auf Beschluss der Bundesregierung zum 1. Juli die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt wurde.

Die Ergebnisse für die einzelnen Hochschulen können auch im Internetangebot des Landesamts unter www.statistik.bayern.de/statistik/hochschulen heruntergeladen werden.

Gleich und Gleich gesellt sich gern

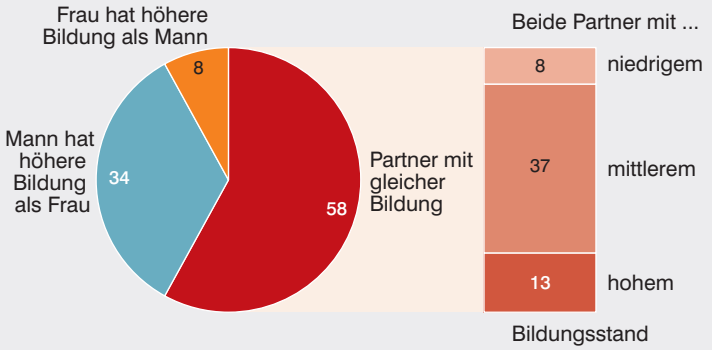
Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2010, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, wiesen bei knapp sechs von zehn Ehen (58 %) in Bayern beide Partner einen gleichen bzw. ähnlichen Bildungsstand auf. Der entsprechende Anteil bei nicht-ehelichen Lebensgemeinschaftenlag sogar bei fast 64 %. Die Ähnlichkeit des Bildungsstandes wurde dabei anhand von drei Bildungskategorien gemessen, die auf der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) basieren.[1]

Nach wie vor stellt der Ehestand die Hauptform des Zusammenlebens dar. Insgesamt gab es im Jahr 2010 rund 2,79 Millionen Ehepaare und nur rund 355 000 nichteheliche Lebensgemeinschaften, für die jeweils Bildungsangaben vorlagen. Rund 11 % der Ehemänner hatten 2010 ein niedriges, 56 % ein mittleres sowie 33 % ein hohes Bildungsniveau. Demgegenüber war für 25 % der Ehefrauen ein niedriger, für 57 % ein mittlerer und für 18 % ein höherer Bildungsstand zu verzeichnen. Die Männer haben demnach einen Bildungsvorsprung und dieser spiegelt sich auch in der Bildungsverteilung der jeweils verheirateten Paare wider. Bei rund

jedem dritten bayerischen Ehepaar (34 %) hatte der Mann eine höhere Bildung erworben als die Frau. Es befanden sich jedoch unter den verheirateten Paaren nicht wenige, die sich durch einen weiblichen Bildungsvorsprung auszeichneten: Bei 8 % aller Verheirateten verfügte die Ehegattin über einen höherwertigeren Schul- oder Berufsabschluss als der Ehegatte.

Innerhalb der Gruppe der Ehepaare mit vergleichbarem Bildungsstand überwogen diejenigen, bei denen beide Partner einen mittleren Bildungsabschluss besaßen. Insgesamt 37 % der Paare mit einem Trauschein ließen sich dieser Kategorie zuordnen. Bei ungefähr jedem achten Ehepaar (knapp 13 %) waren beide Akademiker bzw. hatten einen anderen Bildungsgang im tertiären Bereich durchlaufen. Bei nur rund 8 % aller vermählten Paare wies keiner der Partner einen berufsqualifizierenden Abschluss oder zumindest eine Fachhochschulreife auf.

Ehepaare in Bayern nach dem Bildungsstand der Partner
Ergebnisse des Mikrozensus 2010
in Prozent



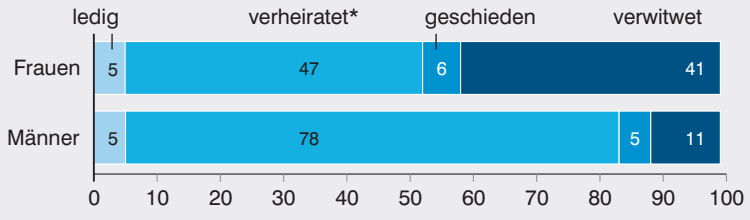
1 Dazu wurden jeweils mehrere Bildungsstufen so zusammengefasst, dass sich eine Dreiteilung des Bildungsstandes in „niedrig“, „mittel“ und „hoch“ ergibt. Einen niedrigen Bildungsstand haben demnach Personen ohne Schulabschluss oder mit Haupt- (Volks-) bzw. Realschulabschluss sowie diejenigen, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden (ISCED-Stufen 1 und 2). Personen mit Fachhochschul-, Hochschulreife oder mit berufsqualifizierendem Abschluss wird ein mittleres Bildungsniveau zugeschrieben (ISCED-Stufen 3 und 4). In die Kategorie mit dem höchsten Bildungsstand werden zum Beispiel Personen mit akademischem, Fachschul- oder Fachhochschulabschluss, Meister und Techniker eingeordnet (ISCED-Stufen 5 und 6).

Zum internationalen Tag der älteren Menschen

In Bayern war nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2010 in gut jedem vierten Privathaushalt (26 %) der Haupteinkommensbezieher 65 oder mehr Jahre alt. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 6,065 Millionen Privathaushalte, darunter 1,604 Millionen Haushalte, in denen die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen mindestens 65 Jahre alt war.

Hinsichtlich des Familienstandes sind bei der älteren Generation deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu verzeichnen, da von einem Verlust des Partners besonders häufig Seniorinnen betroffen sind. Dies ist einerseits auf die geringere Lebenserwartung von Männern zurückzuführen. Andererseits ist – was sich verstärkend auswirkt – in einer Partnerschaft häufig der Mann älter als die Frau. Während in Bayern 2010 mehr als drei Viertel aller Senioren (78 %) verheiratet waren, traf dies nur auf weniger als die Hälfte (47 %) aller Seniorinnen zu. Bezüglich des Verwitwetenanteils zeigen sich wie erwartet markante Differenzen zwischen den Geschlechtern: Von den älteren Männern war nur rund jeder Neunte (11 %) verwitwet, wohingegen gut vier von zehn älteren Frauen (41 %) im Witwenstand lebten. In etwa gleich waren die

Bevölkerung im Alter von 65 oder mehr Jahren in Bayern 2010 nach Familienstand
Ergebnisse des Mikrozensus in Prozent



* einschl. verheiratet getrennt lebend

Anteile der Geschiedenen und der Ledigen in der Seniorengeneration: Unter den älteren Männern betrug sowohl die Ledigen- als auch die Geschiedenenquote jeweils rund 5 %. Bei den Frauen im Alter von 65 oder mehr Jahren lagen die entsprechenden Anteile bei 5 bzw. 6 %.

Geschlechtsspezifische Differenzen lassen sich bei den älteren Menschen auch in Bezug auf die Haushaltsgröße aufzeigen. Von allen Männern im Rentenalter, die 2010 in einem bayerischen Privathaushalt lebten, wohnten 19 % in einem Einpersonenhaushalt und 71 % in einem Zweipersonenhaushalt. Unter den Seniorinnen waren hingegen 45 % Alleinlebende und nur knapp die Hälfte (48 %) teilten sich den Haushalt mit einer weiteren Person.

Zum internationalen Welternährungstag am 16. Oktober

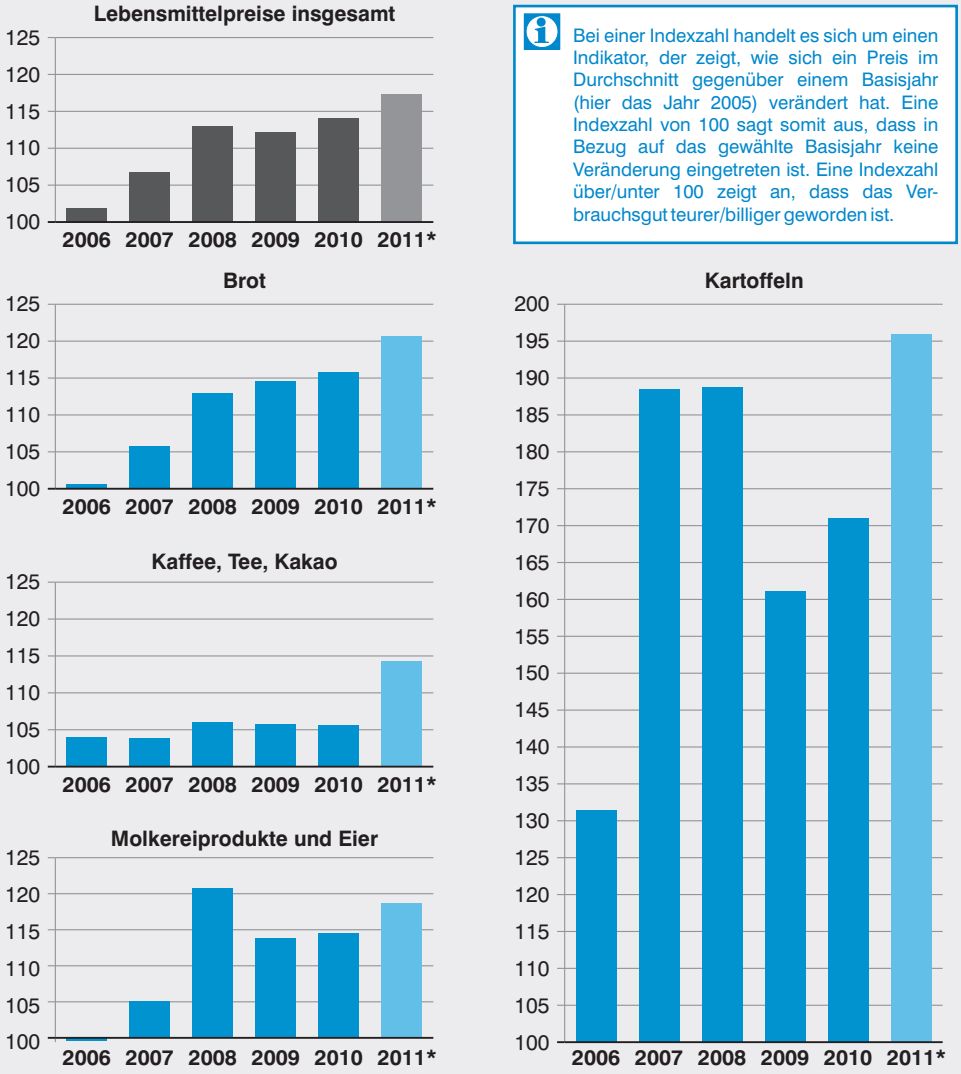
Beim Welternährungstag stehen in diesem Jahr die weltweit steigenden Nahrungsmittelpreise und ihre starken Schwankungen im Mittelpunkt. Für viele Menschen in den ärmeren Ländern der Welt kann sich dies lebensbedrohlich auswirken. Auch die bayerischen Verbraucher haben in den letzten sechs Jahren höhere Lebensmittelpreise zahlen müssen. Die Nahrungsmittelpreise sind im Sechs-Jahres-Vergleich um durchschnittlich 17,3 % gestiegen.
Die Teuerungen fielen dabei je nach Lebensmittelgruppe unterschiedlich hoch aus. Eine Spitzenposition in der Preisentwicklung nahmen Kartoffeln ein. Im Vergleich zu den Preisen im Jahr 2005 kletterten sie bis September 2011 um 103,4 %. Schlechte Wetterbedingungen sorgten bereits 2007, 2008 und 2010 für eine geringere Ernte und ließen die Preise für Kartoffeln bei gleichbleibender Nachfrage ansteigen. 2011 wurden zwar mehr Kartoffeln geerntet als im Vorjahr, wetterbedingt sind allerdings mehr übergroße Speisekartoffeln entstanden, die vom Verbraucher weniger stark nachgefragt werden. Somit stehen 2011 nicht mehr („normale“) Speisekartoffeln für den Frischmarkt zur Verfügung als im Vorjahr. Insofern ist auch für 2011 nicht von sinkenden Preisen auszugehen.

Bei anderen Lebensmittelgruppen wie Milchprodukten und Eiern sind die Preise – verglichen mit den Kartoffelpreisen – verhältnismäßig gering (um 18,7 % seit dem Jahr 2005) gestiegen, und das, obwohl im Jahr 2008 noch ein Preisschub von 20,8 % zu beobachten war. Dieser Anstieg wurde durch eine hohe Milch-Nachfrage auf dem Weltmarkt, insbesondere seitens Russland und dem asiatischen Raum, verursacht. In den Folgejahren 2009 und 2010 wirkten sich dann ein geringerer Milchexport und ein europaweites Milchüberangebot dämpfend auf die bayerische Preisentwicklung aus.
Auch beim Brot waren bis September 2011 deutliche Preissteigerungen von bis zu 20,6 % zu beobachten. Da die Preise für Brot und andere Backwaren aus Brotteig kaum saisonalen Schwankungen unterliegen, dürften die Preiserhöhungen der letzten Jahre von der Entwicklung der Weltmarktpreise beeinflusst worden sein. Für 2011 zeigt sich, dass zwar die regionale Ernte gut ausfallen wird, es aber Totalausfälle bei der Ernte in den neuen Bundesländern gegeben hat und zunehmend Getreide auch für die Herstellung von Bioethanol verwendet wird und somit 2011 weiter mit steigenden Brotpreisen zu rechnen ist.

Eher moderat fiel der Preisanstieg bei der Warengruppe Kaffee, Tee und Kakao mit 14,2 % aus. Kaffee verzeichnet in dieser Warengruppe mit 19,3 % den höchsten Anstieg. Für 2011 ist beim Kaffee mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen, da die Ernten aufgrund des schlechten Wetters in Brasilien und Afrika geringer ausgefallen sind als erwartet. Da Kaffeebohnen zudem zu den international gehandelten Rohstoffen zählen, ist anzunehmen, dass die steigenden Kaffeepreise auch ein spekulatives Element enthalten.

Die Veränderung der Lebensmittelpreise und einiger ausgewählter Nahrungsmittel seit dem Jahr 2005 in Prozent zeigen die folgenden Schaubilder.

Veränderung ausgewählter Lebensmittelpreise in Bayern seit 2006
2005 ≙ 100



Bei einer Indexzahl handelt es sich um einen Indikator, der zeigt, wie sich ein Preis im Durchschnitt gegenüber einem Basisjahr (hier das Jahr 2005) verändert hat. Eine Indexzahl von 100 sagt somit aus, dass in Bezug auf das gewählte Basisjahr keine Veränderung eingetreten ist. Eine Indexzahl über/unter 100 zeigt an, dass das Verbrauchsgut teurer/billiger geworden ist.

* 2011 handelt es sich nicht um einen Jahreswert, sondern nur um den Durchschnitt der Monatswerte von Januar bis September dieses Jahres

Kartoffelernte in Bayern deutlich über langjährigem Durchschnitt

Nach dem Tiefststand im vergangenen Jahr erhöhte sich die von den bayerischen Landwirten bewirtschaftete Kartoffelanbaufläche nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung gegenüber dem Vorjahr geringfügig um gut ein Prozent bzw. knapp 500 Hektar (ha) auf 43 900 ha. Langfristig betrachtet wurde die mit Kartoffeln bestellte Ackerfläche jedoch deutlich reduziert. Die Kartoffelanbaufläche hat sich seit 1983 nahezu halbiert und ist seit dem Höchststand im Jahr 1954 mit fast 321 000 ha um gut 86 % gesunken. In Bayern werden hauptsächlich die ertragstärkeren mittelfrühen und späten Sorten angebaut. Nach den bisher ausgewerteten Ertragsmessungen im Rahmen der „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung“, wird in diesem Jahr beim Durchschnittsertrag von Kartoffeln mit einem neuen Spitzenergebnis von 476,7 Dezitonnen je Hektar (dt/ha) gerechnet. Dies sind 25,6 % mehr als im vorangegangenen Jahr (379,4 dt/ha). Verglichen mit dem Durchschnitt der

Jahre 2005 bis 2010 (405,9 dt/ha) bedeutet dies ein Plus von 17,4 %. Aufgrund des Rekordertrags kann in diesem Jahr mit einer überdurchschnittlichen Kartoffelernte von rund 2,1 Millionen Tonnen gerechnet werden. Gegenüber der witterungsbedingt schlechten Ernte des Vorjahres (1,65 Millionen Tonnen) ist dies eine Steigerung um 27,0 % bzw. rund 444 600 Tonnen. Die durchschnittliche Erntemenge der vorangegangenen sechs Jahre (1,90 Millionen Tonnen) wird trotz einer sechsprozentigen Flächenreduzierung um 10,4 % übertroffen.

Innerhalb Deutschlands ist Bayern hinter Niedersachsen das zweitwichtigste Kartoffelanbauland. Rund 17 % des Kartoffelanbaus erfolgte 2011 im Freistaat, der Anteil an der Erntemenge wird voraussichtlich bei etwa 17,5 % liegen.

Ausführliche endgültige Ergebnisse enthält der voraussichtlich im Frühjahr 2012 erscheinende Statistische Bericht C II 1 „Ernte der Feldfrüchte und des Grünlands in Bayern 2011“ (Bestellnummer: C 21023, Preis der Druckausgabe: 4,20 €).*

Zum Erntedankfest

Nach dem derzeit noch vorläufigen Ergebnis hat es dieses Jahr in Bayern witterungsbedingt eine leicht unterdurchschnittliche Getreideernte (ohne Körnermais) von knapp 6,5 Millionen Tonnen gegeben. Hiervon entfallen 3,9 Millionen Tonnen auf Brotgetreide, das sind Weizen und Roggen. Mit einem Anteil von fast 96 % an der Brotgetreideernte ist der Weizen eindeutig dominierend. Während die Weizenernte mit 3,7 Millionen Tonnen den langjährigen Durchschnitt aufgrund einer rund 4 % höheren Anbaufläche um fast 6 % übertraf, verfehlte die Roggenernte mit nur 162 000 Tonnen das langjährige Mittel um gut 22 %. Pro Kopf der in Bayern lebenden Bevölkerung wurden rund 311 kg Brotgetreide eingebracht. Beim Kartoffelanbau ist Bayern das zweitwichtigste Anbauland in Deutschland. 2011 haben Bayerns Landwirte ersten Schätzungen zu Folge bei einem Rekord-Hektarertrag von über 470 Dezitonnen rund 2,1 Millionen Tonnen Kartoffeln gerodet. Das sind umgerechnet etwa 167 kg je Einwohner Bayerns.

Auf rund 13 400 Hektar Fläche im Freiland wird in Bayern eine Vielfalt an Gemüse angebaut. Die von der Anbaufläche bedeutendsten Gemüsearten sind der Spargel (2 088 ha), Speisezwiebeln (1 640 ha), Einlegegurken (1 268 ha), Weißkraut (994 ha) sowie Karotten (982 ha). Für diese Gemüsearten wird eine Ernte von rund 94 500 Tonnen Einlegegurken, 80 000 Tonnen Weißkraut, 66 500 Tonnen Speisezwiebeln und 46 000 Tonnen Karotten geschätzt. Vom „Edelgemüse“ Spargel wurde 2011 aufgrund der bereits von vielen genutzten wetterunabhängigen Anbautechniken ein Spitzenergebnis von 12 200 Tonnen „gestochen“.

Beim Obst überwiegt in Bayern der Apfelanbau. Die diesjährige Apfelernte wird sich voraussichtlich auf rund 32 000 Tonnen belaufen. Bei Birnen wird eine Ernte von knapp 6 000 Tonnen erwartet. Pro Kopf der Bevölkerung Bayerns stünden somit aus heimischem Anbau 2,6 kg Äpfel und rund 500 g Birnen zur Verfügung.

Endgültige Ergebnisse zur Schweinebestandserhebung im Mai 2011

Es gab nach den endgültigen repräsentativen Ergebnissen der Schweinebestandserhebung zum 3. Mai 2011 in Bayern rund 7 300 Schweine haltende Betriebe, die einen Mindestbestand von 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen aufwiesen. Von diesen Betrieben wurden rund 3 472 100 Schweine gehalten. Gegenüber der letzten Erhebung zum 3. Mai 2010 ist dies ein Rückgang bei den Halterzahlen um 4,6 % und beim Schweinebestand um 1,6 %.

In den einzelnen Unterkategorien zeigen sich unterschiedlich starke Entwicklungen. So nahm die Anzahl der Ferkel um 50 100 Tiere auf 1 087 700 zu (+4,8 %), während bei Zuchtsauen eine Abnahme um 12 600 Tiere auf 307 500 Tiere zu verzeichnen war (-3,9 %). Bestandsrückgänge zeigten sich auch bei Jungschweinen, und zwar um 44 900 Tiere auf 657 600 Tiere (-6,4 %) und bei Mastschweinen um 45 400 Tiere auf 1 415 600 Tiere (-3,1 %).

Endgültige Ergebnisse der repräsentativen Schweinebestandserhebung in Bayern am 3. Mai 2011

Merkmal	Endgültige Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung am 3. Mai 2011 (endgültig)	Endgültige Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung am 3. Mai 2010 (endgültig)	Veränderung 3. Mai 2011 gegenüber 3. Mai 2010	
	Anzahl in 1 000			%
Schweinehalter insgesamt	**7,3**	**7,6**	**-0,4**	***-4,6***
und zwar Mastschweinehalter	6,1	6,3	-0,3	*-4,1*
Zuchtschweinehalter	4,2	4,4	-0,2	*-5,0*
Schweine insgesamt	**3 472,1**	**3 527,3**	**-55,2**	***-1,6***
davon Ferkel	1 087,7	1 037,6	50,1	*4,8*
Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	657,6	702,6	-44,9	*-6,4*
Mastschweine [1]	1 415,6	1 461,0	-45,4	*-3,1*
davon 50 bis unter 80 kg Lebendgewicht	685,9	731,9	-46,0	*-6,3*
80 bis unter 110 kg Lebendgewicht	619,3	610,7	8,6	*1,4*
110 kg oder mehr Lebendgewicht	110,5	118,4	-7,9	*-6,7*
Zuchtsauen 50 kg oder mehr Lebendgewicht	307,5	320,1	-12,6	*-3,9*
davon trächtige Sauen	227,4	232,7	-5,3	*-2,3*
davon Jungsauen [2]	33,5	35,5	-2,0	*-5,5*
andere Sauen	193,9	197,2	-3,3	*-1,7*
nicht trächtige Sauen	80,1	87,4	-7,3	*-8,4*
davon Jungsauen	28,4	31,6	-3,2	*-10,1*
andere Sauen	51,7	55,8	-4,1	*-7,3*
Eber zur Zucht	3,7	6,0	-2,3	*-38,8*

1 Einschl. ausgemerzte Zuchttiere.
2 Zum ersten Mal trächtig.

Bayerns Außenhandel im Juli: Abnahme bei den Exporten, Zunahme bei den Importen

Die bayerischen Ausfuhren nahmen im Juli 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,0% auf rund 13,4 Milliarden Euro ab, die Einfuhren hingegen stiegen um 8,1% auf gut 12,4 Milliarden Euro. 53,0% der Ausfuhren, dies entspricht gut 7,1 Milliarden Euro (-7,9%), wurden in die Länder der Europäischen Union versandt, darunter gingen 36,0% aller Ausfuhren in die Euro-Länder (4,8 Milliarden Euro; -7,7%). Der Anteil der Einfuhren aus den EU-Ländern lag bei 55,5% (6,9 Milliarden Euro; +4,1%), darunter kamen 35,8% aller Einfuhren aus den Euro-Ländern (4,5 Milliarden Euro; +3,3%). Die wichtigsten Exportländer Bayerns waren die USA (1,4 Milliarden Euro), China (1,3 Milliarden Euro) und Österreich (1,2 Milliarden Euro), bei den Importen waren es Österreich (1,3 Milliarden Euro), China (1,1 Milliarden Euro) und Italien (0,9 Milliarden Euro). Besonders auffallend hierbei, die merkliche Abnahme der Ausfuhren im Handel mit den für Bayern bedeutenden Bestimmungsländern Vereinigtes Königreich (-20,4%), Italien (-16,1%) und Frankreich (-8,0%). Die Aus- und Einfuhren der Ernährungswirtschaft lagen im Juli 2011 unter dem Vorjahresniveau (Ausfuhren: -6,0%; Einfuhren: -11,9%). In der gewerblichen Wirtschaft sanken die Exporterlöse um 1,5%, während die Importe um 8,3% zunahmen. Bei der Warengruppe „Personenkraftwagen und Wohnmobile“, die mit einem Wert von gut 2,9 Milliarden Euro die gewichtigste Warenuntergruppe der gewerblichen Wirtschaft darstellt, gingen die Ausfuhren im Juli um 14,7% zurück. Die Exporte der Warengruppe „Maschinen“ (2,1 Milliarden Euro) erhöhten sich derweil um 3,0%.

Von Januar bis Juli 2011 exportierte die bayerische Wirtschaft Waren im Wert von gut 92,5 Milliarden Euro, dies entspricht einem Plus von 12,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei den importierten Waren konnte mit einem Wert von rund 84,8 Milliarden Euro ebenfalls ein Anstieg (+14,9%) verzeichnet werden.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2011“.*

Der Außenhandel Bayerns im Jahr 2011

Erdteil / Ländergruppe / Land ——— Warengruppe	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuß
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2010	insgesamt	Veränderung gegenüber 2010	
	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €
			Juli		
Europa	8 417 116	*- 5,5*	8 855 280	*8,5*	- 438 164
dar. EU-Länder (EU 27)	7 117 159	*- 7,9*	6 907 860	*4,1*	209 299
dar. Euro-Länder	4 831 201	*- 7,7*	4 459 472	*3,3*	371 729
dar. Frankreich	904 968	*- 8,0*	511 460	*- 5,1*	393 508
Italien	939 543	*- 16,1*	905 219	*9,1*	34 324
Österreich	1 168 888	*7,4*	1 312 712	*2,7*	- 143 824
Vereinigtes Königreich	855 988	*- 20,4*	491 344	*41,9*	364 644
Afrika	268 438	*5,2*	495 509	*62,8*	- 227 071
Amerika	1 930 575	*6,8*	901 361	*- 1,7*	1 029 214
dar. USA	1 448 468	*8,0*	763 323	*3,1*	685 145
Asien	2 664 314	*8,8*	2 182 129	*3,4*	482 185
dar. Volksrepublik China	1 257 427	*21,7*	1 104 631	*4,4*	152 796
Australien-Ozeanien	135 245	*- 1,5*	14 010	*- 14,8*	121 235
Verschiedenes*	2 239	*22,0*	-	*- 100,0*	2 239
Insgesamt	**13 417 927**	***- 1,0***	**12 448 289**	***8,1***	**969 638**
dav. Ernährungswirtschaft	578 013	*- 6,0*	537 102	*- 11,9*	40 911
Gewerbliche Wirtschaft	12 312 897	*- 1,5*	10 831 091	*8,3*	1 481 806
Rückwaren, Ersatzlieferungen andere nicht aufgliederbare Warenverkehre	527 017	*19,6*	1 080 096	*20,3*	- 553 079
			Januar - Juli		
Europa	60 225 788	*9,9*	59 759 182	*14,9*	466 606
dar. EU-Länder (EU 27)	51 190 574	*7,2*	47 647 123	*13,5*	3 543 451
dar. Euro-Länder	35 030 391	*6,6*	31 039 747	*12,7*	3 990 644
dar. Frankreich	6 691 552	*8,0*	3 928 172	*11,6*	2 763 380
Italien	6 786 578	*4,6*	6 032 457	*12,4*	754 121
Österreich	7 992 849	*10,5*	8 934 300	*13,2*	- 941 451
Vereinigtes Königreich	5 693 028	*0,6*	2 782 249	*23,1*	2 910 779
Afrika	1 678 555	*3,0*	3 181 511	*44,7*	- 1 502 956
Amerika	11 833 442	*16,3*	6 670 988	*13,2*	5 162 454
dar. USA	8 644 355	*15,2*	5 631 417	*17,3*	3 012 938
Asien	17 826 294	*21,7*	15 059 025	*11,1*	2 767 269
dar. Volksrepublik China	8 146 044	*27,4*	7 705 413	*9,6*	440 631
Australien-Ozeanien	872 571	*0,8*	122 278	*- 13,1*	750 293
Verschiedenes*	14 768	*- 13,1*	-	*- 100,0*	14 768
Insgesamt	**92 451 417**	***12,6***	**84 792 983**	***14,9***	**7 658 434**
dav. Ernährungswirtschaft	4 384 561	*11,0*	4 220 124	*5,4*	164 437
Gewerbliche Wirtschaft	85 438 609	*13,6*	74 923 991	*17,3*	10 514 618
Rückwaren, Ersatzlieferungen andere nicht aufgliederbare Warenverkehre	2 628 247	*- 11,8*	5 648 868	*- 4,7*	- 3 020 621

* Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

Umsatzplus im bayerischen Handel im August

Der Umsatz im bayerischen Binnenhandel (Einzelhandel und Kfz-Handel) stieg nach vorläufigen Ergebnissen im August 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 4,4 % und real, nach Berücksichtigung der Preisentwicklung, um 2,7 %. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 2,1 %, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,8 % zunahm und die der Teilzeitbeschäftigten um 2,3 %.

Im Einzelhandel stieg der Umsatz im Berichtsmonat in aktuellen Preisen um 4,5 %, in bereinigten Preisen waren es 2,7 % mehr als im August 2010. Dabei wuchs im Einzelhandel mit Lebensmitteln der Umsatz nominal um 5,5 % und real um 3,4 %, während er im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln mit nominal +3,9 % und real +2,3 %

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels und des Kfz-Handels in Bayern im August 2011 und von Januar bis August 2011 (Vorläufige Ergebnisse)

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
August 2011					
Veränderung gegenüber August 2010 in Prozent					
Einzelhandel zusammen	4,5	2,7	1,8	2,1	1,5
dav. Einzelhandel mit Lebensmitteln	5,5	3,4	0,1	0,8	-0,3
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	3,9	2,3	2,8	2,6	2,9
Kfz-Handel	4,3	2,8	3,3	1,2	12,8
Einzel- und Kfz-Handel insgesamt	**4,4**	**2,7**	**2,1**	**1,8**	**2,3**
Veränderung gegenüber Juli 2011 in Prozent					
Einzelhandel zusammen	-3,9	x	0,6	0,7	0,6
dav. Einzelhandel mit Lebensmitteln	-6,9	x	0,2	0,8	-0,2
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	-1,8	x	0,9	0,6	1,1
Kfz-Handel	-6,7	x	0,5	0,5	0,4
Einzel- und Kfz-Handel insgesamt	**-4,7**	**x**	**0,6**	**0,6**	**0,6**
Januar bis August 2011					
Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent					
Einzelhandel zusammen	4,0	2,3	1,4	0,8	1,8
dav. Einzelhandel mit Lebensmitteln	3,3	1,2	1,3	1,2	1,4
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	4,5	2,9	1,4	0,6	2,1
Kfz-Handel	7,3	6,3	3,2	1,6	10,1
Einzel- und Kfz-Handel insgesamt	**5,0**	**3,5**	**1,7**	**1,0**	**2,4**

etwas niedriger lag. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Lebensmittel-Einzelhandel um 0,1 % und im Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel um 2,8 %. Im Kfz-Handel nahmen Umsatz (nominal: +4,3 %; real: +2,8 %) und Beschäftigtenzahl (+3,3 %) ebenfalls zu.

Im Vergleich zum Juli 2011 sank der Umsatz im Binnenhandel insgesamt im Ferienmonat August um 4,7 %, davon um 3,9 % im Einzelhandel und um 6,7 % im Kfz-Handel; die Beschäftigtenzahl erhöhte sich um 0,6 % (Einzelhandel: +0,6 %, Kfz-Handel: +0,5 %).

Von Januar bis August 2011 wuchs der Umsatz des bayerischen Binnenhandels gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal um 5,0 % und real um 3,5 %. Im Einzelhandel stieg der Umsatz nominal um 4,0 % (real: +2,3 %) und im Kfz-Handel um 7,3 % (real: +6,3 %).

Die Zahl der im Binnenhandel Beschäftigten nahm um 1,7 % zu, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,0 % und die der Teilzeitbeschäftigten um 2,4 % stieg.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im August 2011“.*

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Umsätze des bayerischen Gastgewerbes im August leicht gestiegen

Der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergungsgewerbe und Gastronomie) stieg nach vorläufigen Ergebnissen im August 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 3,3 % und real (nach Preisbereinigung) um 1,8 %. In der Beherbergung nahm der Umsatz nominal um 4,4 % zu (real: +3,1 %), in der Gastronomie stieg er um 2,6 % (real: +0,9 %). Die Zahl der Beschäftigten insgesamt erhöhte sich um 1,0 %, wobei die Beherbergung um 4,2 % mehr Beschäftigte hatte als im Vorjahresmonat, die Gastronomie jedoch um 0,8 % weniger.

In den ersten acht Monaten 2011 wuchs der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal um 4,6 % (real: +3,3 %). In der Beherbergung erhöhte sich der Umsatz nominal um 3,6 % (+2,7 %) und in der Gastronomie um 5,2 % (+3,8 %). Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes veränderte sich nicht; nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, nahm

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im August und von Januar bis August 2011
Vorläufige Daten

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %				
August					
Beherbergung	*4,4*	*3,1*	*4,2*	*-0,3*	*8,9*
Gastronomie	*2,6*	*0,9*	*-0,8*	*-0,1*	*-1,1*
Gastgewerbe insgesamt	***3,3***	***1,8***	***1,0***	***-0,2***	***1,7***
Januar bis August					
Beherbergung	*3,6*	*2,7*	*0,9*	*0,3*	*1,6*
Gastronomie	*5,2*	*3,8*	*-0,5*	*0,9*	*-1,2*
Gastgewerbe insgesamt	***4,6***	***3,3***	***0,0***	***0,7***	***-0,5***

sie jedoch in der Beherbergung um 0,9 % zu, während sie in der Gastronomie um 0,5 % sank.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im August 2011“.*

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Aufwärtstrend im bayerischen Fremdenverkehr hält an

Im August 2011 zählten die gut 13 200 geöffneten Beherbergungsbetriebe mit neun oder mehr Gästebetten (einschl. der Campingplätze) im Freistaat nach vorläufigen Ergebnissen rund 3,2 Millionen Gästeankünfte und knapp 9,9 Millionen Übernachtungen. Dies waren 4,7 % mehr Gästeankünfte und

Bayerns Fremdenverkehr im August und von Januar bis August 2011

Betriebsart / Herkunft / Gebiet	August				Januar bis August			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %
Hotels	1 404 422	*2,5*	3 276 679	*3,6*	9 510 205	*4,7*	20 672 169	*4,2*
Hotels garnis	511 922	*5,6*	1 388 270	*3,1*	3 318 710	*10,2*	8 123 279	*6,9*
Gasthöfe	411 941	*4,6*	919 504	*4,3*	2 356 331	*3,9*	5 053 320	*4,4*
Pensionen	157 206	*6,0*	575 804	*3,6*	918 604	*7,6*	2 929 479	*4,6*
Hotellerie zusammen	**2 485 491**	***3,7***	**6 160 257**	***3,6***	**16 103 850**	***5,8***	**36 778 247**	***4,8***
Jugendherbergen und Hütten	121 410	*10,2*	266 929	*3,8*	664 952	*2,8*	1 556 127	*0,6*
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	86 517	*7,6*	434 559	*4,1*	1 035 872	*0,6*	3 305 365	*0,4*
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	146 547	*0,1*	1 188 999	*0,7*	758 663	*2,0*	5 021 462	*-0,4*
Campingplätze	327 188	*13,6*	1 123 916	*7,7*	1 032 790	*11,3*	3 399 075	*7,8*
Vorsorge- und Reha-Kliniken	37 970	*-3,5*	677 550	*-3,0*	267 820	*-3,2*	4 858 922	*-3,6*
Insgesamt	**3 205 123**	***4,7***	**9 852 210**	***3,2***	**19 863 947**	***5,4***	**54 919 198**	***3,3***
davon aus dem								
Inland	2 388 014	*5,3*	8 131 382	*3,5*	15 276 778	*5,9*	45 272 996	*3,1*
Ausland	817 109	*2,9*	1 720 828	*1,8*	4 587 169	*3,7*	9 646 202	*4,2*
davon								
Oberbayern	1 372 832	*3,0*	3 907 156	*2,8*	8 891 432	*5,0*	22 295 827	*3,4*
dar. München	519 113	*0,9*	1 069 126	*1,5*	3 800 992	*6,7*	7 588 186	*5,5*
Niederbayern	312 696	*2,7*	1 464 342	*2,7*	1 862 805	*4,8*	7 951 954	*1,6*
Oberpfalz	197 552	*8,9*	603 297	*3,7*	1 182 119	*5,7*	3 180 475	*3,2*
Oberfranken	197 783	*6,9*	537 603	*4,5*	1 191 958	*4,4*	3 119 035	*3,8*
Mittelfranken	338 176	*3,2*	756 033	*3,1*	2 223 812	*5,2*	4 695 381	*5,3*
dar. Nürnberg	119 177	*1,6*	202 395	*0,9*	878 643	*7,1*	1 585 154	*5,0*
Unterfranken	261 529	*10,5*	710 154	*7,7*	1 642 890	*6,6*	4 315 128	*4,6*
Schwaben	524 555	*6,3*	1 873 625	*2,3*	2 868 931	*7,0*	9 361 398	*2,9*

3,2% mehr Übernachtungen als vor Jahresfrist. Die Zahl der Ankünfte von Gästen aus Deutschland stieg um 5,3% auf nahezu 2,4 Millionen und die Zahl der Übernachtungen um 3,5% auf gut 8,1 Millionen; die Ankünfte von Gästen aus dem Ausland erhöhten sich um 2,9% auf gut 0,8 Millionen, die der Übernachtungen um 1,8% auf über 1,7 Millionen.

Am Aufwärtstrend im August partizipierten alle Betriebsarten mit Ausnahme der Vorsorge- und Reha-Kliniken (Gästeankünfte: -3,5%; Übernachtungen: -3,0%). Die höchsten Zuwächse verbuchten die Campingplätze mit einem Anstieg von 13,6% bei den Gästeankünften und von 7,7% bei den Übernachtungen.

Erfolgreich endete der Ferienmonat August auch für alle sieben bayerischen Regierungsbezirke. Spitzenreiter war hier Unterfranken mit Zuwächsen von 10,5% (Gästeankünfte) und 7,7% (Übernachtungen). Bei den Gästeankünften folgten die Oberpfalz, Oberfranken, Schwaben, Mittelfranken, Oberbayern und Niederbayern, bei den Übernachtungen dagegen Oberfranken, Oberpfalz, Mittelfranken, Oberbayern, Niederbayern und Schwaben. Trotz Schlusslicht-Status verzeichneten Niederbayern und Schwaben bei den Gästeankünften bzw. Übernachtungen noch Zuwachsraten von 2,7 bzw. 2,3%.

Von Januar bis August 2011 stieg die Zahl der Gästeankünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,4% auf nahezu 19,9 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm um 3,3% auf über 54,9 Millionen zu.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im August 2011“ (Bestellnummer: G41003).*

Bauhauptgewerbe – fast 10% mehr Umsatz im August 2011

Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Bayern betrug im August 2011 insgesamt 1,08 Milliarden Euro. Der baugewerbliche Umsatz lag damit um 91,1 Millionen Euro (+9,2%) über dem Wert vom August 2010. Maßgeblich für diese Umsatzsteigerung war einerseits der Bereich Wohnungsbau, in dem im Berichtsmonat ein baugewerblicher Umsatz in Höhe von 261,1 Millionen Euro (+27,6%) erzielt wurde. Ein Umsatzanstieg um 14,4% gegenüber dem Vorjahresmonat war außerdem im gewerblichen und industriellen Hochbau zu verzeichnen (315,4 Millionen Euro im August 2011). Auch im Straßenbau lag der baugewerbliche Umsatz mit 167,0 Millionen Euro um 4,9% über dem Vorjahresmonat. Umsatzrückgänge gab es dagegen im gewerblichen und industriellen Tiefbau (112,2 Millionen Euro im August 2011; -1,8%) und im Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (136,2 Millionen Euro im August 2011; -1,8%).

Die Auftragseingänge der Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen im bayerischen Bauhauptgewerbe betrugen im August 2011 insgesamt 870,6 Millionen Euro und überstiegen die des Vorjahresmonats um 1,4%. Erhöhte Auftragseingänge gab es dabei im gewerblichen Hochbau (308,6 Millionen Euro; +7,0%) und im gewerblichen Tiefbau (89,8 Millionen Euro; +14,4%). In der Sparte Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen lagen die Auftragseingänge im August 2011 mit 89,2 Millionen Euro sogar um 30,3% über dem Vorjahreswert. Im Bereich Straßenbau lagen die Auftragseingänge im August 2011 bei 136,5 Millionen Euro (+1,0%). Rückläufig zeigten sich die Auftragseingänge dagegen in der Sparte Wohnungsbau (196,0 Millionen Euro im August 2011; -11,4%) und im Bereich des Hochbaus für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (37,2 Millionen Euro im August 2011; -31,5%).

Ende August 2011 waren insgesamt 73 542 Beschäftigte in den Betrieben des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit mindestens 20 Personen tätig. Dies sind 2,4% mehr als vor einem Jahr. Die Anzahl der in diesen Betrieben des Bauhauptgewerbes geleisteten Arbeitsstunden lag im August 2011 bei 7,6 Millionen Stunden und somit um 5,9% über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im August 2011“ (Bestellnummer: E21003 201108, Preis der Druckausgabe: 6,50 €).*

Baugewerblicher Umsatz von Betrieben des Bauhauptgewerbes in Bayern im August 2010 und 2011
(Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten)

Regierungsbezirk	Baugewerblicher Umsatz insgesamt 1 000 €	davon					
		Wohnungsbau	Gewerblicher und industrieller Bau	davon		Öffentlicher und Verkehrsbau	darunter Straßenbau
				Hochbau	Tiefbau		
	August 2011						
Oberbayern	259 259	72 888	98 624	66 967	31 657	87 747	40 944
Niederbayern	172 398	36 182	71 926	56 415	15 512	64 290	25 911
Oberpfalz	180 566	27 642	88 016	70 160	17 856	64 907	30 746
Oberfranken	90 667	22 031	34 245	28 534	5 711	34 391	11 265
Mittelfranken	91 864	33 541	28 188	17 042	11 146	30 136	8 237
Unterfranken	100 699	12 922	41 671	34 322	7 349	46 106	17 654
Schwaben	187 216	55 889	64 957	41 985	22 972	66 371	32 252
Bayern	**1 082 670**	**261 095**	**427 627**	**315 424**	**112 203**	**393 948**	**167 008**
	August 2010						
Oberbayern	235 029	58 011	91 568	58 803	32 765	85 450	38 043
Niederbayern	172 104	28 429	74 589	59 756	14 833	69 086	23 697
Oberpfalz	156 614	24 324	68 053	54 580	13 473	64 237	27 463
Oberfranken	83 242	17 038	32 304	25 222	7 082	33 900	14 628
Mittelfranken	79 397	22 125	25 192	13 828	11 364	32 080	7 587
Unterfranken	101 875	10 316	42 294	28 072	14 222	49 265	16 276
Schwaben	163 303	44 391	56 045	35 543	20 502	62 867	31 477
Bayern	**991 560**	**204 636**	**390 041**	**275 807**	**114 234**	**396 883**	**159 170**
	Veränderung August 2011 gegenüber August 2010 in Prozent						
Oberbayern	*10,3*	*25,6*	*7,7*	*13,9*	*-3,4*	*2,7*	*7,6*
Niederbayern	*0,2*	*27,3*	*-3,6*	*-5,6*	*4,6*	*-6,9*	*9,3*
Oberpfalz	*15,3*	*13,6*	*29,3*	*28,5*	*32,5*	*1,0*	*12,0*
Oberfranken	*8,9*	*29,3*	*6,0*	*13,1*	*-19,4*	*1,4*	*-23,0*
Mittelfranken	*15,7*	*51,6*	*11,9*	*23,2*	*-1,9*	*-6,1*	*8,6*
Unterfranken	*-1,2*	*25,3*	*-1,5*	*22,3*	*-48,3*	*-6,4*	*8,5*
Schwaben	*14,6*	*25,9*	*15,9*	*18,1*	*12,0*	*5,6*	*2,5*
Bayern	***9,2***	***27,6***	***9,6***	***14,4***	***-1,8***	***-0,7***	***4,9***

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im August 2011 um 17,0% über dem Vorjahresniveau

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) konnte im August 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 17,0% ausgeweitet werden. Dabei stieg die Produktion im Vorleistungsgüterbereich um 10,1%, im Investitionsgüterbereich um 29,6% und bei den Gebrauchsgüterproduzenten um 30,2%. Der Verbrauchsgütersektor verzeichnete einen Zuwachs von 4,7%.

Im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Jahres 2010 war im entsprechenden Zeitraum 2011 ein Produktionsanstieg von 11,4% zu verzeichnen. Am stärksten konnte die Produktion im Investitionsgüterbereich ausgeweitet werden, mit einer Zuwachsrate von 15,9%. Die Gebrauchsgüterproduzenten legten um 13,6%, der Vorleistungsgüterbereich um 11,4% und der Verbrauchsgütersektor um 4,2% zu.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August 2011“ (Bestellnummer: E1200C 201108, Druckausgabe eingestellt).*

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns
Ergebnisse für Betriebe mit 50 oder mehr tätigen Personen

Bezeichnung	Mai	Juni	Juli	August
	2011			
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2005 ≙ 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	***122,1***	***111,8***	***118,0***	***111,4***
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	*129,4*	*110,2*	*116,3*	*101,9*
Maschinenbau	*108,5*	*107,4*	*109,0*	*100,0*
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	*115,6*	*101,5*	*111,0*	*108,8*
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	*235,3*	*213,8*	*241,2*	*242,6*
Veränderung zum Vorjahr in Prozent				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	***18,8***	***-1,3***	***6,3***	***17,0***
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	*25,0*	*-2,5*	*4,4*	*58,5*
Maschinenbau	*25,1*	*7,9*	*16,8*	*19,5*
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	*22,6*	*-5,2*	*4,5*	*10,7*
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	*22,2*	*-4,1*	*15,5*	*18,6*

August-Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern um 15,9 % über dem Vorjahresniveau

Im August 2011 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, eine Umsatzsteigerung von 15,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnen. Von den 25,5 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen rund 13,5 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+16,9 %) und darunter 4,7 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+18,6 %). Der Anteil der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrug 52,9 bzw. 18,5 %.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende August 2011 um 3,4 % über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern legten im August 2011 gegenüber dem August 2010 um 4,7 % zu. Die Bestelleingänge aus dem Inland stiegen um 9,9 %, die aus dem Ausland um 1,1 %. Getragen wurde diese Zunahme vor allem von den Auftragseingängen bei den Gebrauchsgüterproduzenten (+22,9 %). Kaum noch zugenommen hat dagegen der Auftragseingang aus dem Ausland bei den Investitionsgüterproduzenten (+0,7 %) und den Vorleistungsgüterproduzenten (+0,4 %).

Ausführliche Ergebnisse zu diesen Themen enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im August 2011“ (Bestellnummer: E11013 201108, Preis der Druckausgabe: 5,10 €) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August 2011“ (Bestellnummer: E1300C 201108, Druckausgabe eingestellt).*

Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2011 in Bayern noch bei 3,9 %

Das Bruttoinlandsprodukt Bayerns legte im ersten Halbjahr 2011 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum preisbereinigt um 3,9 % zu. Die bayerische Wachstumsrate lag damit gleich hoch wie im Jahr 2010. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern liegt Bayern auf dem achten Platz. Am stärksten war das Wirtschaftswachstum mit 5,6 % in Baden-Württemberg, gefolgt vom Saarland (+4,8 %), Sachsen-Anhalt (+4,5 %) und Hessen (+4,3 %). Die Schlusslichter bilden Mecklenburg-Vorpommern (+2,2 %), Hamburg (+2,1 %) und Berlin (+1,9 %).

Die Wachstumsrate des bayerischen Bruttoinlandsprodukts entsprach im ersten Halbjahr 2011 ge-

nau der bundesweiten. Bereits seit 2006 konnte Bayern keine nennenswert überdurchschnittlichen Wachstumsraten mehr erzielen. Eine vergleichbare Phase hatte es zuletzt in den frühen neunziger Jahren gegeben.

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit 4,0 % stärker als in den neuen (mit Berlin) mit 3,2 %. Allerdings erreichten unter den neuen Bundesländern Sachsen-Anhalt und Thüringen jeweils überdurchschnittliche Wachstumsraten.

Bei den hier für das erste Halbjahr 2011 vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um erste, vorläufige Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören. Weitere Ergebnisse zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können auf der Homepage des AK VGRdL unter www.vgrdl.de abgerufen werden.

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern
Entwicklung im 1. Halbjahr 2011 gegenüber dem 1. Halbjahr 2010

Land — Gebiet	Bruttoinlandsprodukt	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung 1. Halbjahr 2011 gegenüber 1. Halbjahr 2010 in %	
Baden-Württemberg	5,8	5,6
Bayern	**4,1**	**3,9**
Berlin	1,8	1,9
Brandenburg	4,0	3,0
Bremen	5,0	4,1
Hamburg	2,9	2,1
Hessen	4,6	4,3
Mecklenburg-Vorpommern	3,0	2,2
Niedersachsen	4,4	3,3
Nordrhein-Westfalen	4,5	3,5
Rheinland-Pfalz	5,0	4,1
Saarland	5,3	4,8
Sachsen	4,2	3,8
Sachsen-Anhalt	6,0	4,5
Schleswig-Holstein	3,9	3,1
Thüringen	4,8	4,1
Deutschland	**4,5**	**3,9**
Alte Bundesländer		
ohne Berlin	4,6	4,0
einschl. Berlin	4,5	3,9
Neue Bundesländer		
ohne Berlin	4,4	3,6
einschl. Berlin	3,8	3,2

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Mit den Daten zur Halbjahresrechnung des Bruttoinlandsprodukts 2011 werden vom AK VGRdL erste Ergebnisse zur großen Revision 2011 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen veröffentlicht. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter: www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/infoRevision2011.asp

Inflationsrate in Bayern im September bei 2,5 %

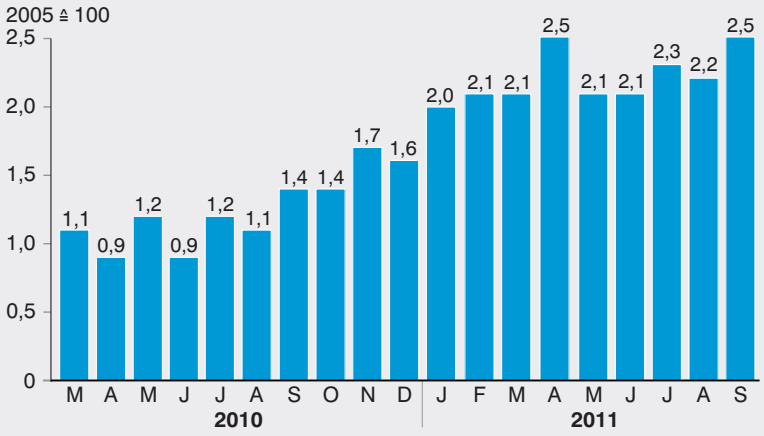
In Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im September bei +2,5 %; im vorangegangenen August hatte sie +2,2 % betragen. Ohne Heizöl und Kraftstoffe gerechnet, wäre der Verbraucherpreisindex im September gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % gestiegen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem September des Vorjahres um 2,2 % erhöht. Überdurchschnittlich stark sind – wie schon im August – die Preise für Speisefette und -öle (+14,6 %) gestiegen, wobei Butter um 10,6 und Margarine um 21,6 % teurer waren als im September des Vorjahres. Spürbare Preiserhöhungen waren auch bei Kaffee (+21,3 %) zu beobachten. Günstiger als im Vorjahr waren hingegen Obst (-1,6 %) und insbesondere Gemüse (-9,7 %). Im Energiesektor haben sich die Preise für Heizöl gegenüber dem September des Vorjahres um 23,9 % erhöht. Kraftstoffe waren im Durchschnitt 15,0 % teurer als im Vorjahr. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein Preisanstieg von 4,7 % zu verzeichnen. Stärker stiegen die Strompreise, im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sie sich um 7,0 %. Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem September des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,3 %. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im September auch

weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u.a. Fernsehgeräte (-12,3%), Notebooks (-19,8%), Personalcomputer (-15,5%) und digitale Kameras (-12,2%) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtdurchschnitt nicht verändert. Erneut verteuert haben sich Kraftstoffe (+3,2%) und Heizöl (+4,4%). Nach Auslaufen der Schlussverkäufe und der Sortimentsumstellung auf Herbst- und Wintermode sind die Preise für Bekleidungsartikel gegenüber dem Vormonat um 4,5% gestiegen. Saisonbedingt gingen hingegen die Preise für Pauschalreisen (-8,8%) und Beherbergungsdienstleistungen (-10,9%) spürbar zurück.

Verbraucherpreisindex für Bayern von März 2010 bis September 2011
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



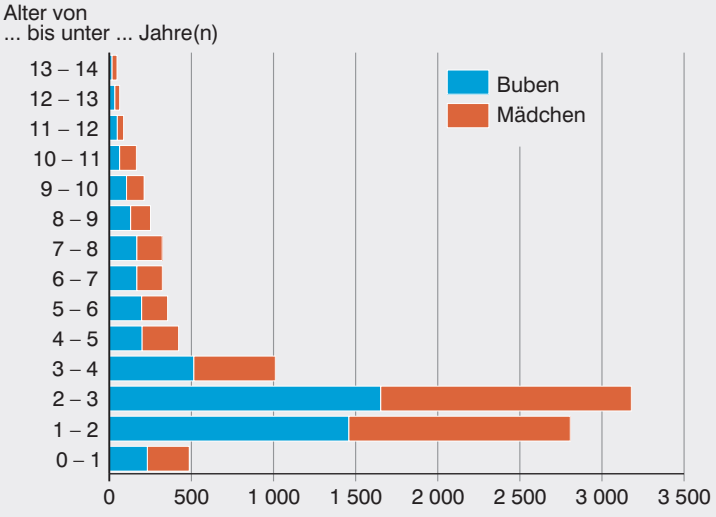
Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, September 2011 mit Jahreswerten von 2006 bis 2010 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M12013) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2005 bis September 2011 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013).*

Über 9 700 Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut

Verglichen mit dem Vorjahr nahm die Zahl der Kinder unter 14 Jahren in der öffentlich geförderten Kindertagespflege um 5,6% zu und stieg von 9 212 auf 9 731 Kinder an.

Der Anstieg war nicht nur bei den betreuten Kindern, sondern auch bei der Zahl der Kindertagespflegepersonen (Tagesmütter und Tagesväter) festzustellen. Mit einem Wert von 3 372 Personen (2010: 3 253 Personen) war ein Anstieg von 3,7% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Wie auch in den letzten Jahren waren vor allem Tagesmütter (3 328) im Einsatz, während lediglich 44 Tagesväter Kinder betreuten.

Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege in Bayern am 1. März 2011 nach Geschlecht und Altersjahren



Von den insgesamt 9 731 Kindern waren 4 990 Buben (51,3%) und 4 741 Mädchen (48,7%). Zwei Drittel der Kinder (6 473) waren jünger als drei Jahre, 1 788 Kinder waren drei bis unter sechs Jahre, 1 273 Kinder waren sechs bis unter elf Jahre und 197 Kinder waren 11 bis

unter 14 Jahre alt. Seit der erstmaligen Erhebung der Daten im Jahr 2006 waren steigende Kinderzahlen in der Kindertagespflege zu beobachten. Während vor fünf Jahren erst 5 230 Kinder betreut wurden, waren es im Jahr 2011 bereits 9 731 Kinder. Das entspricht einem Plus von 86 %.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Bayern“ Bestellnummer: K53003, Preis der Druckausgabe: 11,70 €).*

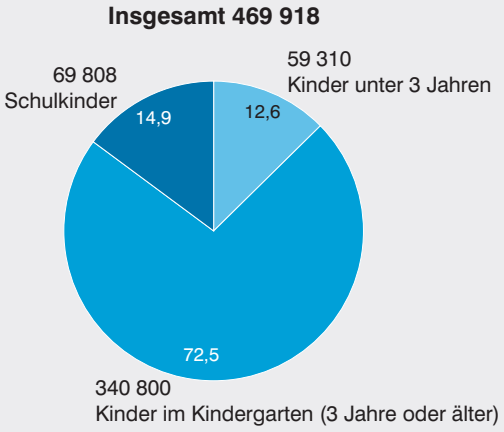
Im März 2011 wurden in Bayern 470 000 Kinder in Kindertageseinrichtungen betreut

Anfang März 2011 wurden in Bayern insgesamt 8 453 Kindertageseinrichtungen gezählt, von denen 5 960 und somit 70,5 % in freier Trägerschaft geführt wurden. Hiervon war mit 2 736 die Mehrzahl der Einrichtungen in Trägerschaft des Caritasverbandes oder der katholischen Kirche, 1 229 und somit knapp 15 % gehörten dem Diakonischen Werk oder der evangelischen Kirche an, 2 493 Einrichtungen (29,5 %) waren in öffentlicher Trägerschaft.

Insgesamt standen in Bayern 513 736 Plätze in Tageseinrichtungen zur Verfügung, was verglichen mit dem Vorjahr (501 565 Plätze) ein Plus von 2,4 % bedeutet. Auffällig dabei ist, dass die Zahl der verfügbaren Plätze in reinen Kinderkrippen um fast 12 %, die in den reinen Kinderhorten um fast 10 % und die in Einrichtungen, in denen Kinder aller Altersgruppen betreut werden, um 4 % stieg im Vergleich zu 2010. Lediglich in den reinen Kindergärten (zur Betreuung von Kindern im Alter von zwei bis unter acht Jahren, die noch nicht die Schule besuchten) sank die Zahl der angebotenen Plätze um rund 1 %.

Insgesamt wurden 469 918 Kinder betreut, was gegenüber dem Vorjahr (461 177) einer Zunahme von knapp 2 % entspricht. Dabei stieg die Zahl der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder unter einem Jahr um gut 13 %, die Zahl der Kinder im Alter von einem bis unter zwei Jahren um 18 % und bei den Kindern im Alter von zwei bis unter drei Jahren war ein Anstieg von gut 8 % zu verzeichnen. Umgekehrt verhält sich die Situation bei den Schulkindern im Alter von 12 bis unter 14 Jahren, dort nahm die Zahl der betreuten Kinder bei beiden Altersjahren um knapp 15 % ab.

In bayerischen Tageseinrichtungen betreute Kinder im März 2011 nach Altersgruppen
in Prozent



Von allen in Kindertageseinrichtungen betreuten Kindern hatte gut ein Viertel (123 338) mindestens einen Elternteil, der nicht aus Deutschland stammte (plus 5,9 % gegenüber 2010) und bei gut 15 % der Kinder (72 492) wurde zuhause überwiegend nicht Deutsch gesprochen (plus 3,6 % gegenüber 2010).

Insgesamt waren 74 140 Personen in Kindertageseinrichtungen tätig. Davon 50 981 als pädagogisches Personal direkt in einer Gruppe (22 010 als Gruppenleitung und 28 971 als Zweit- bzw. Ergänzungskraft), 9 439 Personen waren gruppenübergreifend und 1 061 zur Betreuung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf pädagogisch tätig. 240 Personen, wie beispielsweise eine Kindergartenleiterin, die überwiegend für die Leitung der Einrichtung und mit einem geringeren Arbeitsanteil pädagogisch mit Kindern arbeitete, waren im Zweitarbeitsbereich pädagogisch tätig. Diese Personen gehören aufgrund ihres Zweitarbeitsbereiches zwar zum pädagogischen Personal, werden aber bei den tätigen Personen nur mit Ihrem Erstarbeitsbereich („Einrichtungsleitung“) gezählt. Insgesamt waren 1 397 Personen als Einrichtungsleitung sowie 988 in der Verwaltung und 10 274 im hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Einsatz.

Preisindex für Wohngebäude in Bayern im August 2011

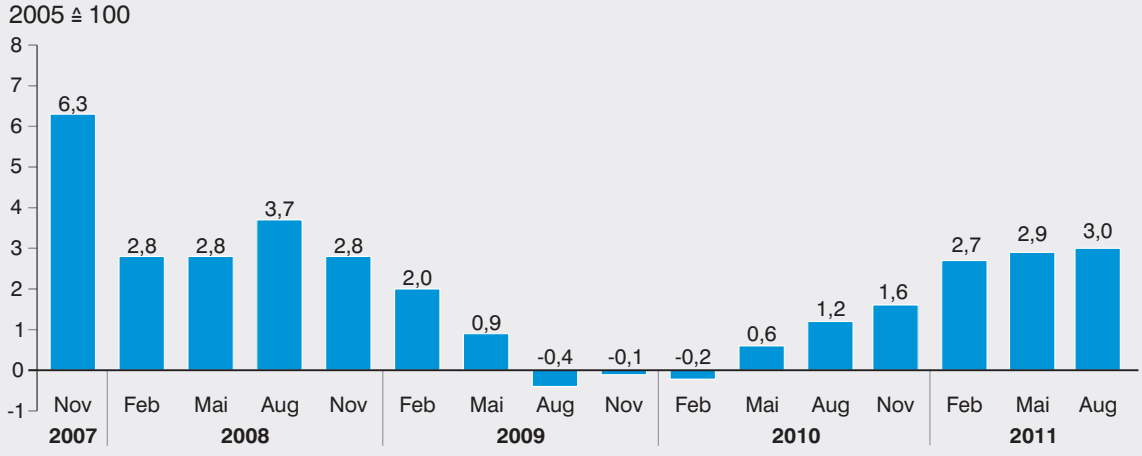
Der Preisindex für Wohngebäude in Bayern erreichte im August 2011 einen Stand von 117,7 (2005 ≙ 100). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat bedeutet dies ein Plus von 3,0%.

Im Bereich der Rohbauarbeiten stiegen die Preise im Vorjahresvergleich um 3,5%. Dabei war die Preisentwicklung der einzelnen Bauarbeiten recht unterschiedlich. Besonders kräftig zogen die Preise für Abdichtungsarbeiten (+6,3%), Klempnerarbeiten (+6,2%) und Stahlbauarbeiten (+6,0%) an, während Verbauarbeiten (+0,8%) im Jahresvergleich nur geringfügig teurer wurden.

Bei den Ausbauarbeiten erhöhten sich die Preise gegenüber August 2010 um 2,6%. Die höchsten Zuwachsraten waren hier bei Estricharbeiten (+4,9%), bei Arbeiten an raumlufttechnischen Anlagen (+4,8%) sowie bei Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsarbeiten innerhalb von Gebäuden (+4,5%) zu beobachten, während die Preise für Arbeiten an vorgehängten hinterlüfteten Fassaden um 0,2% zurückgingen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke in Bayern – 3. Vierteljahr 2011“ (Bestellnummer: M14003 201143, Preis der Druckausgabe: 5,30 €).*

Preisindex für Wohngebäude in Bayern
Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Mehr Beamte und Richter in den Ruhestand versetzt

Die Zahl der Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern belief sich am 1. Januar 2011 auf 115 123 Personen. Damit ist die Zahl der Versorgungsempfänger um 2 467 Personen bzw. 2,2% gegenüber dem 1. Januar 2010 gestiegen. Diese Zunahme setzt sich zusammen aus 4 855 Neuzugängen und 2 388 „Abgängen“ (fast ausschließlich durch Tod). Im zurückliegenden Zehnjahreszeitraum nahm die Zahl der Versorgungsempfänger um 30,0% zu. Von den Versorgungsempfängern waren 86 077 Personen Ruhegeldempfänger. Ihre Zahl hat wie auch in den Jahren zuvor zugenommen, und zwar um 2 636 Personen bzw. 3,2%, während die Zahl der Empfänger von Witwen- bzw. Witwergeld mit einer Abnahme um 86 Personen auf 26 343 in etwa konstant geblieben ist. Leicht rückläufig war die Zahl der Empfänger von Waisengeld, und zwar um 83 Personen bzw. 3,0% auf 2 703 Waisengeldbezieher.

Von den 4 855 neu zum Versorgungssystem der Beamten und Richter des Freistaates zugegangenen Ruhegehaltsempfängern waren 1 489 Frauen. 55,3% der 2010 in den Ruhestand gewechselten Beamten und Richter schieden mit Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren aus dem aktiven Erwerbsleben aus. Wei-

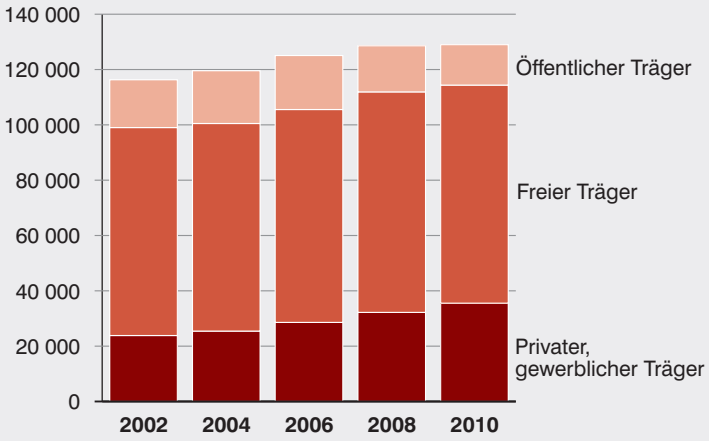
tere 18,7 % wurden wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensioniert. 10,1 % schieden auf eigenen Antrag nach dem 60. Lebensjahr (jedoch vor dem 63. Lebensjahr) und 2,3 % nach dem 63. Lebensjahr (jedoch vor dem 65. Lebensjahr) aus dem Berufsleben aus. 13,4 % wurden aufgrund der im Polizei- und Justizvollzugsdienst geltenden besonderen Altersgrenze in den Ruhestand versetzt.

2 603 bzw. 53,6 % der neu hinzugekommenen „Pensionärinnen und Pensionäre“ waren ehemals im Schuldienst tätig. Hiervon schieden 22,9 % vorzeitig aufgrund von Dienstunfähigkeit aus dem aktiven Dienst aus. Weitere 12,5 % quittierten den Dienst auf eigenen Antrag nach dem 60. bzw. 63. Lebensjahr und 64,6 % schieden durch das Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren aus dem Dienst aus.

Zahl der in Einrichtungen betreuten älteren Menschen kaum gestiegen

Zum 15. Dezember 2010 wurden in Bayern 1 426 Einrichtungen für ältere Menschen gezählt, die über 128 991 Plätze (Betten) verfügten. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahre 2008 waren dies 38 Einrichtungen und 405 Plätze (Betten) mehr. Ende 2010 lebten insgesamt 118 505 Menschen in diesen Einrichtungen, 1 076 bzw. 0,9 % mehr als Ende 2008. Die meisten Bewohner waren den Pflegestufen I (38 295) und II (38 867) zugeordnet; 23 587 Personen waren in Pflegestufe III, von denen 352 Härtefälle waren. Zudem wurden zum Stichtag 7 663 Menschen betreut, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren, außerdem 5 535 Bewohner in Pflegestufe 0 und 4 558 Personen, die nicht pflegebedürftig waren. Ergänzend sei hier angemerkt, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen, die ambulant betreut werden, zwischen 2007 und 2009 um fünf Prozent erhöht hat und die Zahl derjenigen, die Pflegegeld beziehen, um 0,8 % (neuere Zahlen liegen wegen des zweijährigen Turnus dieser Statistik noch nicht vor).

Plätze in Einrichtungen für ältere Menschen in Bayern seit 2002 nach Träger



In den 1 426 Einrichtungen für ältere Menschen – hierzu zählen die allgemein als „Altenheime“ bezeichneten Einrichtungen ebenso wie Pflegeheime für ältere Menschen – waren 90 361 Personen tätig, davon fast drei Viertel (67 085) zur Pflege und Betreuung der älteren Menschen. Von den Beschäftigten insgesamt waren 31 209 Personen in Vollzeit tätig, 45 600 Personen arbeiteten Teilzeit und 5 880 Personen waren geringfügig beschäftigt. Außerdem waren 1 079 Praktikanten und Schüler, 381 Helfer im freiwilligen sozialen Jahr und 656 Zivildienstleistende im Einsatz. 5 556 Personen wurden Ende 2010 in den Einrichtungen für ältere Menschen ausgebildet, davon 5 138 als Altenpfleger und 418 als Altenpflegehelfer.

Die Mehrzahl der Einrichtungen (811) war in freier Trägerschaft, bei 461 Einrichtungen war der Träger privat oder gewerblich und 154 Einrichtungen wurden in öffentlicher Trägerschaft geführt.

Auffällig ist, dass die Zahl der Einrichtungen seit 2002 insgesamt um 14 % anstieg, die der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft jedoch von 181 im Jahr 2002 auf 154 im Jahr 2010 um fast 15 % zurückging. Die Zahl der Einrichtungen in privater bzw. gewerblicher Trägerschaft verzeichnete in dieser Zeit ein Wachstum von knapp 29 %, die der Einrichtungen in freier Trägerschaft ein solches um 14 %.

Betrachtet man die Zahl der angebotenen Plätze (Betten), so zeigt sich zwar eine Zunahme um insgesamt rund 11 %, bei den öffentlichen Trägern, jedoch ein Rückgang um gut 15 %, parallel zur Entwicklung bei den Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft. Bei den Einrichtungen der privaten bzw. gewerblichen Träger stieg die Zahl der Plätze (Betten) seit dem Jahre 2002 um fast 50 %, bei den Einrichtungen in freier Trägerschaft nur um rund 5 %.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Stationäre Einrichtungen für ältere Menschen und ambulant betreute Wohngemeinschaften in Bayern“ (Bestellnummer: K81003 20101, Preis der Druckausgabe: 10,50 €).*

* Alle Statistischen Berichte sowie Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen.
Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: siehe Umschlagseiten 2 und 3

Teilnahme an der Messe Kommunale 2011

Alle zwei Jahre findet in Nürnberg die „Kommunale“, Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf, statt. Zwischen dem 19. und 20. Oktober lockte die Messe auch in diesem Jahr wieder rund 5 100 Besucher an. Zu den mehr als 250 Ausstellern gehörte zum inzwischen fünften Mal das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Innenminister Joachim Herrmann am Messestand mit Margit Jankovsky und Claus Veith (v.r.n.l.).

Erwartungsgemäß waren die Besucher des Messestandes besonders an den im Internet bereitgestellten Daten ihrer Kommune interessiert. So bieten z.B. die „interaktiven Karten“ einen schnellen Regionalvergleich zu rund 150 wichtigen statistischen Indikatoren wie z.B. Geburtenrate, Bevölkerungsentwicklung oder Finanzkraft. Neben weiteren Angeboten wie z.B. der Recherchedatenbank „Genesis Online“ oder der Datensammlung „Statistik kommunal“ sind sie für jedermann kostenlos im Internetangebot des Landesamts abrufbar.

Zensusreferent Jörg Tomann beim Fachvortrag.

Von den Messebesuchern kamen auch interessante Anregungen. So wurde z.B. nach Möglichkeiten gefragt, Gemeinden nach bestimmten Kriterien auszuwählen und zu bestimmten statistischen Indikatoren miteinander zu vergleichen.

Als weiteren Schwerpunkt am Messestand konnten sich die Besucher über den aktuellen Stand des „Zensus 2011“ informieren. Bei der Haushaltsstichprobe ist bisher ein zufriedenstellender Rücklauf von rund 92 % und bei der Gebäude- und Wohnungszählung von rund 95 % zu verzeichnen. Als bürgerfreundliche Alternative konnte man beim Zensus den Fragebogen erstmals nicht nur schriftlich, sondern auch online ausfüllen. Derzeit wird mit Hochdruck an der Erfassung der Fragebögen und Plausibilisierung der Daten gearbeitet.

Präsident Karlheinz Anding (r.) mit Innenminister Joachim Herrmann und Josef Mend, dem Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Gemeindetags.

Welche Auswertungsmöglichkeiten der Zensus 2011 bieten wird, darüber konnten sich die Messebesucher bei einem Fachvortrag informieren. Ab November 2012 werden unter der Adresse www.zensus2011.de erste Ergebnisse, wie z.B. Daten zum Bevölkerungsstand, veröffentlicht.

Großer Andrang herrschte wie auch in den Jahren zuvor schon bei GEWAN (Gewerbeanzeigen im Netz), dem Verfahren für Gewerbean-, -um- und -abmeldungen. Die Gewerbedaten werden bei dem Verfahren von der Gemeinde nur einmal elektronisch erfasst, plausibilisiert und an die nach § 14 Gewerbeordnung vorgeschriebenen Empfangsstellen weitergeleitet. Der GEWAN-Client wird mittlerweile von 1 243 Gemeinden eingesetzt, weitere 757 Gemeinden nutzen über einen Webservice die Weiterleitungsfunktionen von GEWAN. Somit können 2 000 der 2 056 Gemeinden Bayerns die Gewerbemeldung über den elektronischen Verständigungsdienst an die gesetzlich vorgesehenen Empfangsstellen weiterleiten.

Unsere Messevertreterinnen: Margit Jankovsky (l.) und Doris Styhler (r.).

Besonders interessant könnte in Zukunft die Erweiterung „GEWAN | Bürger-Online“ werden. Über einen Webassistenten können die Gewerbetreibenden ihre Daten selbst online an die Gemeinde melden. Dieser papierlose Meldeprozess ist sowohl für die Kommunen als auch für die Bürger zeitsparend.

Die internationale Bodenseeregion in Zahlen

Die Statistikämter aus Bayern, Baden-Württemberg, Vorarlberg (Österreich), Liechtenstein und fünf Schweizer Kantonen haben im Auftrag der Internationalen Bodenseekonferenz den Flyer „Die internationale Bodenseeregion in Zahlen“ veröffentlicht.

Neben allgemeinen Eckdaten zur Bodenseeregion findet man in diesem Flyer Informationen über die aktuelle Entwicklung der Bodenseeregion in den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft und Tourismus.

So hat sich in den letzten zehn Jahren die Bevölkerung der Bodenseeregion um fast 7 % vermehrt und wird voraussichtlich bis 2020 um weitere 5 % wachsen. Am Arbeitsmarkt ist eine ähnliche Dynamik zu verzeichnen: hier nahmen in einem Zeitraum von sieben Jahren die Beschäftigtenzahlen um über 6 % zu. Über zwei Drittel der Beschäftigten der Bodenseeregion finden dabei im Dienstleistungssektor Arbeit. Auch im Tourismusbereich ist mit einem Anstieg der Übernachtungszahlen im Hotelleriebereich um 11 % in den letzten fünf Jahren eine positive Entwicklung erkennbar. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 186 Milliarden Euro wurden in der internationalen Bodenseeregion ca. 6 % des aggregierten BIP der angrenzenden Nationalstaaten erwirtschaftet.

Der Flyer sowie umfangreichere Informationen zu diesen und weiteren Themenbereichen können über das Internet (www.statistik-bodensee.org) abgerufen werden. Vor allem zum Arbeitsmarkt gibt es hier ausführliche Quartalsberichte und aktuelle Monatszahlen. So betrug z.B. in der bayerischen Bodenseeregion im August 2011 die Arbeitslosenquote 3,7 % und lag damit um 3,3 Prozentpunkte unter der deutschen Arbeitslosenquote.

Um trotz unterschiedlicher Erhebungsmethoden in den beteiligten Ländern eine Vergleichbarkeit der Daten zu erreichen, mussten die Daten harmonisiert werden. Bei den zur internationalen Bodenseeregion in den hier beschriebenen Medien veröffentlichten Daten kann es daher zu Abweichungen zu anderen publizierten Kennzahlen kommen.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030

Einwohnerzahlen Bayerns in 20 Jahren auf dem heutigen Niveau, aber regional unterschiedliche Entwicklung

Dipl.-Soz. Univ. Jan Kurzidim

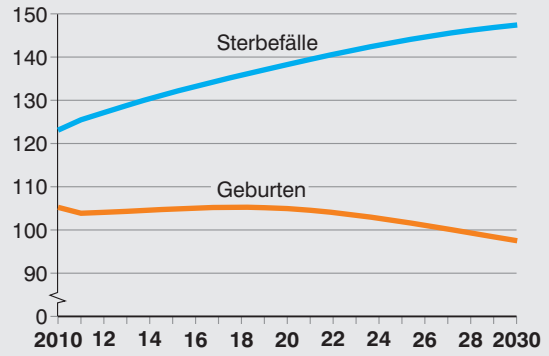
Die neue regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Landkreise und kreisfreien Städte Bayerns zeigt, dass die Bevölkerung Bayerns im Vorausberechnungszeitraum von 2010 bis 2030 weitgehend stabil bleibt. Nach den aktuellen Berechnungen wird die Einwohnerzahl Bayerns in 20 Jahren mit 12,53 Millionen Einwohnern nur leicht unter dem heutigen Niveau von rund 12,54 Millionen Personen liegen. Allerdings wird die Bevölkerungsentwicklung in Bayern nicht gleichmäßig verlaufen. Die Bevölkerungszahl wird vorerst noch ansteigen und auf ihr vorläufiges Maximum von ca. 12,65 Millionen Personen zulaufen (wird 2019 erreicht). Spätestens ab dem Jahr 2020 muss dann aber mit einem langfristigen Rückgang der Einwohnerzahlen in Bayern gerechnet werden. Auch wird die demographische Entwicklung regional sehr unterschiedlich ausfallen: Oberbayern kann in den kommenden 20 Jahren als einziger Regierungsbezirk in Bayern noch mit einer deutlichen Bevölkerungszunahme (+6,8%) rechnen. Die Regierungsbezirke Niederbayern (-2,0%), Schwaben (-1,7%) und Mittelfranken (-1,4%) werden eine relativ stabile Einwohnerentwicklung vorweisen können und im Jahr 2030 – wenn die demographischen Trends der Vergangenheit auch in den kommenden 20 Jahren fortbestehen – einen Bevölkerungsbestand nur wenig unter dem heutigen Niveau vorweisen können. Weite Teile der Oberpfalz (-3,7%) – ausgenommen Stadt und Landkreis Regensburg – und besonders die Regierungsbezirke Unterfranken (-5,8%) und Oberfranken (-10,2%) müssen sich auf merkliche Bevölkerungsverluste einstellen.

Bevölkerungsvorausberechnungen als Modellrechnungen unter der Annahme konstanter Trends

Bevölkerungsvorausberechnungen sind Modellrechnungen, die die demographische Entwicklung der vergangenen Jahre unter bestimmten Annahmen zu den Geburten, Sterbefällen und Wanderungen in die Zukunft fortschreiben. Sie zeigen, wie sich die Bevölkerungszahl und der Altersaufbau der Bevölkerung unter bestimmten, auf heutigen Erkenntnissen beruhenden, Annahmen entwickeln würden. Vorausberechnungen dürfen also nicht als exakte Vorhersagen missverstanden werden – sie zeigen aber, wie sich eine Bevölkerung unter Beibehaltung der demographischen Trends der vergangenen Jahre entwickeln würde.

Die regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung werden nach einer national und international anerkannten, wissenschaftlich fundierten Methode (mit der Software SIKURS) berechnet, die auch vom Statistischen Bundesamt, den anderen Statistischen Landesämtern, den Statistischen Ämtern der meisten deutschen Großstädte sowie der amtlichen Statistik in den Nachbarländern Österreich und Schweiz genutzt wird. Zunächst werden Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und der Wanderungen bis zum Endjahr der Berechnungen getroffen. Diese Annahmen basieren auf der Analyse von bisherigen Verläufen der einzelnen Parameter. Die eigentliche Berechnung geht dann von der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht zu einem bestimmten Stichtag aus und wird für jedes Jahr des Berechnungszeitraums einzeln durchgeführt. Die bereits lebenden Jahrgänge werden in die nächst höhere Altersstufe übernommen, um erwartete Sterbefälle vermindert

Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Bayern 2010 bis 2030 Abb. 1



und um das jeweilige Wanderungssaldo korrigiert. Die Lebendgeborenen werden hinzugefügt. Die Anzahl der Lebendgeborenen und der Gestorbenen wird berechnet, indem altersspezifischen Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und zur Sterblichkeit auf die vorhandene Bevölkerung angewendet werden. Die Zu- und Abwanderungen ergeben sich aus dem angenommenen Wanderungssaldo und seiner Altersstruktur. Hierbei werden verschiedene Wanderungstypen berücksichtigt, z.B. Wanderungen gegenüber dem Ausland, den anderen Bundesländern, aber auch Binnenwanderungen innerhalb Bayerns.

Annahmen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2010–2030

Auch die diesjährige regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung wurde nach diesem deterministischen Komponentenmodell berechnet. Dabei wird davon ausgegangen, dass Annahmen über die Fertilität (konstante zusammengefasste Geburtenziffer, steigendes Alter der Mutter bei der Geburt), die Sterblichkeit (weiterhin steigende Lebenserwartung) und die Binnen- und Außenwanderung (konstante alterspezifische Zu- und Wegzugsraten) strukturell auch in der Zukunft weiter bestehen. Folgende Annahmen liegen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2010 bis 2030 des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung im Einzelnen zugrunde:

- **Ausgangsbevölkerung**
  Die Berechnungen basieren auf dem Bevölkerungsstand zum 31.12.2010, differenziert nach Gebietseinheit, Geschlecht und Einzelaltersjahren. Die Daten stammen aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung, deren Bevölkerungsstand alle mit alleiniger oder Hauptwohnung gemeldeten Einwohner umfasst.

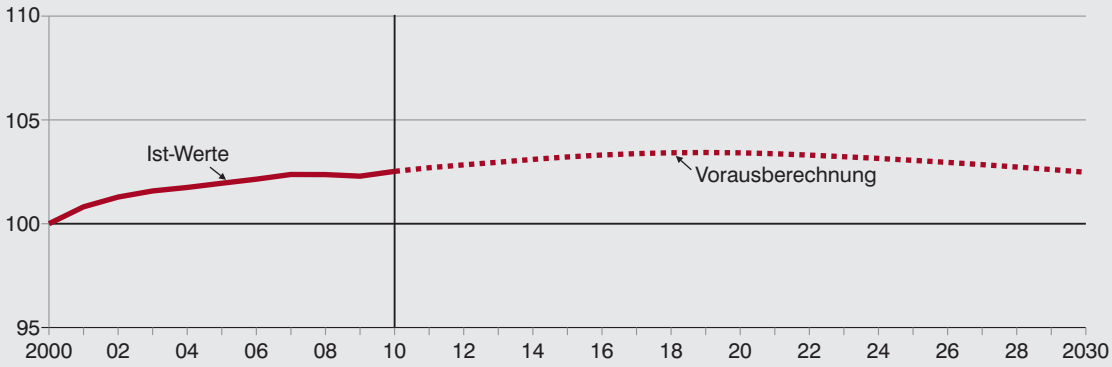
- **Fertilität:**
  Die Geburtenraten werden unter Berücksichtigung räumlicher Unterschiede konstant in die Zukunft fortgeschrieben. Die regionalen Unterschiede im Geburtenverhalten gehen in Form kreis- und altersspezifischer Geburtenraten (für die 15–49-jährigen Frauen), die auf Basis der Lebendgeborenen der Jahr 2003–2010 gebildet wurden, in die Berechnungen ein. Weiterhin wird ein (leicht) steigendes Alter der Mütter bei der Geburt in den Modellannahmen berücksichtigt.

- **Mortalität**
  Auch die Sterblichkeit wurde unter Berücksichtigung kreisspezifischer Differenzen modelliert. Auf Basis der tatsächlichen Sterbefälle in den Jahren 2003–2010 erfolgte eine Berechnung alters- und geschlechtspezifischer Sterberaten für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt in Bayern. Es wird von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung ausgegangen (bei Männern um 2,7 Jahre, bei Frauen um 2,4 Jahre bis 2030).

  Die auf Basis dieser Daten für Bayern vorausberechneten Sterbefall- und Geburtenzahlen (sog. natürliche Bevölkerungsbewegungen) werden in Abb. 1 dargestellt. Deutlich zu erkennen ist der in den kommenden Jahren noch zunehmende Sterbefallüberschuss über die Geburten.

- **Außenwanderung**
  Eine umfassende Wanderungsanalyse ist Basis jeder regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung. Für die aktuelle Vorausberechnung erfolgte eine Berechnung von Zu- und Fortzugsraten je Gebiet, Einzelaltersjahr und Geschlecht anhand der tatsächlichen Wanderungen in den Jahren 2003–2010. Im Bereich der Außenwanderung wurden zwei Wanderungstypen abgebildet:
  a) Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland
  b) Wanderungsverflechtungen mit dem übrigen Bundesgebiet

Entwicklung der Bevölkerung in Bayern seit 2000 und - vorausberechnet - bis 2030 Abb. 2
(2000 ≙ 100)



Dabei wurden sowohl landesspezifische, v.a. durch die wirtschaftliche Anziehungskraft Bayerns bedingte, Entwicklungstendenzen einbezogen, als auch überregionale Entwicklungen berücksichtigt. Insgesamt wurden den Vorausberechnungen Wanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland zugrunde gelegt, die sich grundsätzlich an der Entwicklung in den vergangenen Jahren orientieren (es wurde durchschnittlich ein jährlicher Wanderungsgewinn von 17 300 Personen angenommen). Bei den Wanderungsverflechtungen mit dem restlichen Bundesgebiet wurden durchschnittliche Wanderungsgewinne von 17 500 Personen pro Jahr zugrunde gelegt.

- **Binnenwanderung**

  Neben den Zu- und Wegzügen über die Grenzen Bayerns werden in der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch die Wanderungsbewegungen innerhalb Bayerns berücksichtigt. Diese Binnenwanderungen wurden über eine umfangreiche Analyse der tatsächlichen Wanderungsströme in Bayern (differenziert nach Geschlecht und Alter) über die Kreisgrenzen in den Jahren 2007–2010 modelliert und gehen in Form demographisch differenzierter Binnenwegzugsraten in die Berechnung ein.

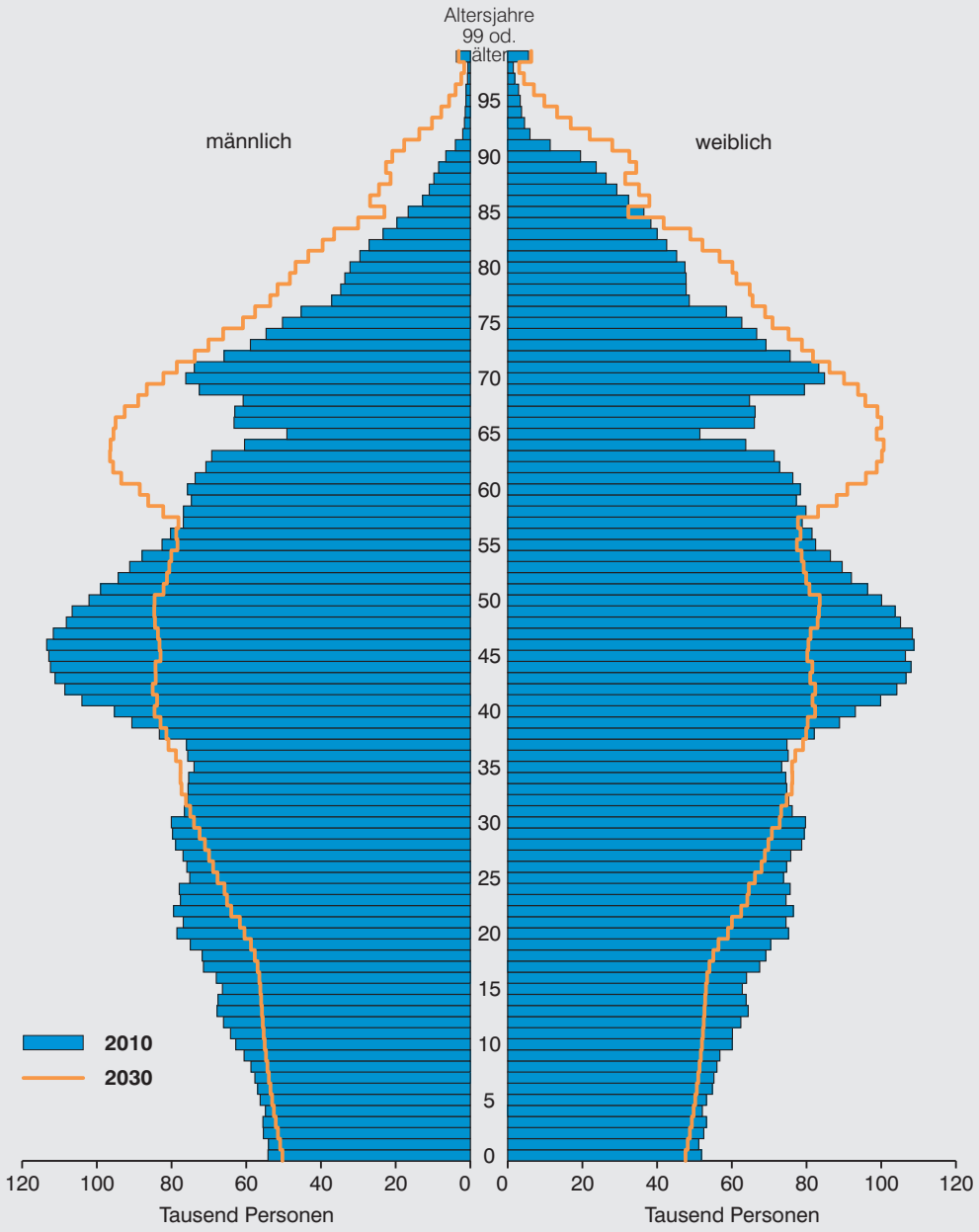
Ergebnisse für den Freistaat Bayern

Aller Voraussicht nach wird die Einwohnerzahl Bayerns, ausgehend vom Stand zum 31.12 2010 mit rund 12,54 Millionen Personen, mittelfristig noch zunehmen. Voraussichtlich im Jahr 2019 wird die bayerische Bevölkerung mit rund 12,65 Millionen Personen ihr maximales Niveau erreichen und danach abnehmen (siehe Abb. 2). Im Jahr 2030 werden nach den jüngsten Berechnungen ca. 12,53 Millionen Menschen im Freistaat leben, die Bevölkerungszahl würde demnach nahezu auf dem gleichen Niveau wie im Ausgangsjahr 2010 liegen.

Die vorerst noch wachsende Bevölkerung Bayerns wird begleitet von einer sich signifikant ändernden Altersstruktur – dieser Prozess stellt (neben dem langfristigen Bevölkerungsrückgang) das zweite Merkmal des demographischen Wandels dar. Die in Abb. 3 dargestellte Bevölkerungspyramide veranschaulicht die voranschreitende Alterung der Bevölkerung: Während im Ausgangsjahr 2010 (blaue Pyramide) die mittleren Altersjahrgänge am stärksten besetzt sind, wird sich die Altersstruktur im Jahr 2030 (orangener Umriss) grundlegend verändert haben. Am stärksten besetzt werden dann die

Die Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030 und weiterer demographischer Analysen (z.B. Demographie-Spiegel für bayerische Gemeinden, Vorausberechnung der Personen mit Migrationshintergrund) sind kostenfrei auf der Homepage des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung (www.statistik.bayern.de/demographie) verfügbar.

Altersaufbau der Bevölkerung Bayerns 2010 und 2030 nach Geschlecht Abb. 3



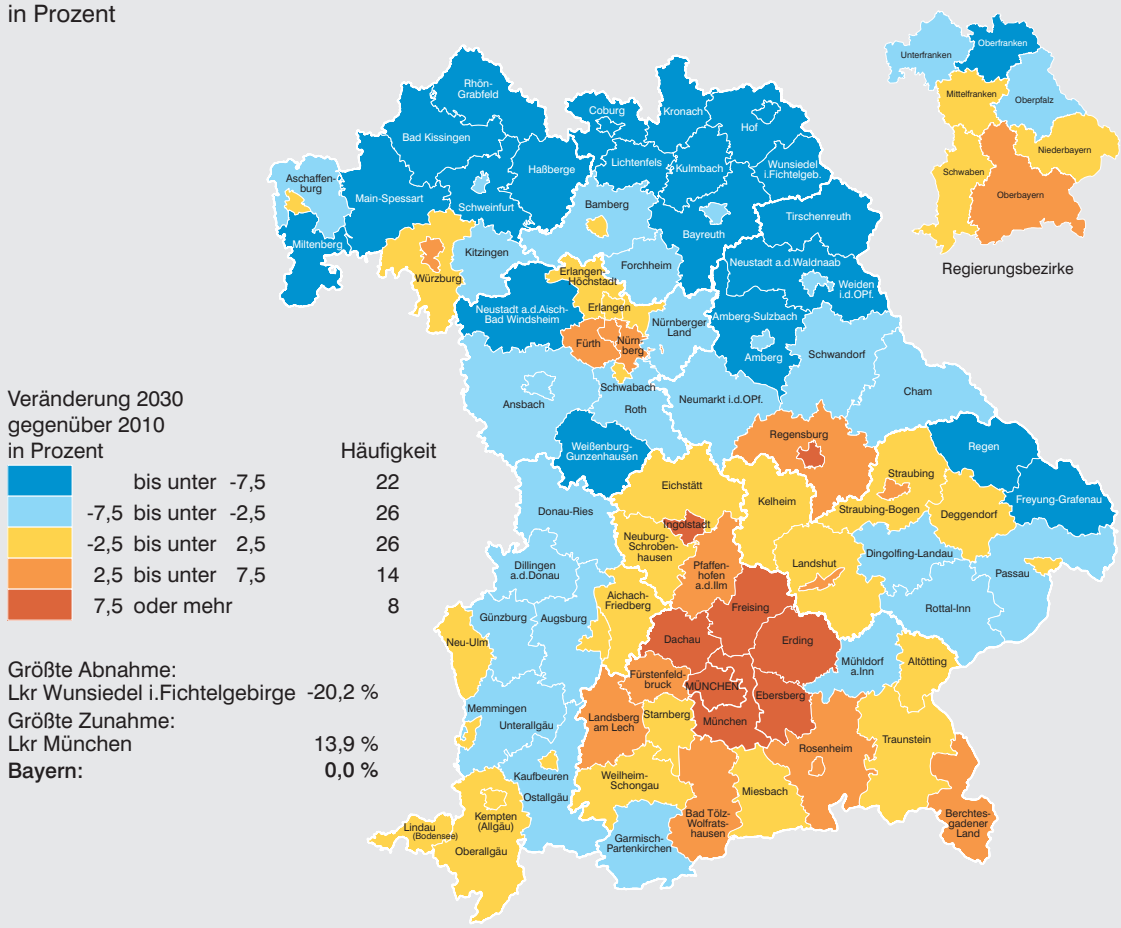
Altersgruppen über 60 Jahren sein, während die Besetzungen der mittleren und jüngeren Altersklassen deutlich niedriger ausfallen werden als noch im Jahr 2010.

Sowohl Anzahl als auch Anteil der Personen der unter 20-Jährigen werden bis zum Jahr 2030 zurückgehen. Im Jahr 2010 lebten in Bayern rund 2,43 Millionen Personen dieser Altersgruppe, im Jahr 2020 werden es bereits 9,1 % weniger sein (2,20 Millionen Personen), weitere 10 Jahre später dann nur noch 2,12 Millionen Personen (12,5 % weniger als im Ausgangsjahr 2010).

Bei der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren ergibt sich ein anderes Bild: Ausgehend von 7,66 Millionen Personen im Jahr 2010 wird diese Altersgruppe bis zum Jahr 2020 relativ konstant blei-

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern - Veränderung 2030 gegenüber 2010
in Prozent

Abb. 4



Veränderung 2030 gegenüber 2010 in Prozent

		Häufigkeit
bis unter -7,5		22
-7,5 bis unter -2,5		26
-2,5 bis unter 2,5		26
2,5 bis unter 7,5		14
7,5 oder mehr		8

Größte Abnahme:
Lkr Wunsiedel i.Fichtelgebirge -20,2 %
Größte Zunahme:
Lkr München 13,9 %
Bayern: 0,0 %

ben und sogar leicht anwachsen auf 7,68 Millionen Personen (+0,3 %). Dann aber werden deutlich mehr Menschen in die Altersgruppe 65+ übertreten als Jugendliche (bzw. Zuwanderer) nachkommen. Als Konsequenz wird die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen bis zum Jahr 2030 auf rund 7,10 Millionen Personen abnehmen (-7,3 % gegenüber 2010).

Deutliche Zuwächse wird es dagegen in der Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren geben, weil in den kommenden Jahren stark besetzte Jahrgänge in die Altersgruppe 65+ übergehen werden. Die im Jahr 2010 noch 2,45 Millionen Personen große Altersgruppe wird binnen 20 Jahren auf 3,31 Millionen Personen im Jahr 2030 anwachsen und damit einen Zuwachs von 35,1 % verzeichnen können. Neben der steigenden Lebenserwartung kann dieser Zuwachs v.a. durch den Übertritt der stark besetzten Baby-Boom-Jahrgänge der 1960er Jahre in die Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren erklärt werden.

Regional unterschiedliche Entwicklungen

Die Bevölkerungszahlen werden sich in Bayern regional sehr unterschiedlich entwickeln. Abb. 4 zeigt farblich abgestuft die prozentuale Veränderung der Einwohnerzahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen des Freistaats von 2010 bis 2030. Deutlich sichtbar ist die regional unterschiedliche Entwicklung mit Wachstumszentren im Großraum München – Ingolstadt und Bevölkerungsverlusten vor allem im Norden und Osten Bayerns. Das zentrale Südbayern kann mit überdurchschnittlichen Einwohnerzuwächsen rechnen: Die Landkreise München

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 2010 bis 2030: Bevölkerungsstand, Durchschnittsalter, Jugendquotient und Altenquotient

Kreisfreie Städte und Landkreise	Bevölkerungsstand in 1 000		Veränderung 2030 gegenüber 2010	davon		Durchschnittsalter in Jahren		Jugendquotient[1]		Altenquotient[2]	
				natürliche Bevölkerungsbewegungen	Wanderungen						
	31.12. 2010	31.12. 2030	in %			31.12. 2010	31.12. 2030	31.12. 2010	31.12. 2030	31.12. 2010	31.12. 2030
Kreisfreie Stadt Ingolstadt	125,1	135,2	8,1	-1,2	9,3	42,1	44,6	30,9	30,2	30,6	38,4
München, Landeshauptstadt	1 353,2	1 509,9	11,6	5,7	5,8	41,6	42,7	25,2	27,4	27,0	29,9
Kreisfreie Stadt Rosenheim	61,3	62,8	2,5	-1,6	4,1	43,1	45,8	29,3	29,6	32,1	44,0
Landkreis Altötting	107,7	105,4	-2,1	-8,5	6,4	43,6	47,7	33,6	30,7	34,6	51,4
Landkreis Berchtesgadener Land	102,4	105,2	2,7	-9,5	12,2	44,8	47,5	30,8	29,9	39,3	50,6
Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen	121,8	127,5	4,7	-6,1	10,8	43,4	47,5	34,1	31,0	34,9	49,8
Landkreis Dachau	138,5	152,4	10,0	-3,7	13,7	41,8	45,5	33,7	31,9	28,4	41,8
Landkreis Ebersberg	129,2	141,2	9,3	-3,5	12,7	42,0	45,6	36,1	34,0	31,1	43,2
Landkreis Eichstätt	125,0	127,0	1,6	-2,3	3,9	41,0	45,2	36,2	33,8	27,6	43,6
Landkreis Erding	127,0	140,8	10,9	-0,1	11,0	40,7	45,2	35,6	31,8	25,1	40,2
Landkreis Freising	166,4	180,4	8,4	1,8	6,6	40,3	44,3	32,9	30,7	23,9	37,4
Landkreis Fürstenfeldbruck	204,5	217,1	6,2	-5,4	11,5	43,3	46,5	33,3	32,1	34,7	46,5
Landkreis Garmisch-Partenkirchen	86,3	81,6	-5,5	-11,7	6,2	45,3	49,5	31,6	27,2	41,5	56,4
Landkreis Landsberg am Lech	114,6	121,1	5,6	-4,2	9,8	42,1	46,9	36,4	32,7	30,1	48,7
Landkreis Miesbach	95,6	96,1	0,5	-8,4	8,9	44,2	48,3	32,7	29,8	37,5	52,6
Landkreis Mühldorf	110,3	107,0	-3,0	-8,6	5,6	42,9	47,5	34,4	31,1	32,7	50,8
Landkreis München	323,0	367,9	13,9	-3,7	17,6	42,9	45,2	33,3	33,7	34,0	41,6
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen	91,4	91,6	0,3	-4,1	4,3	41,9	45,9	35,4	33,1	29,6	46,3
Landkreis Pfaffenhofen	117,4	121,6	3,6	-3,5	7,1	41,7	46,3	34,1	31,0	27,7	44,9
Landkreis Rosenheim	249,8	256,4	2,7	-7,6	10,3	42,9	47,5	34,8	31,4	32,7	50,7
Landkreis Starnberg	130,3	133,5	2,4	-7,6	10,0	44,3	47,7	35,0	33,1	38,9	51,9
Landkreis Traunstein	170,5	169,2	-0,8	-8,3	7,5	44,1	48,3	33,8	31,2	37,0	54,7
Landkreis Weilheim-Schongau	130,9	130,1	-0,6	-6,6	6,0	43,0	47,5	35,9	32,2	34,3	52,4
Regierungsbezirk Oberbayern	**4 382,3**	**4 681,1**	**6,8**	**-1,7**	**8,5**	**42,4**	**45,3**	**31,0**	**30,2**	**30,7**	**40,6**
Kreisfreie Stadt Landshut	63,3	67,6	6,9	-8,8	15,6	44,2	47,3	28,6	28,6	35,7	49,0
Kreisfreie Stadt Passau	50,6	49,9	-1,3	-11,2	9,9	44,6	48,0	23,7	23,6	34,3	50,5
Kreisfreie Stadt Straubing	44,5	45,7	2,8	-11,0	13,9	44,8	48,2	26,8	26,6	34,8	51,1
Landkreis Deggendorf	117,0	117,5	0,5	-8,0	8,5	42,9	47,5	31,6	28,7	30,2	49,3
Landkreis Freyung-Grafenau	79,3	72,4	-8,6	-10,9	2,2	43,5	49,1	32,3	28,9	31,6	57,7
Landkreis Kelheim	113,1	114,2	1,0	-4,9	5,8	41,8	46,1	35,4	32,6	29,1	46,4
Landkreis Landshut	148,8	152,1	2,2	-3,9	6,2	41,7	46,6	34,9	31,6	27,9	46,9
Landkreis Passau	187,3	181,6	-3,1	-9,3	6,2	43,5	48,8	32,5	29,0	32,8	55,5
Landkreis Regen	79,0	69,6	-11,9	-11,5	-0,3	43,9	49,1	30,6	28,0	32,4	55,9
Landkreis Rottal-Inn	118,0	111,0	-5,9	-9,2	3,3	43,3	48,0	34,6	30,8	34,5	53,9
Landkreis Straubing-Bogen	97,6	96,1	-1,5	-6,2	4,7	42,2	47,5	34,4	30,3	29,0	49,7
Landkreis Dingolfing-Landau	91,0	87,6	-3,8	-6,2	2,5	42,5	47,0	33,3	30,0	29,8	48,9
Regierungsbezirk Niederbayern	**1 189,4**	**1 165,4**	**-2,0**	**-8,0**	**5,9**	**43,0**	**47,7**	**32,5**	**29,6**	**31,4**	**51,1**
Kreisfreie Stadt Amberg	43,8	40,9	-6,4	-11,1	4,7	44,5	48,3	28,9	27,1	36,2	53,1
Kreisfreie Stadt Regensburg	135,5	147,2	8,6	-1,0	9,6	42,4	44,5	24,8	26,2	28,6	36,8
Kreisfreie Stadt Weiden i.d.OPf.	42,0	40,1	-4,5	-10,8	6,3	44,3	48,1	31,1	28,4	37,3	52,3
Landkreis Amberg-Sulzbach	105,2	96,5	-8,3	-9,2	0,9	43,1	48,2	33,4	30,7	32,4	54,7
Landkreis Cham	128,3	119,0	-7,3	-9,6	2,3	43,3	48,4	32,0	28,8	31,6	53,9
Landkreis Neumarkt i.d.OPf.	127,8	123,4	-3,4	-6,3	2,9	41,9	47,3	35,2	30,3	28,9	49,5
Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab	97,2	87,3	-10,2	-9,0	-1,2	42,8	48,0	33,7	30,4	31,2	53,2
Landkreis Regensburg	183,8	189,7	3,2	-5,3	8,5	42,1	46,9	33,3	31,2	27,5	48,3
Landkreis Schwandorf	142,8	133,8	-6,3	-9,4	3,1	43,1	47,9	32,6	29,2	31,8	51,4
Landkreis Tirschenreuth	74,8	62,9	-15,9	-12,8	-3,0	44,1	49,4	32,9	29,4	35,8	59,7
Regierungsbezirk Oberpfalz	**1 081,1**	**1 040,9**	**-3,7**	**-7,6**	**3,9**	**42,9**	**47,4**	**31,9**	**29,3**	**30,9**	**49,7**
Kreisfreie Stadt Bamberg	70,0	71,3	1,9	-7,2	9,1	43,9	46,5	26,4	26,4	34,5	45,3
Kreisfreie Stadt Bayreuth	72,7	68,8	-5,3	-8,0	2,7	43,4	46,1	24,9	25,1	32,2	45,1
Kreisfreie Stadt Coburg	41,1	37,2	-9,5	-11,2	1,7	45,2	48,5	28,6	28,2	38,3	54,8
Kreisfreie Stadt Hof	46,3	40,4	-12,8	-13,7	0,9	45,6	49,1	29,4	27,4	40,5	56,8
Landkreis Bamberg	144,2	139,9	-3,0	-6,6	3,6	41,8	47,1	33,8	31,1	27,5	49,6
Landkreis Bayreuth	106,1	94,7	-10,7	-10,9	0,2	43,7	48,8	32,9	30,2	33,5	56,9
Landkreis Coburg	88,2	77,1	-12,5	-11,2	-1,4	44,4	49,7	31,8	28,2	35,5	59,0
Landkreis Forchheim	113,0	108,0	-4,4	-7,4	3,0	42,6	47,8	33,6	31,2	30,0	53,1
Landkreis Hof	100,2	81,0	-19,2	-17,3	-1,8	46,0	51,0	31,5	27,9	42,3	65,8
Landkreis Kronach	70,1	58,3	-16,8	-14,9	-1,9	45,2	50,4	29,5	26,2	36,7	60,6
Landkreis Kulmbach	74,5	63,2	-15,2	-13,2	-2,0	44,9	50,0	31,0	28,1	36,6	61,1
Landkreis Lichtenfels	68,1	60,7	-10,9	-11,9	1,0	44,1	49,4	31,4	27,3	34,8	56,7
Landkreis Wunsiedel i.Fichtelgebirge	76,8	61,3	-20,2	-17,8	-2,5	46,7	51,0	29,9	28,3	44,3	67,2
Regierungsbezirk Oberfranken	**1 071,3**	**962,0**	**-10,2**	**-11,3**	**1,0**	**44,2**	**48,7**	**30,9**	**28,5**	**34,9**	**55,4**

1 Jugendquotient: Anzahl 0- bis 19-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.
2 Altenquotient: Anzahl 65-Jährige oder Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.

Noch: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern 2010 bis 2030: Bevölkerungsstand, Durchschnittsalter, Jugendquotient und Altenquotient

Kreisfreie Städte und Landkreise	Bevölkerungsstand in 1 000		Veränderung 2030 gegenüber 2010	davon		Durchschnittsalter in Jahren		Jugendquotient[1]		Altenquotient[2]	
				natürliche Bevölkerungsbewegungen	Wanderungen						
	31.12. 2010	31.12. 2030	in %			31.12. 2010	31.12. 2030	31.12. 2010	31.12. 2030	31.12. 2010	31.12. 2030
Kreisfreie Stadt Ansbach	40,3	39,1	-2,9	-9,2	6,3	44,3	48,0	30,9	29,6	37,0	53,9
Kreisfreie Stadt Erlangen	105,6	106,4	0,7	-1,0	1,8	42,2	44,7	28,2	28,7	30,0	40,6
Kreisfreie Stadt Fürth	114,6	119,1	3,9	-4,5	8,4	42,7	46,0	29,9	28,0	30,2	41,8
Kreisfreie Stadt Nürnberg	505,7	518,5	2,5	-4,8	7,3	43,6	45,6	26,6	27,0	33,0	40,6
Kreisfreie Stadt Schwabach	38,9	38,0	-2,1	-8,5	6,4	43,7	47,4	32,4	31,6	35,1	51,1
Landkreis Ansbach	179,9	168,3	-6,5	-6,9	0,5	42,5	47,4	35,5	31,7	31,4	51,7
Landkreis Erlangen-Höchstadt	131,4	133,7	1,7	-5,7	7,4	42,6	46,9	33,4	32,7	29,8	49,9
Landkreis Fürth	114,8	117,7	2,5	-8,5	11,0	44,2	47,8	30,9	30,3	34,0	50,9
Landkreis Nürnberger Land	166,3	155,6	-6,4	-11,0	4,6	44,4	48,9	32,1	30,0	35,9	56,1
Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	97,6	89,4	-8,4	-8,9	0,5	43,1	48,0	34,6	31,9	32,6	54,5
Landkreis Roth	124,2	118,5	-4,6	-7,7	3,1	43,0	47,7	34,0	31,2	31,9	52,0
Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen	92,3	84,2	-8,8	-9,0	0,2	43,4	48,2	35,0	32,2	34,9	56,9
Regierungsbezirk Mittelfranken	**1 711,6**	**1 688,3**	**-1,4**	**-6,6**	**5,2**	**43,3**	**46,8**	**30,8**	**29,5**	**32,7**	**47,3**
Kreisfreie Stadt Aschaffenburg	68,7	69,4	1,0	-6,2	7,3	43,5	47,0	29,4	29,3	32,8	48,3
Kreisfreie Stadt Schweinfurt	53,4	51,2	-4,2	-10,3	6,1	45,2	48,1	29,5	29,7	41,2	55,4
Kreisfreie Stadt Würzburg	133,8	139,1	4,0	-6,7	10,7	42,6	44,7	20,8	21,5	28,6	37,3
Landkreis Aschaffenburg	172,7	163,8	-5,1	-7,4	2,3	43,3	47,8	33,0	30,4	31,9	51,7
Landkreis Bad Kissingen	104,3	92,7	-11,1	-13,1	2,0	44,9	50,1	32,6	29,7	38,4	64,3
Landkreis Rhön-Grabfeld	82,9	73,6	-11,2	-9,4	-1,8	43,5	48,8	33,8	30,8	33,4	58,0
Landkreis Haßberge	85,0	75,1	-11,7	-8,6	-3,1	43,0	48,3	33,4	30,8	30,7	55,8
Landkreis Kitzingen	88,4	84,3	-4,7	-8,3	3,6	43,0	48,1	33,1	29,5	31,4	52,5
Landkreis Miltenberg	128,3	118,4	-7,8	-7,4	-0,3	42,9	47,9	34,7	30,2	32,4	52,3
Landkreis Main-Spessart	127,8	114,6	-10,3	-10,5	0,2	43,9	49,1	32,4	29,1	33,9	57,7
Landkreis Schweinfurt	113,0	101,8	-9,9	-8,0	-1,9	43,6	48,6	33,5	30,6	33,7	57,3
Landkreis Würzburg	159,8	157,9	-1,2	-4,6	3,4	43,0	47,5	32,2	30,2	30,1	51,6
Regierungsbezirk Unterfranken	**1 318,1**	**1 241,8**	**-5,8**	**-8,1**	**2,3**	**43,4**	**47,9**	**31,4**	**29,0**	**32,6**	**52,4**
Kreisfreie Stadt Augsburg	264,7	266,1	0,5	-4,8	5,3	43,2	45,5	28,2	28,4	33,2	42,7
Kreisfreie Stadt Kaufbeuren	41,8	42,1	0,6	-8,7	9,3	44,4	47,1	32,8	32,0	38,7	51,3
Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu)	62,1	61,8	-0,5	-6,7	6,2	44,0	46,4	32,3	32,7	39,2	50,0
Kreisfreie Stadt Memmingen	41,0	40,6	-1,1	-6,3	5,1	43,6	46,7	33,0	31,5	36,6	48,8
Landkreis Aichach-Friedberg	128,0	127,8	-0,1	-5,1	5,0	42,1	47,0	35,4	31,6	30,0	48,2
Landkreis Augsburg	240,1	233,6	-2,7	-6,9	4,2	42,7	47,4	35,2	32,2	32,1	51,6
Landkreis Dillingen a.d.Donau	93,5	87,3	-6,7	-6,9	0,2	42,0	47,0	36,4	32,4	30,3	50,1
Landkreis Günzburg	120,5	116,0	-3,7	-5,3	1,6	42,1	46,3	35,5	32,7	30,5	46,9
Landkreis Neu-Ulm	165,5	167,7	1,4	-3,5	4,9	42,5	46,1	33,5	32,3	31,8	46,0
Landkreis Lindau (Bodensee)	79,8	79,8	0,1	-8,4	8,5	43,9	47,8	35,0	30,4	37,9	51,3
Landkreis Ostallgäu	133,9	129,9	-3,0	-6,3	3,3	42,8	47,3	36,5	33,2	33,9	52,6
Landkreis Unterallgäu	135,4	131,7	-2,7	-6,9	4,2	42,8	47,7	37,4	32,0	34,5	53,4
Landkreis Donau-Ries	128,9	122,0	-5,3	-6,0	0,6	42,3	47,0	35,4	31,6	31,6	49,4
Landkreis Oberallgäu	149,9	147,5	-1,6	-8,0	6,4	43,7	48,3	34,4	29,9	35,8	53,3
Regierungsbezirk Schwaben	**1 784,9**	**1 753,8**	**-1,7**	**-6,1**	**4,4**	**42,9**	**46,9**	**34,1**	**31,3**	**33,2**	**49,0**
Bayern	**12 538,7**	**12 533,4**	**0,0**	**-5,6**	**5,6**	**42,9**	**46,6**	**31,7**	**29,9**	**31,9**	**46,6**

1 Jugendquotient: Anzahl 0- bis 19-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.
2 Altenquotient: Anzahl 65-Jährige oder Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren.

(+13,9%), Erding (+10,9%), Dachau (+10,0%) sowie die Landeshauptstadt München (+11,6%) werden bis 2030 die größten Bevölkerungszuwächse verzeichnen können. Der Regierungsbezirk Oberbayern wird im Berechnungszeitraum rund 6,8% an Einwohnern gewinnen. Der bayerische Norden und Osten werden am stärksten vom demographischen Wandel betroffen sein, dort verzeichnen die Regierungsbezirke Oberfranken, Unterfranken und Oberpfalz schon seit Jahren rückläufige Bevölkerungszahlen. Bis 2030 sind es zahlreiche Landkreise und kreisfreie Städte dieser Regierungsbezirke, die die größten Bevölkerungsverluste verkraften müssen. In den Landkreisen Wunsiedel i.Fichtelgebirge (-20,2%), Hof (-19,2%), Kronach (-16,8%) und Tirschenreuth (-15,9%) werden die größten Bevölkerungsverluste erwartet. Der Bevölkerungsstand aller Kreise und kreisfreien Städte zum 31.12.2010 und die vorausberechnete Zahl zum 31.12.2030 sowie die prozentuale Veränderung sind der Tabelle zu entnehmen.

Ein weiterer wichtiger Indikator der bayerischen Bevölkerung ist das Durchschnittsalter, dessen Entwicklung ebenfalls in der Tabelle zu finden ist. Das Durchschnittsalter wird in Bayern im Vorausberechnungszeitraum von 42,9 Jahren im Jahr 2010 auf 46,6 Jahre im Jahr 2030 ansteigen. Die drei jüngsten Gebiete im Jahr 2010 waren die Landkreise Freising mit einem durchschnittlichen Alter der Einwohner von 40,3 Jahren, Erding mit 40,7 Jahren und Eichstätt mit 41,0 Jahren. Im Jahr 2030 werden nach den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung die Landkreise Freising und Erding mit dann 44,3 bzw. 45,2 Jahren nach wie vor zu den jüngsten im Freistaat gehören. Durch die überwiegend junge Altersstruktur der zuwandernden Bevölkerung wird die Landeshauptstadt München mit einem durchschnittlichen Alter ihrer Einwohner von 42,7 Jahren dann aber das jüngste Gebiet in Bayern sein.

Fazit

Auch die Ergebnisse der diesjährigen Bevölkerungsvorausberechnung zeigen, dass in Bayern der demographische Wandel ein wichtiges Thema ist, mit dem sich die handelnden Akteure vor Ort frühzeitig auseinandersetzen können. Neben der langfristigen Abnahme der Bevölkerung, die in einigen Regionen Bayerns schon seit Jahren in vollem Gange ist, stellt die Alterung der Bevölkerung das zweite Merkmal des demographischen Wandels dar. Selbst wenn einzelne Landkreise oder kreisfreie Städte deutlich höhere Wanderungsgewinne als in den vergangenen Jahren erzielen würden, könnte dieser Alterungsprozess der Bevölkerung nicht gestoppt, allenfalls abgemildert werden.

Strukturen in der Landwirtschaft

Ausgewählte Ergebnisse aus der Landwirtschaftszählung 2010

Dr. Nina Stückrath

Im Jahr 2010 fand nach über zehn Jahren deutschlandweit eine Landwirtschaftszählung statt. Die Landwirtschaftszählung wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt und stellt unter den Agrarstatistiken die umfassendste Erhebung über die Situation in der Landwirtschaft dar. Zweck der Erhebung ist es, vor allem ein aktuelles und verlässliches Bild über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten. Anhand von ausgewählten Merkmalsbereichen wird deutlich, dass die Landwirtschaft einem Wandel unterliegt. So nimmt die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe immer weiter zu, es werden mehr Betriebe im ökologischen Landbau bewirtschaftet, die landwirtschaftlichen Betriebe werden meist im Haupterwerb geführt, die Pachtflächen nehmen zu und die Viehhaltung ist durch Spezialisierung und Intensivierung gekennzeichnet.

Allgemeine Vorbemerkungen

Im Jahr 2010 fand in Deutschland – nach über 10 Jahren – wieder eine Landwirtschaftszählung (LZ 2010) statt. Zwischen den Durchführungen von Landwirtschaftszählungen fanden in regelmäßigen Abständen Agrarstrukturerhebungen statt (z.B. in den Jahren 2003 und 2007). Die LZ 2010 stellt allerdings unter den Agrarstatistiken die umfassendste Erhebung über die Situation der Landwirtschaft dar. Zweck der Erhebung ist es vor allem, ein aktuelles und verlässliches Bild über die Struktur der Betriebe, ihre betriebliche Produktion, Beschäftigungswirkung und Multifunktionalität zu gewinnen. Inhaltlich unterscheidet sich die LZ 2010 deutlich von den bereits durchgeführten Erhebungen in der Agrarstatistik. Neben der Befragung zu den „klassischen" Merkmalsbereichen wie z.B. Bodennutzung, Viehbestände, Eigentums- und Pachtverhältnisse sowie Sozialökonomik, wurden bei ausgewählten Einheiten zusätzliche Bereiche abgefragt, mit denen der Bedarf für eine EU-weite „Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden" (ELPM) erfüllt wird. Dabei handelt es sich um eine Befragung zur Bodenbearbeitung und Fruchtfolge sowie zum Erosionsschutz im Freiland, zur Erhaltung und Anlage von Landschaftselementen, zum Wirtschaftsdünger, zur Weidehaltung sowie zu Haltungsplätzen und -verfahren.

Rechtsgrundlagen

Die Landwirtschaftszählung ist Teil des in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführten Agrarzensus sowie der weltweiten Agrarzensen, die von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization (FAO)) empfohlen werden. Mit der Erhebung werden die in der Verordnung der Europäischen Gemeinschaft (EG) Nummer 1166/2008 festgelegten Anforderungen der Europäischen Union erfüllt. Die Umsetzung in nationales Recht erfolgt im Bundesstatistikgesetz und fachlich im Agrarstatistikgesetz.

Nach den gesetzlichen Vorgaben besteht zur LZ 2010 Auskunftspflicht für Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen wurden die Erfassungsgrenzen für die Einbeziehung der Betriebe gegenüber den letzten Zählungen deutlich angehoben. Durch diese Anhebung der Erfassungsgrenzen ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denjenigen der Vorjahre eingeschränkt, jedoch lassen sich klare Tendenzen erkennen. In die aktuelle Erhebung einbezogen sind

Tab. 1 **Erfassungsgrenzen für landwirtschaftliche Betriebe**

Erfassungsgrenzen der vergangenen Zählungen seit 1999	Erfassungsgrenzen der Landwirtschaftszählung 2010
2 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche	5 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche
8 Rinder	10 Rinder
8 Schweine	50 Schweine
	10 Zuchtsauen
20 Schafe	20 Schafe
	20 Ziegen
200 Legehennen	1 000 Stück Geflügel
200 Junghennen	
200 Schlacht-, Masthähne, - hühner und sonstige Hähne	
200 Gänse, Enten und Truthühner	
0,3 Hektar Hopfen	0,5 Hektar Hopfen
0,3 Hektar Tabak	0,5 Hektar Tabak
0,3 Hektar Obst-, Reb- oder Baumschulfläche	0,5 Hektar Obst-, Reb- oder Baumschulfläche oder in der Summe 1,0 Hektar Dauerkulturen im Freiland
0,3 Hektar Gemüse im Freiland	0,5 Hektar Gemüse oder Erdbeeren im Freiland
0,3 Hektar Blumen oder Zierpflanzen im Freiland	0,3 Hektar Blumen oder Zierpflanzen im Freiland
0,3 Hektar Heil- und Gewürzpflanzen	
0,3 Hektar Gartenbausämereien	
0,03 Hektar Gemüse unter Glas oder Blumen und Zierpflanzen unter Glas	0,1 Hektar Kulturen unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen
	0,1 Hektar Speisepilze

nunmehr als landwirtschaftliche Betriebe alle Einheiten mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens fünf Hektar (s. Tabelle 1). Einheiten mit weniger als fünf Hektar werden erfasst, wenn sie die gesetzlich vorgegebenen Erfassungsgrenzen beim Anbau besonderer Kulturen (z.B. 0,5 Hektar Rebland) oder bei Tierbeständen (z.B. 1 000 Stück Geflügel) erreichen. Falls ein Betrieb keine der Erfassungsgrenzen für einen landwirtschaftlichen Betrieb erreicht, aber mindestens zehn Hektar Wald und/oder Kurzumtriebsplantagen besitzt, wird er als Forstbetrieb befragt. Neben der Anhebung der Erfassungsgrenzen sind als weitere Entlastungsmaßnahmen die Verwaltungsdatennutzung und im Vergleich zu vorangegangenen Landwirtschaftszählungen der Verzicht auf einzelne Merkmalskomplexe (s. Kasten) zu nennen.

Die Einzelangaben der Betriebe werden nach Vorgaben des Bundesstatistikgesetzes geheim gehalten.

Allgemeine Entwicklungen der Landwirtschaft seit 1971

In der Landwirtschaft vollzieht sich seit Jahrzehnten ein starker Strukturwandel. Auch wenn die Ergebnisse aufgrund der unterschiedlichen Berichtskreise und Erfassungsgrenzen nur bedingt miteinander vergleichbar sind, so sind doch klare Tendenzen abzuleiten:

Entlastung der Auskunftspflichtigen

Neben der Anhebung der Erfassungsgrenzen, wodurch eine Vielzahl an Betrieben keine Angaben mehr erteilen muss, erfolgt zur Entlastung der Auskunftspflichtigen die Verwaltungsdatennutzung. Eine Datenübernahme aus Verwaltungsdaten zu den Themenkomplexen „Gentechnisch veränderten Organismen“ und zur „Ländlichen Entwicklung“ erfolgt vollständig. Soweit als möglich werden zudem die in dem „Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem“ enthaltenen Daten vom Mehrfachantrag und aus dem „Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT)“ verwendet. Somit entfallen Angaben zur Bodennutzung und Viehhaltung weitestgehend.

Durch die Novellierung des Agrarstatistikgesetzes wurden die Auskunftspflichtigen im Vergleich zu der letzten Landwirtschaftszählung dadurch entlastet, da auf einzelne Merkmalsbereiche verzichtet wurde (z.B. Vermietung von Unterkünften). Zudem wird von der rechtlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, die von der EU vorgegebene Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden nur als Stichprobenerhebung durchzuführen.

Tab. 2 **Landwirtschaftliche Betriebe 2010 nach Betriebsfläche, ausgewählten Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche**

Landwirtschaftlich genutze Fläche von … bis unter … ha	und zwar			
	Betriebsfläche insgesamt [1]	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Ackerland	Dauergrünland
	Anzahl Betriebe			
unter 5	4 173	4 035	1 726	1 997
5 - 10	17 435	17 435	12 311	14 588
10 - 20	27 334	27 334	22 130	23 822
20 - 50	30 968	30 968	26 333	28 544
50 - 100	13 906	13 906	13 074	12 846
100 - 200	3 531	3 531	3 447	3 277
200 - 500	497	497	485	467
500 - 1 000	24	24	21	22
1 000 oder mehr	5	5	5	4
Insgesamt	**97 873**	**97 735**	**79 532**	**85 567**
	Fläche in ha			
unter 5	19 256	9 623	2 431	4 656
5 - 10	214 001	127 508	63 655	61 171
10 - 20	571 073	417 024	234 183	179 826
20 - 50	1 271 940	1 020 185	594 308	423 184
50 - 100	1 076 000	946 321	666 481	278 506
100 - 200	503 563	460 491	364 048	95 303
200 - 500	155 986	133 142	108 761	23 985
500 - 1 000	18 971	15 911	12 230	3 577
1 000 oder mehr	7 042	6 638	6 087	411
Insgesamt	**3 837 833**	**3 136 843**	**2 052 183**	**1 070 618**

1 Einschließlich Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Die Betriebszahlen der landwirtschaftlichen Einheiten sind rückläufig. Wobei dieser Entwicklung ein nicht so starker Rückgang bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche gegenüber steht. Dies hat zur Folge, dass die Größe je Betrieb immer weiter zu nimmt, wobei die Flächenaufstockung oftmals über den Weg der Pacht erfolgt. Der Strukturwandel ist auch bei den Vieh haltenden Betrieben erkennbar. In der Viehhaltung bestimmen insbesondere marktrelevante Faktoren sowie Preise für Betriebsmittel eine große Rolle. In der arbeitsintensiven Rinderhaltung und in der Schweinehaltung ist der Rückgang der Halterzahlen sehr massiv. Der Rückgang der Viehbestände ist prozentual geringer als die Abnahme der Betriebszahlen, aber dennoch sehr deutlich. Der Trend zur Intensivierung und Spezialisierung schreitet weiter voran.

Marktrelevante Faktoren bestimmen ebenfalls die Bewirtschaftungsweise in Betrieben. So führt eine verstärkte Nachfrage nach ökologisch angebauten Lebensmitteln auch zu einer Zunahme der Ökobetriebe.

Andere Aspekte in der Landwirtschaft haben damals wie heute Bestand bzw. wandeln sich nur teilweise. Die Besitzstruktur in Bayern verändert sich nur wenig. Seit jeher ist die Rechtsform „Einzelunternehmen“ bedeutend. Das Bild der bayerischen Landwirtschaft mit der Führung der Höfe als Familienbetrieb, ist weiterhin vorherrschend.

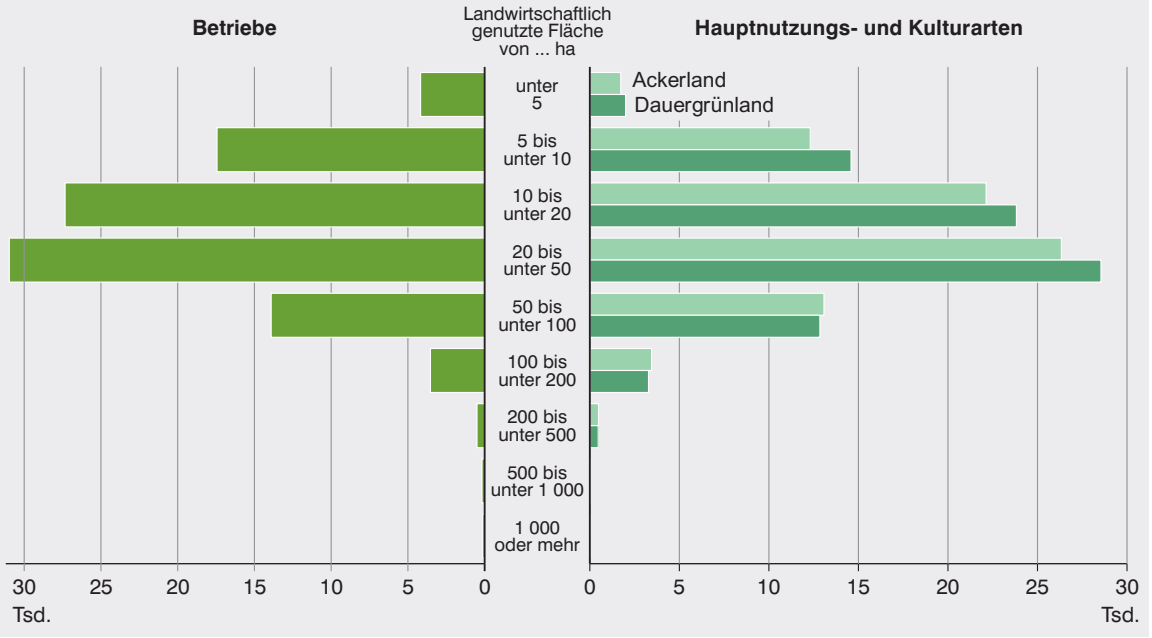
In den letzten 40 Jahren hat sich die Fläche des Ackerlands größenmäßig kaum verändert. Nach wie vor stellen Weizen und Gerste beim Getreide die flächenmäßig wichtigsten Kulturarten dar. Bei den Futterpflanzen bzw. Pflanzen zur Grünernte ist hingegen eine deutliche Zunahme der Flächenanteile zu beobachten. Vor allem steigt hierbei die Anbaufläche von Silomais an. Hier führt u. a. der Trend zu „Erneuerbaren Energien“ mit der Verbreitung der Biogasanlagen zu einer Veränderung des Anbauverhaltens der Landwirte.

Ausgewählte Ergebnisse zu Strukturen in der Landwirtschaft

Veränderungen der Landwirtschaft im Wandel der Zeit

In Bayern wurden bei der LZ 2010 insgesamt 97 873 landwirtschaftliche Betriebe nachgewiesen. Davon haben 97 735 Betriebsinhaber bzw. -leiter rund 3,1 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche

Landwirtschaftliche Betriebe 2010 und ausgewählte Hauptnutzungs- und Kulturarten nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche Abb. 1



bewirtschaftet. Rund 2,1 Millionen Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist Ackerland und rund 1,1 Millionen Hektar Dauergrünland.

Fast ein Drittel (32%) der landwirtschaftlichen Betriebe weist zwischen 20 und unter 50 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche auf (Tabelle 2 vgl. Abb. 1). Im Jahr 1999 lag der Anteil der Betriebe in dieser Größenklasse noch bei 29%. Der Anteil der Betriebe in der Größenklasse 50 bis unter 100 ha landwirtschaftliche Fläche an der gesamten Betriebsanzahl ist von 7% im Jahr 1999 auf 14% im Jahr 2010 gestiegen. Ebenfalls hat der Anteil der Betriebe, die über 100 Hektar zur Verfügung haben, von 1% (1999) auf 4% (2010) zugenommen.

Da freiwerdende Flächen meist von anderen aktiven Landwirten durch Pacht oder Kauf übernommen werden, führt dies stetig zu größeren Betrieben. Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche Flächen-

Tab. 3 **Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau nach dem Grad der Umstellung 2010 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche**

Landwirtschaftlich genutze Fläche von … bis unter … ha	Insgesamt		davon			
			Betriebe mit vollständig ökologischer Bewirtschaftung der LF		Betriebe mit nicht vollständig ökologischer Bewirtschaftung der LF	
	Betriebe	LF [1]	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 5	157	.	147	413	10	.
5 - 10	811	6 074	784	5 888	27	186
10 - 20	1 646	25 520	1 609	24 935	37	585
20 - 50	2 010	65 900	1 969	64 519	41	1 381
50 - 100	863	58 578	835	56 672	28	1 906
100 - 200	213	27 874	202	26 532	11	1 342
200 - 500	30	7 322	29	.	1	.
500 - 1 000	1	.	1	.	-	-
1 000 oder mehr	1	.	-	-	1	.
Insgesamt	5 732	194 065	5 576	186 888	156	7 178

1 Einschließlich Flächen, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

ausstattung eines landwirtschaftlichen Betriebs 32 Hektar, wohingegen dieser Wert 1999 noch bei 21 Hektar lag. Nach wie vor ist jedoch im Vergleich zu den nord- und ostdeutschen Ländern in Bayern eine kleinbetriebliche Struktur in der Landwirtschaft vorherrschend.

Rund 6% (5 732 Betriebe) der bayerischen landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten im Jahr 2010 ihren Betrieb komplett oder teilweise ökologisch (s. Tabelle 3). Davon haben 5 576 Betriebe mit rund 186 900 Hektar vollständig auf die ökologische Flächenbewirtschaftung umgestellt (vgl. Abb. 2). Im Jahr 1999 lag der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe noch bei 2 % (2 656 Betriebe). Deren landwirtschaftliche Fläche betrug mit rund 72 700 Hektar etwas über ein Drittel (37%) der Fläche von 2010. Der Ökolandbau zeichnet sich somit derzeit als eine Sparte mit einem starken Wachstum aus, wobei hier allerdings die weitere Entwicklung sehr stark vom Markt abhängig ist.

Rund 64% der Ökobetriebe bewirtschaften 10 bis unter 50 Hektar landwirtschaftliche Fläche, davon rund 35% zwischen 20 und 50 Hektar. Im Vergleich zu 1999 hat sich der Anteil der Betriebe in der Größenklasse zwischen 10 und unter 50 Hektar um 3 Prozentpunkte verringert. Der prozentuale Anteil der Betriebe mit einer Flächenausstattung von 50 bis unter 100 Hektar sowie über 100 Hektar steigt weiterhin an (Größenklasse 50 bis unter 100 Hektar: 1999: 11%, 2010: 15%; Größenklasse über 100 Hektar: 1999: 1%, 2010: 4%).

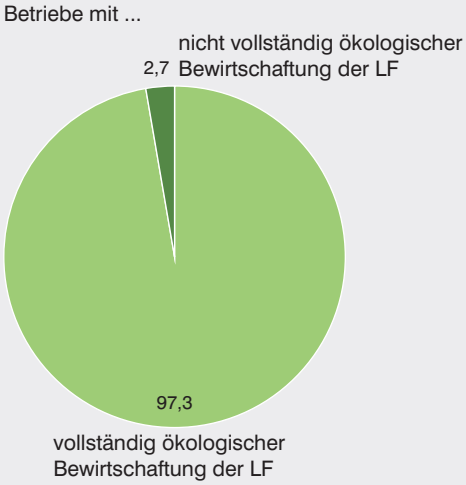
Die durchschnittliche Fläche je ökologisch wirtschaftendem Betrieb lag bei der LZ 2010 bei 34 Hektar. Zur LZ 1999 waren es noch 27 Hektar im Durchschnitt.

Bayernweit bewirtschaften immer mehr Landwirte ihren Betrieb im Haupterwerb. Im Vergleich zu 1999 stieg der Anteil der Haupterwerbsbetriebe von 44% auf 51%. Die durchschnittliche Fläche, die bewirtschaftet wurde, stieg bei diesen Betrieben von 33 Hektar im Jahr 1999 auf 42 Hektar im Jahr 2010.

Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe nahm folglich ab. 1999 wurden noch 56% der Betriebe im Nebenerwerb betrieben; 2010 hingegen waren es nur noch 49%. Auch hier ist ein Anstieg der landwirtschaftlichen Fläche im Mittel zu beobachten. Nebenerwerbslandwirte bewirtschafteten im Jahr 1999 im Durchschnitt 11 Hektar; 2010 sind es bereits 18 Hektar.

Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau nach dem Grad der Umstellung 2010
In Prozent

Abb. 2



Die Pacht von Flächen ist für Landwirte eine Möglichkeit, den Produktionsfaktor Boden ihres Betriebes zu vergrößern. Im Jahr 2010 waren von der gesamten landwirtschaftlichen Fläche rund 55% Eigentumsfläche und 45% Pachtflächen zu verzeichnen (s. Tabelle 4). Der Anteil von unentgeltlich erhaltener landwirtschaftlich genutzter Fläche mit unter einem Prozent ist gering. Seit 1999 ist damit der Pachtanteil von 40% um rund 5% gestiegen.

Sowohl 1999 als auch im Jahr 2010 waren über 60 % der Betriebe mit gepachteten Flächen in der Größenklasse mit einer Flächenausstattung von 10 bis unter 50 Hektar vertreten. Insbesondere stieg der Anteil der Betriebe mit Pachtflächen in den größeren Größenklassen 50 bis unter 100 Hektar von 10% im Jahr 1999 auf 19% im Jahr 2010 sowie in der Größenklasse über 100 Hektar von 2% auf 6%.

Von den 97 873 landwirtschaftlichen Betrieben in Bayern hielten zum Stichtag 1. März 2010 rund 78%

Tab. 4 **Eigentums- und Pachtverhältnisse in landwirtschaftlichen Betrieben 2010 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche**

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von … bis unter … ha	Insgesamt		Betriebe mit eigener selbstbewirtschafteter LF			Betriebe mit gepachteter LF		
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	eigene LF [1]	Betriebe	LF	Pachtfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		Anzahl	ha	
unter 5	4 173	9 623	3 665	8 740	7 485	1 233	3 481	1 833
5 - 10	17 435	127 508	16 452	120 374	105 128	6 686	50 303	20 334
10 - 20	27 334	417 024	26 011	396 941	315 530	16 823	263 081	96 734
20 - 50	30 968	1 020 185	30 173	994 413	643 918	25 252	846 271	368 037
50 - 100	13 906	946 321	13 572	923 418	437 936	12 584	857 613	501 671
100 - 200	3 531	460 491	3 404	443 676	.	3 270	426 027	.
200 - 500	497	133 142	475	127 019	40 518	463	122 919	91 105
500 - 1 000	24	15 911	21	14 131	.	22	14 400	.
1 000 oder mehr	5	6 638	5	6 638	4 221	5	6 638	2 416
Insgesamt	97 873	3 136 843	93 778	3 035 348	1 710 540	66 338	2 590 731	1 397 695

1 Eigene selbstbewirtschaftete LF.

(75 980 Betriebe) Vieh. Es wurden rund 3,4 Millionen Rinder, 3,7 Millionen Schweine, 387 700 Schafe, 59 500 Ziegen, 88 300 Einhufer, 10,5 Millionen Hühner und 1,0 Millionen sonstiges Geflügel (Gänse, Enten, Truthühner) gehalten. Seit 1999 hat sich der Viehbestand der Hühner (+10%), des sonstigen Geflügels (+7%) und der Pferde (+8%) erhöht. Hingegen sank die Rinderanzahl um 17% und die Anzahl der Schweine um 5%. Es wurden zudem rund 17% weniger Schafe gehalten.

Die Viehhaltung unterliegt der Spezialisierung. So haben bspw. rund 52% aller Rinder haltenden Betriebe nur Rinder und 31% aller Schweine haltenden Betriebe nur Schweine aufgestallt. Generell gilt, dass in Betrieben mit Spezialisierung auf nur eine Tierart die durchschnittlichen Tierbestände je Betrieb höher sind als bei Betrieben, die mehrere Tierarten halten. Rinderhalter ohne Spezialisierung auf nur eine Tierart halten durchschnittlich 55 Rinder; Rinderhalter, die nur Rinder besitzen, weisen eine Bestandsgröße von 67 Rindern im Mittel auf. Besonders drastisch ist der Unterschied in der Schweinehaltung: Schweinehalter, die noch andere Tierarten halten, besitzen im Durchschnitt 105 Schweine; „reine“ Schweine haltende Betriebe hingegen 449 Schweine.

Rund 64% der Betriebe mit Rindern haben unter 50 Großvieheinheiten (GV). Sie halten 34% des gesamten Rinderbestands. 42% des Rinderbestands werden in Betrieben mit 50 bis unter 100 GV sowie 22% der Rinder in Betrieben mit 100 bis unter 200 GV gehalten. Bei den Schweine haltenden Betrieben ist eine ähnliche Tendenz festzustellen: Rund 70% der Betriebe mit Schweinen haben unter 50 GV. Sie halten 28% des gesamten Schweinebestands. 32% des Schweinebestands werden in Betrieben mit 50 bis unter 100 GV sowie 33% der Schweine in Betrieben mit 100 bis unter 200 GV gehalten. Die meisten Schafe (57%) hingegen werden in Betrieben mit weniger als 50 GV gehalten. Rund 80% der Geflügelbetriebe weisen weniger als 50 GV auf. Deren Anteil am gesamten Geflügelbestand liegt jedoch nur bei 14%. Den größten Anteil von 52% des Geflügelbestands werden von weniger als einem Prozent der Betriebe (Betriebe der Größenklasse mit 200 und mehr GV) gehalten.

Ausblick

„Wachsen“ oder „Aufgeben“ war und ist eine zentrale Frage, die sich viele Landwirte in den letzten Jahren gestellt haben und die zu einem Strukturwandel führt. Die Entwicklung geht hin zu immer weniger Betrieben, die ihre Flächen jedoch ausweiten. Die Expansion eines Betriebs ist allerdings nicht ohne gravierenden Einsatz anderer Faktoren (erhöhter Kapitaleinsatz, erhöhter Arbeitskräfteeinsatz usw.) möglich.

Vielfach ist das sogenannte „Höfesterben“ mit davon abhängig, ob es für einen Betrieb überhaupt einen Hofnachfolger gibt. Zur LZ 2010 wurden zu dieser Thematik die Betriebsinhaber/-leiter der Rechtsform Einzelunternehmen mit einem 45 Jahre und älteren Betriebsinhaber befragt. 37% dieser Landwirte gaben an, dass die Hofnachfolge gesichert ist. Ob diese Sicherheit tatsächlich besteht, ist jedoch von vielen anderen Faktoren (z.B. Preispolitik) abhängig.

Das Verhältnis von Wirtschaft und Statistik – Belastung und Nutzen bei Unternehmensstatistiken

Dr. Simone Wagner

Die Informationen der amtlichen Statistik sind für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Zugleich wird von den Auskunftspflichtigen – insbesondere von den Unternehmen – die hohe Belastung durch die ihnen gesetzlich auferlegte Informationspflicht an die amtliche Statistik beklagt. Dieser Beitrag gibt daher einen Überblick über die tatsächliche Belastung der Unternehmen durch die amtliche Statistik. Kontrastierend geht er auch auf ihre Inanspruchnahme durch weitere Berichtspflichten – wie Erhebungen durch andere Institutionen oder für die öffentliche Verwaltung zu erbringende Dienstleistungen – ein. Auf diesen Ergebnissen aufbauend skizziert der Beitrag die seitens des Gesetzgebers und der amtlichen Statistik vorgenommenen Entlastungsmaßnahmen zum Abbau der Statistikpflichten und gibt einen Ausblick auf die geplanten Weiterentwicklungen im Statistischen Programm. Da die amtliche Statistik jedoch nicht nur eine Last für die Unternehmen darstellt, sondern von ihnen auch gewinnbringend eingesetzt werden kann, wird abschließend der Nutzen der amtlichen Statistik für die Unternehmen herausgearbeitet.

Einführung

Verlässliche und objektive Informationen sind insbesondere in unserer Informations- und Wissensgesellschaft für planerische Zwecke sowie zur Beurteilung der Auswirkungen von Entscheidungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von herausragender Bedeutung und somit ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur. Bei der Bereitstellung dieser Informationen kommt der amtlichen Statistik eine Schlüsselrolle zu. Sie soll die für die Willensbildung in der Gesellschaft erforderlichen statistischen Informationen über Zustand und Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft, öffentlichem Leben und Umwelt laufend bereitstellen (Bartels/Fürst 1973). Somit fungiert sie als „Spiegel der Gesellschaft“ und sollte jedermann – beispielsweise Politik, Interessenvertretern, Wirtschaft und Wissenschaft – zugänglich sein (Westerhoff 2007). Um die informationelle Grundversorgung der Öffentlichkeit dauerhaft sicherzustellen, wurde ihr daher im Bundesstatistikgesetz die Aufgabe zugewiesen, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren (BStatG §1). Als zentrale Behörde für die amtliche Statistik Bayerns wird das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung zudem durch das Bayerische Statistikgesetz zur Bereitstellung der entscheidungsrelevanten Informationen verpflichtet (BayStatG Art. 5 Nr. 1).

Grundsätzlich werden die einzelnen amtlichen Statistiken gemäß Bundesstatistikgesetz und Bayerischem Statistikgesetz durch spezielle Rechtsvorschriften (Fachstatistikgesetze) angeordnet. Diese benennen für die jeweilige Erhebung unter anderem die Erhebungs- und Hilfsmerkmale sowie die Veröffentlichungs- und Übermittlungskriterien und legen fest, ob und in welchem Umfang für die Erhebung Auskunftspflicht besteht. An der Gestaltung der Fachstatistikgesetze sind die für die jeweilige Erhebung zuständigen Verbände sowie der Statistische Beirat, der das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen beraten soll, beteiligt. Durch die Einbeziehung der Nutzer, Befragten und Produzenten in

das Gesetzgebungsverfahren soll ermöglicht werden, dass bei der Ausgestaltung der Statistiken auch deren Belange berücksichtigt werden.

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wirkt aktuell an der Erstellung von 306 laufenden Landes- sowie Bundes- und EU-Statistiken mit und führt darüber hinaus diverse Gesamtrechnungen – beispielsweise die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – sowie Sonderaufträge durch. Knapp die Hälfte der durchgeführten Erhebungen sind hierbei Unternehmensstatistiken.

Obwohl Informationen über identifizierbare Personen bzw. Betriebe dem schützenswerten Bereich der Privatsphäre bzw. der Interessensphäre der Betriebe angehören, besteht für einen Großteil der amtlichen Statistiken Auskunftspflicht. Dieser Eingriff in das Grundrecht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung ist erforderlich, da für viele Bereiche Gesamtzahlen benötigt werden und bei Stichprobenerhebungen die Auswahl des Berichtskreises strengen wissenschaftlichen Kriterien folgt, um Verzerrungen zu vermeiden (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 1990).

Trotz dieser statistischen Notwendigkeit empfindet die Wirtschaft die ihr gesetzlich auferlegte Informationspflicht dennoch meist als unnötige Belastung. In Politik und Medien sind die der Wirtschaft durch die öffentliche Verwaltung auferlegten Belastungen daher ein Dauerthema (Götzke/Sturm 2003) und es werden verstärkt Bemühungen unternommen, die Belastung durch geeignete Entlastungsmaßnahmen zu reduzieren.

Ziel dieses Beitrags ist es, einen Überblick über die tatsächliche Belastung der Wirtschaft durch ihre Berichtspflichten an die amtliche Statistik zu geben. Unter Rückgriff auf die Ergebnisse diverser Studien zeigt der erste Abschnitt die Belastungswirkung der amtlichen Statistik für die Wirtschaft auf. Der zweite Abschnitt beschreibt die seitens des Gesetzgebers vorgenommenen Entlastungsmaßnahmen und ihre Wirkung. An diese Bestandsaufnahme anknüpfend gibt Abschnitt drei einen Überblick zu den durch die amtliche Statistik (geplanten) Maßnahmen und den aktuellen Entwicklungen im statistischen Programm im Bereich der Unternehmensstatistiken. Da bei den Bestrebungen zum Bürokratieabbau meist ausschließlich die Belastung der Wirtschaft durch die ihr auferlegten Meldepflichten herausgestellt, der Nutzen der bereitgestellten Informationen jedoch vollständig ausgeblendet wird (Radermacher/Stäglin 2007), wird im Rahmen dieses Beitrags abschließend auf den Nutzen der Unternehmensstatistiken für die Unternehmen selbst eingegangen.

Die Belastung der Auskunftspflichtigen

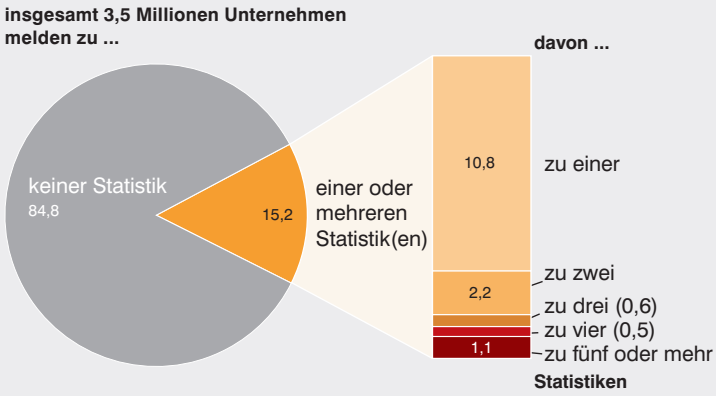
Seitens der Wirtschaft werden häufig die Belastung und die entstehenden Kosten durch zu viel staatliche Bürokratie kritisiert. Erklärtes Ziel der Bundesregierung war und ist daher der Abbau überflüssiger Bürokratie. In der 16. Wahlperiode verständigte sich die Regierung schließlich sogar darauf, den Bürokratieabbau systematisch voranzutreiben und insbesondere den Mittelstand von hemmender Überregulierung zu entlasten.

Da in der öffentlichen Diskussion zum Bürokratieabbau häufig die amtliche Statistik als eine der wesentlichen Bürokratielasten angeführt und fälschlicherweise jede Informations- und Meldepflicht mit ihr gleichgesetzt wird, wurde das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, 2003 vom damaligen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) beauftragt, die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch die amtliche Statistik zu untersuchen (Pfeiffer/Stäglin 2006; Stäglin et al. 2006; Stäglin/Pfeiffer 2006; Stäglin 2007; Sturm 2005). Die Studie sollte eine Versachlichung der Diskussion fördern und dazu beitragen, den Bürokratieabbau im Hinblick auf die Statistik systematisch angehen zu können. Konkret zielte sie darauf ab, die tatsächliche Belastung deutscher Unternehmen durch ihre Meldepflicht zur amtlichen Statistik zu identifizieren. Zudem sollten die Gründe für besonders hohe Belastungen ermittelt und ein Anhaltspunkt zur Relation von amtlicher und nicht amtlicher Statistik sowie zu den für die öffentliche Verwaltung zu erbringenden Dienstleistungen gewonnen werden.

Datenbasis der Studie stellten das beim Statistischen Bundesamt geführte Unternehmensregister der Statistischen Ämter der Länder sowie durch das DIW Berlin und die Statistischen Ämter des Bundes

Inanspruchnahme der Unternehmen durch Erhebungen der Statistischen Ämter 2004
Anteile in Prozent

Abb. 1



Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 30/2006, basierend auf Angaben des Unternehmensregisters der statistischen Ämter, Stand Oktober 2004

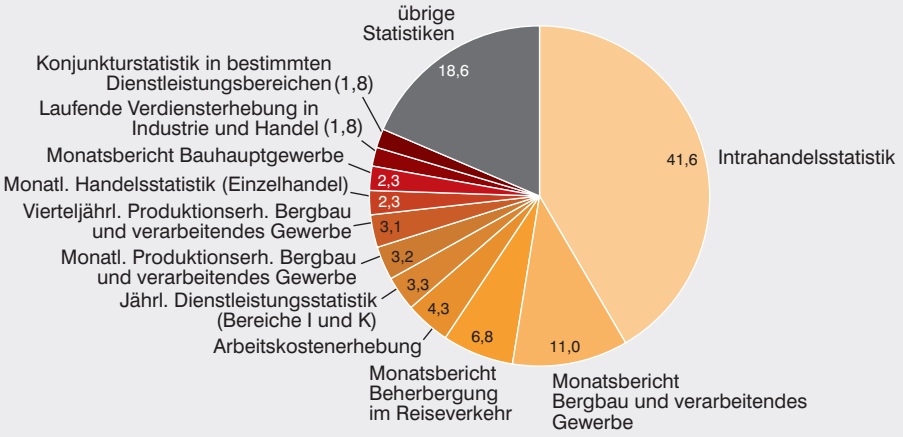
und der Länder durchgeführte schriftliche Befragungen dar. Diese Befragungen ermittelten zum einen die zeitliche Belastung der Unternehmen durch ihre Meldepflicht für die 74 im Jahr 2004 durch die amtliche Statistik durchgeführten Erhebungen und zum anderen ihre Inanspruchnahme durch Datenerhebungen anderer Institutionen zu statistischen Zwecken und durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung. Außerdem wurde erfasst, inwiefern die Unternehmen selbst die amtlichen Statistikergebnisse für ihre eigenen Zwecke nutzen (Ebigt et al. 2004, Stäglin et. al. 2006).

Im Rahmen der Studie wurde deutlich, dass 2004 von den knapp 3,5 Millionen Unternehmen nur 15,2 % durch Meldepflichten an die amtliche Statistik belastet waren. Der Großteil dieser auskunftspflichtigen Unternehmen (10,8 %) musste jedoch ausschließlich zu einer einzigen Statistik melden und nur 4,4 % der meldepflichtigen Unternehmen wurden zu zwei oder mehr Erhebungen befragt (Abbildung 1). Zwar mussten die Unternehmen für ihre Meldungen im Durchschnitt jährlich lediglich 12,7 Stunden – also 64 Minuten pro Monat – aufwenden. Doch variierte diese Belastung in großem Umfang mit der Unternehmensgröße, dem Wirtschaftsbereich des Unternehmens sowie der von ihm bearbeiteten Statistik.

Für die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sind vor allem Kennzahlen zu Umsatz und Beschäftigung von besonderer Bedeutung. Große Unternehmen machen zwar lediglich einen sehr geringen Anteil an allen deutschen Unternehmen aus, tragen jedoch maßgeblich zu diesen beiden Kennzahlen bei. So verfügten 0,3 % der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten im Jahr 2004 über einen Umsatzanteil von 43 % und einen Beschäftigungsanteil von 46 % und wurden daher überproportional durch die Statistikpflichten belastet. Knapp 80 % der Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten wurden zur Abgabe statistischer Meldungen herangezogen. Auf sie entfielen 8 % des gesamten Meldeaufwands für Unternehmensstatistiken bei einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit je meldepflichtigem Unternehmen von 122,3 Stunden – also zehnmal so viel wie der jahresdurchschnittliche Meldeaufwand aller betroffenen Unternehmen.[1] Kleine Unternehmen und Betriebe wurden dagegen – entgegen der weitläufig verbreiteten Meinung – in deutlich geringerem Umfang durch die amtliche Statistik belastet. Nur 12,6 % der Kleinstunternehmen, d.h. Unternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wurden zu einer oder mehreren Meldungen herangezogen und ihre durchschnittliche Bearbeitungszeit betrug lediglich 6,1 Stunden pro Jahr, was der Hälfte des gesamten durchschnittlichen Meldeauf-

1 Der mit zunehmender Unternehmensgröße tendenziell steigende Bearbeitungsaufwand wurde auch im Rahmen einer vom Statistischen Bundesamt im Jahr 2003 durchgeführten Untersuchung der Großhandelsstatistik ausgemacht (Götzke/Sturm 2003).

Zeitaufwand der Unternehmen für einzelne Erhebungen durch die Statistischen Ämter 2004 Abb. 2
Anteile in Prozent



Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 30/2006, basierend auf Angaben der amtlichen Belastungserhebung und Hochrechnung des DIW Berlin

wands entsprach. Dieses Ergebnis ist vor allem vor dem Hintergrund bemerkenswert, als die Kleinstunternehmen mit knapp 221 000 Unternehmen die größte Gruppe berichtspflichtiger Unternehmen darstellten und der von ihnen insgesamt erbrachte Meldeaufwand 20 % der Bearbeitungszeit ausmachte.

Große Belastungsunterschiede durch die amtliche Statistik waren zudem nach den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu verzeichnen. Der höchste Anteil berichtspflichtiger Unternehmen gehörte dem Bereich des produzierenden Gewerbes an, da bei diesen Erhebungen ab einer bestimmten Abschneidegrenze, d.h. ab einer bestimmten Anzahl Beschäftigter, immer Vollerhebungen durchgeführt werden. Das diesem Bereich zuzurechnende Verarbeitende Gewerbe war auch in zeitlicher Hinsicht mit einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit in Höhe von 34,5 Stunden in hohem Umfang durch die amtliche Statistik belastet.

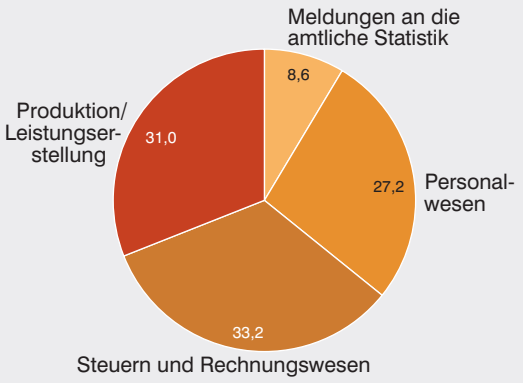
Wird nach den einzelnen Statistiken differenziert, zeigt sich, dass im Jahr 2004 gerade einmal elf Statistiken 81 % des gesamten Meldeaufwands verursachten und sich vor allem die Intrahandelsstatistik mit einem Meldeaufwand von 42 % als besonders zeitaufwändig gestaltete (Abbildung 2). Ursächlich für diesen hohen Aufwand zeichneten u.a. die im Jahr abzugebenden Meldungen je Handelsweg, die Verteilung der Meldungen auf die Monate und ihre Kumulierung sowie die Nutzung verschiedener Meldeformen (Pfeiffer/Stäglin 2006; Stäglin/Pfeiffer 2006; Stäglin et al. 2006; Stäglin 2007).

Neben der Belastung durch die amtliche Statistik an sich ist zudem von Interesse, in welchem Verhältnis die durch sie verursachten Meldepflichten zu den anderweitig bestehenden Informationspflichten[2] der Unternehmen stehen. Daher wurden die Unternehmen zusätzlich zur amtlichen Belastungserhebung im Rahmen der DIW-Studie auf freiwilliger Basis zu ihrer Beanspruchung durch andere Informationspflichten befragt. Mit lediglich 959 verwertbaren Bogen fiel das Sample jedoch relativ gering aus. Da es sich ausschließlich auf die auskunftswilligen Unternehmen beschränkte, waren größere sowie mit überdurchschnittlichem Meldeaufwand belastete Unternehmen überrepräsentiert. Aufgrund dieser Verzerrung dürften die Ergebnisse der Befragung dementsprechend über dem Durchschnitt der Grundgesamtheit liegen. Laut dieser Erhebung waren 63,5 % – also knapp zwei Drittel – des für die Bearbeitung von Informationspflichten erforderlichen Aufwands auf die amtliche Statistik zurückzuführen. Doch trotz dieses Übergewichts bei den statistischen Meldepflichten fiel der für ihre Erfüllung zu

2 „[...] Informationspflichten sind auf Grund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln. [...]“ (NKRG §2 Abs. 2)

Abb. 3

Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldepflichtigen Unternehmen für die Berichtspflichten 2004 in ausgewählten Tätigkeitsbereichen
Anteile in Prozent



Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 30/2006, basierend auf Angaben der Unternehmensbefragung des DIW Berlin

erbringende Zeitaufwand vergleichsweise gering aus (Abbildung 3). So waren lediglich 8,6 % des Zeitaufwands der Unternehmen für bürokratische Informationspflichten gegenüber der öffentlichen Hand der amtlichen Statistik geschuldet (Pfeiffer/Stäglin 2006; Stäglin/Pfeiffer 2006; Stäglin 2007; Stäglin et al. 2007).

Die im Rahmen des von der Bundesregierung im April 2006 verabschiedeten Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung" erzielten Ergebnisse untermauern die Befunde der DIW-Studie. Mit diesem Programm sollte im Bereich Bürokratieabbau in Deutschland ein neuer Weg eingeschlagen werden. Auf Basis des Standardkosten-Modells[3], einem ursprünglich in den Niederlanden entwickelten Schätzverfahren zur Belastungswirkung einzelner Rechtsakte, sollten die Bürokratiekosten quantifiziert und anschließend reduziert werden. Zum Stichtag 30.09.2006 wurden alle anfallenden Bürokratiekosten gemessen und den einzelnen Ressorts und Bereichen zugewiesen. Insgesamt wurden bei dieser Bestandsmessung 9 234 Informationspflichten aus dem gesamten bundes- und europarechtlichen Normenbestand (Gesetze und Verordnungen) für die Unternehmen identifiziert. Diese belasteten die Unternehmen mit jährlich über 47 Milliarden Euro. Vom nationalen Gesetzgeber wurden hierbei rund 22,5 Milliarden Euro der Kosten veranlasst (Kronz/Zipse 2009a; 2009b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2008; Vorgrimler 2009). Aus der amtlichen Statistik resultierten lediglich 162 Informationspflichten, welche bei den Unternehmen Kosten in Höhe von 351 Millionen Euro verursachten. Nur 0,7 % der jährlichen Bürokratiekosten wurden somit durch die amtliche Statistik verantwortet. Dennoch variierte die Verteilung der Kosten auf die einzelnen Statistiken in hohem Maße. So zeichneten die zehn kostenintensivsten Statistiken – hierunter fielen u.a. die Außenhandelsstatistik sowie diverse Konjunkturstatistiken – für 81 % der Belastung bzw. 284 Millionen Euro verantwortlich (Vorgrimler 2009).

Aus den Ergebnissen der skizzierten Untersuchungen wird deutlich, dass die tatsächliche Belastung der Auskunftspflichtigen deutlich geringer ausfällt, als die von ihnen gefühlte, subjektive Belastung.[4] In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung ist die amtliche Statistik mit einem Anteil von weniger als 10 % des Meldeaufwands bei weitem nicht der Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion dargestellt wird. Die zum Teil geforderte, drastische Reduzierung der statistischen Meldepflichten führt somit nicht zu dem gewünschten schnellen, spürbaren Erfolg beim Abbau von Bürokratielasten. Dennoch soll die Belastung der Auskunftspflichtigen weiter reduziert und die Erhebungen so schonend wie möglich durchgeführt werden, da sich eine Unzufriedenheit der Befragten negativ auf ihre Antwortqualität auswirkt (Gnoss 2007). Selbst wenn durch die an der amtlichen Statistik ansetzenden Maßnahmen nicht zwingend eine nachhaltige gesamtwirtschaftliche Reduzierung der Informationspflichten realisiert werden kann, kann dadurch dennoch eine Entlastung der wenigen sehr stark von Statistikpflichten belasteten Unternehmen und somit eine höhere Einzelfallgerechtigkeit erzielt werden (Stäglin 2006; 2007).

Gesetzliche Maßnahmen zur Entlastung der Auskunftspflichtigen

Die im Rahmen der Untersuchungen erzielten Ergebnisse stellen eine wesentliche Grundlage für eine systematische Ableitung geeigneter Maßnahmen zur Entlastung der Auskunftspflichtigen dar. In diesem Kontext sind vor allem die so genannten Mittelstandsentlastungsgesetze (kurz MEG) zu nennen,

3 Das Standardkosten-Modell zielt darauf ab, den Aufwand von Unternehmen zur Erfüllung von Verpflichtungen, welche aus der Gesetzgebung resultieren, zu erfassen. Hierfür werden in einem ersten Schritt alle insgesamt anfallenden Informationspflichten identifiziert und daran anschließend die mit jeder einzelnen Informationspflicht jährlich verbundenen Bürokratiekosten ermittelt. Abgebildet werden diese durch das Produkt aus dem Bruttostundenlohn der Bearbeitung, der Dauer der Tätigkeit, der Anzahl betroffener Adressaten sowie der Periodizität der Ausführung der Tätigkeit pro Jahr (Chlumsky et al. 2006; Kroll 2008; Sturm 2005; Vorgrimler/Blasch 2009).

4 Der Großteil der zur Belastungswirkung der amtlichen Statistiken durchgeführten Erhebungen erfragt lediglich die subjektiv empfundene und nicht die tatsächliche Belastung durch die amtliche Statistik. Dementsprechend beziffert das Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) die bürokratiebezogenen Kosten der Unternehmen für zu liefernde Statistiken auf ca. 5,4 Milliarden Euro im Vergleich zu dem im Rahmen der DIW-Studie ermittelten Aufwand in Höhe von 230 Millionen Euro (Kayser et al. 2004).

welche im Rahmen des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ entstanden sind und zu einer spürbaren Entlastung der kleineren und mittelständischen Unternehmen von ihren Statistikpflichten beitrugen (Vorgrimler 2009).

So befreite das erste Mittelstandsentlastungsgesetz vom August 2006 (kurz MEG I) alle Betriebe mit 20 bis 50 Beschäftigten von ihrer unterjährigen Meldepflicht zu den Statistiken des Verarbeitenden Gewerbes.[5] Zudem wurde im Rahmen dieses Gesetzes die vierteljährliche Produktionserhebung bei Betrieben des Fertigteilbaus gestrichen.

Das zweite Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse (kurz MEG II) vom September 2007 verfolgte vor allem eine Entlastung der Existenzgründer, indem es diese in den ersten drei Jahren ihrer Geschäftstätigkeit von ihrer Auskunftspflicht zu amtlichen statistischen Erhebungen freistellte. Zudem gestaltete es die Konjunkturstatistiken im Dienstleistungsbereich durch eine verstärkte Nutzung von Verwaltungsangaben belastungsärmer. Im neuen Dienstleistungskonjunkturgesetz wurde ein sogenanntes Mixmodell, welches Daten aus primärstatistischen und administrativen Quellen zu einem Ergebnis zusammenführt, verankert. Seither werden für kleine und mittlere Unternehmen die Ergebnisse auf Basis von Verwaltungsdaten generiert, sodass diese von ihrer Meldepflicht befreit werden konnten (Fischer/Oertel 2009; Hahlen 2009).

Im Rahmen des dritten Mittelstandsentlastungsgesetzes wurde vor allem das Handwerksgewerbe entlastet. Sowohl die vierteljährliche Befragung des Handwerks für konjunkturstatistische Zwecke als auch die primäre Handwerkszählung wurden gestrichen und zum Teil durch Registerauszählungen ersetzt (Vorgrimler 2009).

Aus dieser knappen Skizze der Gesetzesinhalte wird bereits deutlich, dass die gesetzlichen Initiativen Entlastungen überwiegend durch Reduzierungen der Berichtspflichten realisierten. Dadurch konnte der Meldeaufwand – insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen – deutlich reduziert werden. Gleichzeitig gehen diese gesetzlich initiierten Einsparungen jedoch mit beachtlichen Informationsverlusten einher. So wirken sich sowohl Reduzierungen im Statistikprogramm – sei es durch eine Reduzierung oder geringere Ausdifferenzierung der Merkmale, als auch Verkleinerungen der Erhebungsgesamtheit – beispielsweise durch eine Anhebung der Abschneidegrenze[6] oder eine Verkleinerung des Stichprobenumfangs – meist nachteilig auf die Genauigkeit der Daten aus. Ausgewählte Merkmale stehen nicht mehr oder nicht mehr in der erforderlichen Detailliertheit zur Verfügung und auch aussagekräftige fachlich oder regional tief gegliederte Ergebnisse können häufig nicht mehr ermittelt werden. Dementsprechend werden derartige, mit Informationsverlusten verbundene Entlastungsmaßnahmen auch von den Statistiknutzern – wie beispielsweise den Branchenverbänden – sehr negativ bewertet.[7] Ebenfalls problematisch können sich punktuelle Streichungen von Statistiken[8] sowie Verlängerungen ihrer Erhebungsfrequenzen[9] auswirken. Da die amtliche Statistik ein System aufeinander aufbauender Basisstatistiken ist, kann eine Streichung von Statistiken oder die Verlängerung ihrer Erhebungsfrequenz die Qualität und Aktualität darauf aufbauender Statistiken und somit das statistische Gesamtgefüge als Ganzes gefährden. Insbesondere auf die von der amtlichen Statistik durchgeführten Gesamtrechnungen, welche keine direkten Erhebungen darstellen, sondern aus bereits erhobenen Daten berechnet werden, wirken sich derartige Eingriffe nachteilig aus[10] (Gnoss 2007; Radermacher 2006; Statistischer Beirat 2006).

Die durch gesetzliche Initiativen realisierbaren Einsparmöglichkeiten durch Kürzungen des Statistikprogramms scheinen demnach weitestgehend erschöpft zu sein. Weitere Programmkürzungen, Reduzierungen der Fragenkataloge und Verkleinerungen des Erhebungsumfangs wären mit einem unverhältnismäßig großen Informationsverlust verbunden und würden große Einbußen bei der Datenbasis und der Ergebnisqualität – insbesondere bei tiefer fachlicher oder regionaler Gliederung – riskieren.

Zweifelhaft ist außerdem der Effekt der im Rahmen des zweiten Mittelstandsentlastungsgesetzes verabschiedeten Entbindung der Existenzgründer von ihrer Berichtspflicht in den ersten drei Jahren ihrer Geschäftstätigkeit. Zum einen fallen neu gegründete

5 In Bayern betraf diese Maßnahme ab Januar 2007 ca. 3 600 und somit fast 50 % aller meldepflichtigen Betriebe (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2011).

6 beispielsweise die Anhebung der Abschneidegrenze beim Monatsbericht für Betriebe und bei der monatlichen Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe auf 50 und mehr Beschäftigte

7 2009 klagten sowohl die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern als auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks – beides Verbände, welche sich i.d.R. bei der Politik für eine Entlastung ihrer Mitglieder aussprechen, dass das Handwerk durch Abschaffung wichtiger Erhebungen verstärkt aus der amtlichen Statistik gedrängt worden sei

8 beispielsweise die Streichung der Vierteljährlichen Produktionserhebung bei Betrieben des Fertigteilbaus oder die Streichung der Handwerkszählung.

9 wie sie beispielsweise bei einigen Konjunkturstatistiken vorgenommen wurde

10 So wurde beispielsweise die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung über Jahre auf einem fein abgestimmten Gerüst aus Basisstatistiken aufgebaut.

Unternehmen in den ersten beiden Jahren nach ihrer Gründung in der Regel ohnehin nicht in den Kreis der Berichtspflichtigen, da sie noch nicht im statistischen Unternehmensregister verzeichnet sind.[11] Zum anderen werden von den aus dem Unternehmensregister bekannten rund 100 000 Neugründungen jährlich nur circa 7 000 befragt, da Kleinunternehmen – wie es Neugründungen in der Regel sind – von einer Vielzahl von Statistiken nicht erfasst werden. Einer lediglich geringfügigen Entlastungswirkung steht ein beträchtlicher Zusatzaufwand der amtlichen Statistik und somit wiederum mehr Bürokratie gegenüber (Statistischer Beirat 2006).

Überdies konzentrieren sich die gesetzlichen Maßnahmen vorrangig auf kleine und mittelständische Unternehmen, welche den Ergebnissen der Belastungsstudie zu Folge ohnehin nur in geringfügigem Maße durch Statistikpflichten belastet sind. Den großen, stärker beanspruchten Unternehmen bieten die Maßnahmen dagegen kaum Entlastung.

Ungeachtet dieser methodisch- bzw. effizienzorientierten Aspekte werden weitere nationale Bemühungen zur Entbürokratisierung durch einen Statistikabbau in Form einer Kürzung des Statistikprogramms zudem durch die verpflichtenden EU-Verordnungen begrenzt. Das statistische Programm ist fortlaufend auf die Bedarfe und zunehmenden Anforderungen der EU auszurichten und circa zwei Drittel aller statistischen Erhebungen werden bereits durch europäische Verordnungen vorgeschrieben (Gnoss 2007; Hahlen 2009; Radermacher 2006). Daher gilt es, neue Wege für eine weitere Entlastung der Auskunftspflichtigen zu finden.

Maßnahmen und Entwicklungen in der amtlichen Statistik zur Unternehmensentlastung

Die amtliche Statistik sucht statistikintern ebenfalls fortwährend nach adäquaten Entlastungsmöglichkeiten, um den durch die statistischen Meldepflichten resultierenden Aufwand für Unternehmen zu minimieren. Im Februar 2003 wurde zu diesem Zwecke der so genannte Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik beschlossen. Dieser Masterplan leitete umfangreiche Reformprozesse ein, um die Qualität der statistischen Produkte und Dienstleistungen zu effektivieren. Unter anderem fokussierte er auf eine Neugestaltung der Unternehmensstatistik. Ihre Ergebnisse sollten künftig stärker am Nutzerbedarf ausgerichtet werden und zugleich sollte die Belastung für die Auskunftsgebenden reduziert werden (Brugger 2003; Hahlen 2009; Radermacher et al. 2004).

Da die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jedoch – anders als der Gesetzgeber – keine Änderungen am Statistikprogramm vornehmen können, müssen sie auf andere Maßnahmen setzen. Entlastungen wurden und werden im Rahmen dieses Reformprozesses daher vor allem durch eine Vereinfachung der Meldewege sowie durch den Rückgriff auf andere Datenquellen angestrebt.

Traditionell übermitteln die Unternehmen ihre statistischen Informationen in Papierform auf dem Postweg an die Statistischen Ämter. Zur Vereinfachung der Meldewege für die Unternehmen wurden daher die bereits bestehenden elektronischen Workflows weiter zum onlinebasierten Meldewesen ausgebaut. So wurde im Rahmen der eGovernment-Initiative „BundOnline 2005“ die Verbundsoftware „Internet Datenerhebung im Verbund“ (IDEV) entwickelt, über die die Unternehmen ihre statistischen Daten auf effiziente Weise online via Internet an die amtliche Statistik übermitteln können. Durch die formularbasierte Eingabe, die Möglichkeit des Hochladens von Dateien, die programminterne simultane Plausibilitätsprüfung der erbrachten Angaben sowie die merkmalsbezogene Bereitstellung von Definitionen oder Nomenklaturen wird für die Unternehmen eine schnelle und einfachere Bearbeitung der Daten möglich. Zusätzlich wurde von den Statistischen Ämtern in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV) das Softwaremodul eSTATISTIK.core eingeführt. Mit Hilfe dieser Software können die Daten für die amtliche Statistik automatisiert aus dem betrieblichen Rechnungswesen generiert werden, sodass für die Unternehmen auch die zeitraubende Datenzusammenstellung entfällt. Belastungsärmer kann eine statistische Erhebung für die Meldepflichtigen kaum organisiert werden (Gnoss 2007; Kucera 2006; Radermacher 2006; Statistischer Beirat 2006; Vorgrimler 2009). Um diese Entlastungswirkungen jedoch realisieren zu können, ist es erforderlich, dass die

11 Das statistische Unternehmensregister ist Grundlage für die Aufnahme in den Berichtskreis. Dieses wird überwiegend aus Daten der Finanz- und Arbeitsverwaltung gespeist. Aufgrund der aus der erforderlichen Datenübermittlung resultierenden zeitlichen Verzögerung werden junge Unternehmen frühestens im dritten Jahr nach ihrer Gründung befragt.

Verfahren von den Unternehmen auch tatsächlich angenommen werden. Gegenwärtig fallen die Beteiligungsquoten noch relativ gering aus, es wird jedoch erwartet, dass sich diese belastungsärmeren Erhebungsverfahren im Zeitverlauf verstärkt durchsetzen werden.

Neben dem Einsatz moderner IuK-Technologien bei der Datengewinnung versucht die amtliche Statistik die Auskunftspflichtigen zudem zu entlasten, indem sie statistische Informationen statt aus belastenden Primärerhebungen über andere Datenquellen generiert. Daher soll im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik das bisher großzählungsbasierte statistische System schrittweise in ein registergestütztes System überführt werden. Die geforderten Unternehmensdaten müssten dann nicht mehr direkt von den Unternehmen abgerufen werden, sondern könnten – sofern vorhanden – indirekt aus anderen Datenquellen entnommen werden. Durch den Rückgriff auf das statistische Unternehmensregister, das primär aus Dateien der Finanz- und Arbeitsverwaltung gespeist wird und flächendeckend für alle wirtschaftlich relevanten Einheiten in der gesamten Wirtschaft jährliche Informationen über Umsätze und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung enthält, könnte auf bestimmte Erhebungen ganz und bei anderen Erhebungen zumindest auf die Befragung bestimmter Teilgesamtheiten verzichtet werden.[12] Entlastungen der Auskunftspflichtigen könnten zudem erzielt werden, indem die in den Verwaltungsregistern vorliegenden Informationen für statistische Zwecke genutzt werden. So konnte beispielsweise bei der Landwirtschaftsstatistik durch die Nutzung von Verwaltungsdaten der Datenbank HIT (Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere) bereits auf eine zusätzliche Erhebung bei den Landwirten verzichtet werden (Gnoss 2007; Statistischer Beirat 2006).

Der angestrebte Wechsel zu einer registergestützten Statistik lässt sich umfänglich jedoch nur realisieren, wenn die Qualität der Register und Verwaltungsdaten den strengen Anforderungen der amtlichen Statistik an die Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der Daten genügt und die Daten auch in ausreichender Aktualität verfügbar sind. Gegenwärtig erschwert unter anderem die unzureichende Zuordnung des Wirtschaftszweiges – welche für die Finanz- und Arbeitsverwaltungen von lediglich nachrangiger Bedeutung ist, für die branchenspezifischen Zuordnungen und Analysen der amtlichen Statistik jedoch zwingend erforderlich ist – die Nutzung von Verwaltungsdaten im Bereich der amtlichen Statistik. Zudem leidet auch die Aktualität der statistischen Informationen, da diese erst aus dem Verwaltungsprozess extrahiert werden müssen. Wesentlich ist daher, dass die amtliche Statistik bei der Konzeption und Pflege von relevanten Verwaltungsdaten systematisch eingebunden wird und bei ihrer Ausgestaltung und Weiterentwicklung über ein Mitwirkungsrecht verfügt. Zudem sollte eine bundeseinheitliche Wirtschaftsidentifikationsnummer eingeführt werden, da durch eine derartige ID die Verarbeitung der Verwaltungsdaten durch die amtliche Statistik erheblich erleichtert und ihre Nutzung somit begünstigt würde (Gnoss 2007; Statistischer Beirat 2006; 2010; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010).

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass gezielte, kontinuierliche Verbesserungen im Bereich der Verwaltungsdaten noch ein großes Potenzial für eine weitere Entlastung der Auskunftspflichtigen freisetzen können. Die amtliche Statistik zielt daher mit unterschiedlichen Maßnahmen darauf ab, diese noch brachliegenden Entlastungsmöglichkeiten auszuschöpfen. So prüft sie fortwährend Verwendungsmöglichkeiten von Verwaltungsdaten für ausgewählte Statistiken im Rahmen diverser Eignungsuntersuchungen und erprobt im Bereich der Konjunkturstatistiken die Anwendung diverser Mixmodelle, welche Primärerhebungen und Verwaltungsdatennutzung kombinieren. Zudem setzt sich die amtliche Statistik nachhaltig für die Einführung der einheitlichen Wirtschaftsidentifikationsnummer ein (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010). Neben der amtlichen Statistik unterstützt auch der Statistische Beirat die Erschließung des Potenzials der Verwaltungsdaten. Dementsprechend sprach er sich in seinem Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 17. Legislaturperiode für eine verstärkte Verwaltungsdatennutzung aus und richtete im Zuge seiner 58. Tagung im Juni 2011 eine Arbeitsgruppe ein, die ein Feinkonzept zur Nutzung der Verwaltungsdaten erarbeiten soll (Statistischer Beirat 2010).

12 Neben der Nutzung als Auswertungsinstrument kann das statistische Unternehmensregister auch als Basis zur Stichprobenziehung sowie Hochrechnung von Stichproben herangezogen werden und dient somit wiederum der Entlastung der Auskunftspflichtigen.

Schließlich versucht die amtliche Statistik die Belastung der Auskunftspflichtigen auch durch eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten zu senken, indem sie auf die Rotation von Stichprobeneinheiten abstellt. Durch dieses Verfahren kann zwar die durch die amtlichen Erhebungen verursachte gesamtwirtschaftliche Belastung nicht reduziert werden, der einzelne Auskunftspflichtige wird durch diese Maßnahme aber in deutlich geringerem Ausmaß beansprucht. Beim Mikrozensus wird zur Entlastung der Auskunftspflichtigen schon seit geraumer Zeit auf dieses Rotationsprinzip zurückgegriffen. Im Bereich der Unternehmensstatistik ist dieses Verfahren dagegen nur in geringerem Maße etabliert, da es nur bei Zufallsstichproben, nicht jedoch bei einer bewusste Auswahl mit Abschneidegrenze angewandt werden kann und es sich teilweise negativ auf die Präzision der Ergebnisse auswirkt (Gnoss 2007; Stäglin 2007).

Wie sich zeigt, existieren vielfältige Möglichkeiten, die Auskunftspflichtigen von ihren statistischen Berichtspflichten zu entlasten und die amtliche Statistik ist auch bestrebt, diese umzusetzen und die erforderlichen Erhebungen so schonend wie möglich zu gestalten. Dennoch ist darauf zu achten, dass die Qualität der amtlichen Statistik nicht (weiter) beschädigt wird, da die Informationen für die Nutzer ansonsten unbrauchbar werden. Klar ist, dass eine Statistik ohne Belastung auch zukünftig nicht realisierbar sein wird. Festzuhalten ist jedoch auch, dass trotz aller Einsparbemühungen nicht ausschließlich einseitig auf den Kosten- und Belastungsaspekt der amtlichen Statistik fokussiert werden sollte, sondern auch ihr Nutzen für die breite Öffentlichkeit – und dementsprechend auch für die Auskunftspflichtigen selbst – wahrgenommen und wertgeschätzt werden sollte.

Nutzen der amtlichen Statistik für die Wirtschaft – ein Ausblick

Gerade Unternehmen sind für planerische Zwecke auf verlässliche und nachvollziehbare Informationen angewiesen. Die Daten der amtlichen Statistik können beispielsweise für gezielte Marktforschung und -analysen, Investitions- und Standortentscheidungen, zur Abschätzung von Exportchancen und zur Beurteilung der Arbeitskosten, Aufwandsstruktur und Produktivität eines Unternehmens genutzt werden (Amler 2005; Nitschke/Schoder 2004).

Dennoch werden die amtlichen Daten laut den Ergebnissen der ergänzenden Unternehmensbefragung im Rahmen der DIW-Studie von den Unternehmen nur in relativ geringfügigem Umfang genutzt. Es zeigte sich, dass nur knapp 30 % der rund 1 000 befragten Unternehmen Informationen der Statistischen Ämter nutzen. In gleichem Umfang greifen sie jedoch auch auf Statistiken der Kammern und anderer Stellen zurück. Statistiken von Verbänden werden dagegen von 45 % der Unternehmen genutzt. Deutlich wurde, dass die Daten von großen Unternehmen sowohl für kurzfristige Entscheidungen als auch für längerfristige politische Ziele herangezogen werden und zudem ihre ökonometrischen Modelle und Prognosen häufig auf den amtlichen Daten basieren. Zugleich wurde im Rahmen der Studie allerdings deutlich, dass kleinen Unternehmen der Nutzen der von ihnen zu beantwortenden Statistiken, d.h. Statistiken zu denen sie selbst beitragen, nicht bewusst ist (Stäglin et al. 2006; Stäglin 2007).

Angesichts dieses Ergebnisses erscheinen die enormen Akzeptanzprobleme von statistischen Erhebungen nachvollziehbar: statistische Daten per se stiften keinen Nutzen. Sie entfalten ihre Wirkung erst mit ihrer Verwendung. Übersetzt bedeutet dies, dass der Nutzen des reichhaltigen Angebots der amtlichen Statistik bei den Unternehmen nicht entfacht werden kann, wenn die Daten von ihnen nicht abgerufen werden. Die amtliche Statistik ist daher neben der Suche nach weiteren Entlastungsmaßnahmen aufgerufen, den befragten Unternehmen den Wert der Erhebungen zu verdeutlichen. Denn nur so kann das Potenzial der amtlichen Statistik vollends ausgeschöpft werden.

Dieser Aufsatz basiert auf einem Vortrag des Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, Herrn Karlheinz Anding, beim vbw-Mittelstandsausschuss am 23.02.2011. Im Rahmen dieser Veranstaltung informierte Herr Anding die Verbandsmitglieder über Belastung und Nutzen der amtlichen Statistik.

Literatur:

Amler, R. (2005): Der Nutzen von Statistiken aus Sicht eines Unternehmens. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4: 53–56.

Bartels, H./Fürst, G. (1973): Entwicklungen in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland. Allgemeines Statistisches Archiv 57: 237.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (1990): Statistik informiert alle.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (2011): Statistische Berichte. Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im April 2011 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden).

Brugger, P. (2003): Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Novellierung des Bundesstatistikgesetzes. Wirtschaft und Statistik 10: 891–899.

Chlumsky, J./Schmidt, B./Vorgrimler, D./Waldeck, H. (2006): Das Standardkosten-Modell und seine Anwendung auf Bundesebene. Wirtschaft und Statistik 10: 993–1002.

Ebigt, S./Sturm, R./Volkmann, S. (2004): Studie über die „Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ läuft an. Wirtschaft und Statistik 1: 43-52.

Fischer, H./Oertel, J. (2009): Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis. Wirtschaft und Statistik 3: 232–240.

Gnos, Roland (2007): Entlastungspotenziale für die Unternehmensstatistik. Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 1: 119–134.

Götzke, T./Sturm, R. (2003): Unternehmensbelastung durch Bundesstatistiken – erste Ergebnisse für Handel, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Wirtschaft und Statistik 6: 467–478.

Hahlen, J. (2009): Zur Rolle der amtlichen Statistik für eine evidenzbasierte Wirtschaftsforschung und -politik. Wirtschaft und Statistik 10: 1021–1030.

Kayser, G./Clemens, R./Schorn, M./Wolter, H. (2004): Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen. Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 105 NF. Wiesbaden.

Kroll, A. (2008): Das Standardkosten-Modell und dessen Beitrag zum Bürokratieabbau. Eine Analyse der Einführungsphase der Bürokratiemessung in Deutschland. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.

Kronz, C./Zipse, C. (2009): Zu viel Bürokratie. Statistisches Bundesamt 03.08.2009.

Kronz, C./Zipse, C. (2009b): Zu viel Bürokratie. STATmagazin. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Kucera, B. (2006): Unternehmen in Zukunft durch amtliche Statistiken noch weniger belastet. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 391 vom 19.09.2006.

Nitschke, A./Schoder, M. (2004): Amtliche Statistik – Fluch und Segen. Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6: 49–50.

NKRG (2006): Gesetz zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates.

Pfeiffer, I./Stäglin, R. (2006): Statistikbelastung der Unternehmen: Reduzierung der Berichtspflichten kann nicht zum Bürokratieabbau beitragen. Wochenbericht DIW Berlin. 30: 429–439.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2008): Bürokratieabbau schafft Freiräume für mehr wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Pressemitteilung Nr. 456/08 vom 10. Dezember 2008.

Radermacher, W. (2006): Belastung der Unternehmen durch amtliche Statistiken – Neue Wege der Entlastung. Pressegespräch auf der Statistischen Woche am 19. September 2006 in Dresden.

Radermacher, W./Stäglin, R. (2007): Unternehmensstatistik: Belastung und Nutzen. Wirtschafts- und Sozialstatistische Archiv 1: 91–96.

Radermacher, W./Weisbrod, J./Asef, D. (2004): Bedarf, Qualität, Belastung: Optimierung als Interessenausgleich. Wirtschaft und Statistik 11: 1237–1244.

Stäglin, R. (2006): Belastung der Unternehmen durch amtliche Statistiken – Neue Wege der Entlastung. Pressegespräch auf der Statistischen Woche am 19. September 2006 in Dresden.

Stäglin, R. (2007): Die amtliche Statistik – kein großer bürokratischer Belastungsfaktor. Ergebnisse einer Studie über die Belastung der Unternehmen in Deutschland durch die Erhebungen der Statistischen Ämter. Wirtschafts- und Sozialstatistische Archiv 1: 97–117.

Stäglin, R./Pfeiffer, I. (2006): Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie. Wirtschaft und Statistik 11: 1193–1209.

Stäglin, R./Pfeiffer, I./Stephan, A. (2006): Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken. Schlussbericht zum Dienstleistungsvorhaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Projekt Nr. 29/03. Berlin.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): Bericht an die Bundesregierung gemäß §4 Verwaltungsdatenverwendungsgesetz (VwDVG) für das Jahr 2009.

Statistischer Beirat (2006): Informiert sein, Statistik nutzen! Aufruf am 08.07.2011; abrufbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/StatistischerBeirat/ServiceVeroeffentlichungen/Empfehlung1206,property=file.pdf

Statistischer Beirat (2010): Eckpunkte zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 17. Legislaturperiode.

Sturm, R. (2005): Prozessbegleitende Messung des Meldeaufwands der Wirtschaft zur Bundesstatistik. Wirtschaft und Statistik 10. 1029–1038.

Vorgrimler, D. (2009): Amtliche Statistik verantwortet 0,7 % der Bürokratiekosten von Unternehmen. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 149 vom 16.04.2009.

Vorgrimler, D./Blasch F. (2009): Schätzmethoden zur Messung bürokratischer Belastungen. Wirtschaft und Statistik: 2: 117–124.

Westerhoff, H. (2007): Die amtliche Statistik in der demokratischen Gesellschaft. Wirtschaft und Statistik 11: 1130–1145.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt			April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 520	12 510	12 539	12 515	12 517	12 539	12 542	12 546	…
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen [1]	Anzahl	4 858	4 901	4 924	3 781	7 117	1 966	2 486	3 748	6 365
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	*4,7*	*4,7*	*4,7*	*3,7*	*6,7*	*2,0*	*2,3*	*3,6*	…
* Lebendgeborene [2]	Anzahl	8 858	8 643	8 771	8 096	8 272	7 740	8 743	7 272	8 730
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*8,5*	*8,3*	*8,4*	*7,9*	*7,8*	*8,0*	*8,2*	*7,1*	…
* Gestorbene [3]	Anzahl	10 092	10 208	10 258	9 795	9 864	10 072	11 238	9 745	10 659
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*9,7*	*9,8*	*9,8*	*9,5*	*9,3*	*10,5*	*10,6*	*9,5*	…
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	28	27	25	24	24	28	28	22	26
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*3,1*	*3,2*	*2,9*	*3,0*	*2,9*	*3,6*	*3,2*	*3,0*	*3,0*
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	15	14	15	8	9	13	17	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	*1,6*	*1,7*	*1,6*	*1,9*	*1,0*	*1,2*	*1,5*	*2,3*	*1,3*
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 234	-1 565	-1 487	-1 699	-1 592	-2 332	-2 495	-2 473	-1 929
je 1 000 Einwohner	Anzahl	*- 1,2*	*- 1,5*	*- 1,4*	*- 1,7*	*- 1,5*	*- 2,4*	*- 2,3*	*- 2,4*	…
Totgeborene [2]	Anzahl	29	28	30	36	28	29	36	23	28
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	21 084	20 339	21 526	19 930	17 996	18 985	23 549	21 509	26 534
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	9 964	10 178	11 652	11 096	10 130	10 654	13 693	12 541	16 563
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 914	19 576	17 725	15 103	14 315	15 991	18 257	15 538	17 302
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 973	10 717	8 746	6 878	7 030	8 834	9 150	7 340	9 018
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	11 120	10 162	9 875	8 834	7 866	8 331	9 856	8 968	9 971
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 941	8 859	8 979	8 225	7 285	7 157	9 107	8 198	8 284
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 171	763	3 801	4 827	3 681	2 994	5 292	5 971	9 232
* Innerhalb des Landes Umgezogene [4]	Anzahl	40 369	40 499	40 124	37 352	34 416	34 717	41 459	36 907	41 498

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2009		2010			
		Jahresdurchschnitt			Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Arbeitsmarkt[5]										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort [6]	1 000	4 526,7	4 513,5	4 581,5	4 568,3	4 497,1	4 495,6	4 568,0	4 657,4	4 604,8
* Frauen	1 000	2 030,2	2 052,0	2 091,2	2 071,0	2 058,5	2 061,0	2 077,3	2 116,2	2 110,5
* Ausländer	1 000	362,5	358,7	371,6	366,7	350,4	358,3	372,9	382,4	373,0
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	811,7	843,3	878,0	849,1	849,7	859,3	877,9	884,0	890,8
* darunter Frauen	1 000	687,8	714,4	741,6	718,7	720,2	727,8	740,3	746,0	752,3
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,2	21,5	21,8	23,0	19,3	21,0	23,4	23,7	19,2
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 634,8	1 599,8	1 580,5	1 620,3	1 566,3	1 554,9	1 580,0	1 610,0	1 577,1
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 382,7	1 346,3	1 321,1	1 352,4	1 319,3	1 309,9	1 314,7	1 335,9	1 324,1
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 309,5	1 271,7	1 246,5	1 276,4	1 244,7	1 235,4	1 238,7	1 259,1	1 252,7
* F Baugewerbe	1 000	252,1	253,5	259,3	267,9	247,0	245,0	265,3	274,1	253,0
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 869,9	2 891,8	2 978,8	2 924,5	2 911,1	2 919,3	2 964,2	3 023,5	3 008,3
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 011,9	1 012,8	1 019,9	1 024,9	1 008,4	1 001,8	1 014,2	1 036,5	1 027,0
* J Information und Kommunikation	1 000	146,9	148,4	151,6	148,9	148,0	149,4	150,1	152,2	154,9
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	184,1	186,1	185,4	187,5	186,4	184,7	184,0	186,8	185,9
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	26,0	25,7	26,4	26,2	25,8	25,9	26,3	26,5	26,8
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	475,1	458,5	508,1	466,5	469,4	480,7	507,5	525,8	518,4
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	862,3	892,0	917,9	899,3	904,4	908,6	912,2	923,8	927,1
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	163,6	168,4	169,5	171,2	168,8	168,1	169,9	171,9	168,2

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Jahresdurchschn.		August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
* Arbeitslose	1 000	319,5	299,6	288,3	268,1	255,6	235,7	248,0	230,5	…
* darunter Frauen	1 000	145,6	138,8	143,3	134,5	127,8	119,0	126,4	118,1	…
* Arbeitslosenquote insgesamt [7, 8]	%	*4,8*	*4,5*	*4,3*	*4,0*	*3,8*	*3,5*	*3,7*	*3,4*	…
* Frauen	%	*4,7*	*4,4*	*4,5*	*4,3*	*4,1*	*3,8*	*4,0*	*3,7*	…
* Männer	%	*4,9*	*4,5*	*4,1*	*3,8*	*3,6*	*3,3*	*3,4*	*3,2*	…
* Ausländer	%	*10,9*	*10,0*	*9,5*	*9,2*	*8,9*	*8,1*	*8,4*	*8,1*	…
* Jugendliche	%	*4,6*	*3,7*	*4,6*	*3,5*	*2,9*	*3,0*	*3,9*	*3,0*	…
* Kurzarbeiter [9]	1 000	…	…	34,5	32,7	33,4	…	…	…	…
* Gemeldete Stellen [10]	1 000	55,1	50,6	58,2	57,7	57,9	71,0	72,7	72,8	…

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.
6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
8 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
9 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
10 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

	Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
			Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
	Landwirtschaft										
	Schlachtungen [1]										
	Anzahl										
	Rinder	1 000	79,7	77,2	78,8	69,2	80,0	79,8r	70,6	70,1r	72,9
	darunter Kälber [2]	1 000	2,7	2,3	2,2	1,7	1,9	2,0r	1,8	1,7	1,7
	Jungrinder [3]	1 000	…	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,3	0,4
	Schweine	1 000	460,4	465,8	470,5	443,8	473,6	471,1	442,3	433,9	470,3
	darunter Hausschlachtungen	1 000	7,2	6,4	5,7	3,3	3,2	3,7	3,7	3,3	2,8
	Schafe	1 000	10,8	10,3	10,3	8,5	8,9	10,3	9,3r	9,4	8,0
	Durchschnittliches Schlachtgewicht [4]										
	Rinder	kg	336,7	336,8	339,8	337,6	341,8	343,3	339,7	339,0	337,3
	darunter Kälber [2]	kg	99,2	107,3	105,8	105,7	105,7	106,4	104,0	108,4	99,7
	Jungrinder [3]	kg	…	189,5	186,4	178,0	186,9	177,8	176,3	183,8	186,6
	Schweine	kg	93,8	93,9	94,7	93,4	93,5	95,0	94,4	93,8	93,8
	Gesamtschlachtgewicht [5]										
	Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	70,3	70,0	71,6	65,0	71,8	72,3	65,9	64,7	68,8
	darunter Rinder	1 000 t	26,8	26,0	26,8	23,4	27,4	27,4	23,9	23,7	24,5
	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
	Jungrinder [3]	1 000 t	…	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	Schweine	1 000 t	43,2	43,7	44,6	41,5	44,3	44,7	41,7	40,7	44,1
	Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
*	darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	69,1	68,9	70,6	64,4	71,2	71,7	65,2	64,1	68,3
*	darunter Rinder	1 000 t	26,4	25,6	26,4	23,1	27,0	27,1	23,6	23,5	24,3
*	darunter Kälber [2]	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
*	Jungrinder [3]	1 000 t	…	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*	Schweine	1 000 t	42,5	43,1	44,2	41,1	44,0	44,4	41,4	40,4	43,9
	Geflügel										
*	Konsumeier [6]	1 000	67 570	71 252	70 293	72 504	80 736	77 657	78 510	80 614	…
*	Geflügelfleisch [7]	1 000 t	9,6	10,5	11,5	11,9	10,7r	13,3	11,3	13,3	12,8
	Milcherzeugung und Milchverwendung										
	Kuhmilcherzeugung [8]	1 000 t	630,1	627,9	648,1	677,8r	665,7	710,7	…	…	…
	darunter Milchanlieferung an Molkereien [8, 9]	%	*93,1*	*93,1*	*93,9*	*93,7*	*93,7*	*93,7*	…	…	…
	Milchleistung je Kuh und Tag [8]	kg	16,5	16,6	17,7	16,9	16,6	17,7	…	…	…
	Trinkmilcherzeugung der Molkereien [10]	1 000 t	65,3	67,0	68,9	65,0	66,2	73,6	69,0	68,0	…
	Buttererzeugung der Molkereien [10]	1 000 t	5,2	5,4	5,4	4,9	4,7	5,4	5,3	5,0	…
	Käseerzeugung der Molkereien [10, 11]	1 000 t	42,9	43,1	43,7	44,3	44,8	47,5	44,6	45,8	…
	Quarkerzeugung der Molkereien [10, 12]	1 000 t	24,3	23,7	24,1	23,6	24,7	26,3	26,1	24,4	…
	Getreideanlieferungen [10, 13]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	8,8	10,3	9,8	8,1	31,7	3,8	2,6	…	…
	Weizen	1 000 t	108,5	147,4	164,8	79,0	484,5	70,7	57,2	…	…
	Gerste	1 000 t	42,8	46,7	46,1	122,1	129,3	26,9	23,3	…	…
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,5	1,7	1,6	1,2	7,8	0,6	0,4	…	…
	Vermahlung von Getreide [10, 13]										
	Getreide insgesamt	1 000 t	94,1	99,2	97,4	100,7	101,9	101,0	90,7	…	…
	darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,8	12,5	11,9	11,9	11,6	12,6	11,3	…	…
	Weizen und -gemenge	1 000 t	81,3	86,7	85,5	88,8	90,3	88,5	79,4	…	…
	Vorräte bei den Erzeugern [14, 15]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	4,7	15,7	16,4	.	.	.	10,5	.	.
	Weizen	1 000 t	236,9	382,4	279,2	.	.	.	196,8	.	.
	Gerste	1 000 t	209,0	295,3	280,8	.	.	.	208,5	.	.
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	22,7	29,2	29,6	.	.	.	19,9	.	.
	Kartoffeln	1 000 t	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Vorräte in zweiter Hand [10, 13]										
	Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	43,9	41,3	35,4	13,9	48,7	26,8	23,1	…	…
	Weizen	1 000 t	436,0	391,9	452,3	199,7	606,5	385,8	269,4	…	…
	Gerste	1 000 t	297,9	339,4	346,6	344,2	425,6	273,7	261,3	…	…
	Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,2	8,1	9,3	4,9	11,2	6,5	4,3	…	…
	Mais	1 000 t	127,8	88,8	91,3	55,3	35,0	92,2	71,9	…	…
	Bierabsatz										
	Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	…	…	…	2 392	1 934	2 215	2 123	2 055	2 173
	dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	…	…	…	207	122	156	153	151	156
	11 bis 13	1 000 hl	…	…	…	2 167	1 795	2 022	1 942	1 875	1 989
	14 oder darüber	1 000 hl	…	…	…	18	18	37	28	30	27
	dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	…	…	…	421	356	410	420	418	386
	dav. in EU-Länder	1 000 hl	…	…	…	302	257	288	299	298	280
	in Drittländer	1 000 hl	…	…	…	118	99	122	121	121	106

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.
3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.
6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.
7 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.
8 Die Daten werden ab 2010 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Verfügung gestellt.
9 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.
10 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.
11 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.
12 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.
13 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.
14 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.
15 Bei Monatsdurchschnitt für 2003, 2004, 2005 jeweils der Wert vom Monat Juni.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Gewerbeanzeigen [1]										
* Gewerbeanmeldungen [2]	1 000	11,9 r	12,6 r	12,5 r	12,3 r	12,0 r	12,9	10,7	11,5	…
* Gewerbeabmeldungen [3]	1 000	9,7 r	9,8 r	9,8 r	9,9 r	8,6 r	9,5	8,5	8,7	…

		2009	2010	2010			2011			
		Monatsdurchschn.		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden [4]										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 867	3 747	3 757	3 755	3 753	3 780	3 780	3 777	3 777
* Beschäftigte	1 000	1 042	1 025	1 021	1 024	1 030	1 046	1 051	1 056	1 065
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	353	345	343	345	348	358	360	362	366
Investitionsgüterproduzenten	1 000	496	487	486	486	488	494	497	499	503
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	38	38	37	38	38	38	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	153	153	153	153	155	154	155	155	157
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	125 848	130 974	132 197	137 376	118 346	147 701	126 288	137 885	129 036
* Bruttoentgelte	Mill. €	3 675	3 777	4 095	3 742	3 553	4 171	4 297	4 245	3 810
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	21 805	24 685	26 588	25 233	22 033	27 696	25 634	26 373	25 539
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	5 369	6 462	6 950	6 741	6 397	7 756	7 072	7 298	7 054
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	12 169	13 907	15 163	14 006	11 429	15 314	14 162	14 435	13 806
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	629	.	.	.	.	.	.	.	.
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	2 877	2 763	2 828	2 898	2 817	3 018	2 883	2 986	3 099
* Energie	Mill. €	760	.	.	.	.	.	.	.	.
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	10 979	13 066	14 102	13 216	11 553	14 428	13 520	13 736	13 511
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*94,8*	*106,2*	*113,3*	*111,0*	*95,2*	*122,1*	*111,8*	*118,0*	*111,4*
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	*105,6*	*108,9*	*130,5*	*129,7*	*122,8*	*142,6*	*126,1*	*127,8*	*136,3*
Verarbeitendes Gewerbe	%	*94,8*	*106,1*	*113,3*	*110,9*	*95,1*	*122,0*	*111,8*	*117,9*	*111,3*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*102,8*	*118,6*	*128,4*	*124,4*	*115,7*	*139,2*	*126,8*	*132,5*	*127,4*
Investitionsgüterproduzenten	%	*90,7*	*106,2*	*114,5*	*110,0*	*85,8*	*124,3*	*112,8*	*119,6*	*111,2*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*99,6*	*108,0*	*111,8*	*114,4*	*76,8*	*122,5*	*104,5*	*120,3*	*100,0*
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*91,7*	*85,3*	*89,6*	*90,8*	*84,6*	*93,1*	*86,2*	*89,8*	*88,6*
Energie	%	*92,2*	*96,2*	*91,4*	*101,5*	*99,9*	*95,4*	*98,3*	*103,1*	*96,7*
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 ≙ 100) [4]										
Verarbeitendes Gewerbe [5] insgesamt	%	*97,2*	*116,6*	*124,4*	*119,1*	*109,5*	*133,6*	*123,1*	*127,1*	*114,6*
Inland	%	*95,5*	*112,3*	*120,9*	*118,4*	*105,0*	*139,7*	*110,2*	*127,6*	*115,4*
Ausland	%	*98,5*	*119,7*	*127,0*	*119,5*	*112,9*	*129,1*	*132,4*	*126,8*	*114,1*
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*100,1*	*123,3*	*132,4*	*131,1*	*120,1*	*160,6*	*131,9*	*146,7*	*123,3*
Investitionsgüterproduzenten	%	*96,0*	*114,5*	*122,6*	*114,4*	*105,2*	*123,8*	*121,4*	*119,7*	*110,4*
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*98,2*	*109,1*	*111,7*	*106,1*	*89,5*	*112,0*	*103,4*	*111,6*	*110,0*
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*97,9*	*104,5*	*97,6*	*117,9*	*119,9*	*108,9*	*90,7*	*118,4*	*129,0*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.
2 Vormals nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeanmeldungen insgesamt.
3 Vormals nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übergaben), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.
4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.
5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

	Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
			Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
	Baugewerbe [1]										
*	Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau [2]										
*	Beschäftigte im Bauhauptgewerbe [3]	Anzahl	127 525	127 183	126 853	128 915	130 546	128 426	129 282	129 209	131 764
*	Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 436	12 012	11 890	15 241	12 972	15 828	13 264	14 710	13 508
*	dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 166	5 125	5 220	6 772	5 479	7 055	5 981	6 470	5 741
*	gewerblichen und industriellen Bau [4]	1 000	3 865	3 418	3 283	3 916	3 618	4 153	3 547	3 959	3 816
*	Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 405	3 469	3 387	4 553	3 875	4 620	3 736	4 281	3 951
*	Bruttoentgeltsumme	Mill. €	287,4	284,3	285,1	308,2	306,7	315,5	314,4	316,0	325,4
*	Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 371,9	1 300,2	1 288,8	1 625,0	1 470,9	1 619,5	1 478,8	1 615,1	1 623,4
*	dav. Wohnungsbau	Mill. €	463,3	446,4	471,8	582,8	513,4	603,8	581,2	627,3	629,4
*	gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	518,9	454,0	435,9	544,2	486,4	556,7	485,5	528,1	529,1
*	öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	389,6	400,0	381,1	497,9	471,1	459,0	412,1	459,7	464,8
	Messzahlen (2005 ≙ 100)										
*	Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	*110,5*	*105,4*	*106,2*	*119,0*	*114,6*	*141,5*	*134,0*	*155,7*	*116,3*
*	davon Wohnungsbau	%	*84,8*	*87,7*	*97,9*	*115,2*	*114,5*	*137,4*	*111,3*	*127,5*	*101,5*
	gewerblicher und industrieller Bau	%	*128,8*	*108,5*	*115,1*	*119,2*	*132,7*	*161,5*	*127,1*	*130,8*	*144,1*
	öffentlicher und Verkehrsbau	%	*110,1*	*114,5*	*103,0*	*121,4*	*96,8*	*124,5*	*156,4*	*199,9*	*99,0*
	darunter Straßenbau	%	*122,2*	*129,7*	*108,6*	*149,5*	*131,6*	*144,4*	*140,1*	*138,2*	*132,8*
*	Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe [5, 6]										
*	Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	44 850	45 633	47 843	47 939	.	.	.	48 890	.
*	Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 539	4 560	4 830	14 432	.	.	.	14 968	.
	Bruttoentgeltsumme	Mill. €	104,7	106,3	111,9	327,1	.	.	.	350,5	.
	Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	440,8	464,0	492,3	1 416,8	.	.	.	1 428,0	.
	Energieversorgung										
*	Betriebe	Anzahl	245	254	257	258	256	258	258	258	258
*	Beschäftigte	Anzahl	30 105	29 349	29 688	29 785	29 651	29 930	29 912	29 904	29 876
*	Geleistete Arbeitsstunden [7]	1000	3 824	3 618	3 678	3 876	3 327	4 067	3 289	3 722	3 390
*	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	115	114	117	108	105	116	121	109	111
*	Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	6 444,4	6 436,5	6 394,8	5 375,0	6 914,7	4 620,9	6 030,5	6 003,2	.
	Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	6 128,6	6 112,3	6 090,6	5 123,1	6 584,8	4 398,2	5 753,9	5 738,0	.
	dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	515,1	498,7	569,3	303,9	320,0	418,9	322,8	305,5	.
	Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung [8]	Mill. kWh	985,2	987,9	1 075,2	512,9	522,4	734,0	595,6	557,4	.
	Handwerk (Messzahlen) [9]										
*	Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	%	.	.	.	.	.	.	*98,6*	.	.
*	Umsatz [10] (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	.	.	.	.	.	.	*112,4*	.	.
	Bautätigkeit und Wohnungswesen										
	Baugenehmigungen										
*	Wohngebäude [11] (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 434	1 512	1 748	1 978	2 058	2 441	1 849	2 186	2 139
*	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 302	1 383	1 586	1 800	1 871	2 237	1 646	1 969	1 919
*	Umbauter Raum	1 000 m³	1 762	1 859	2 109	2 335	2 447	2 863	2 411	2 703	2 718
*	Veranschlagte Baukosten	Mill. €	446	479	568	623	653	790	682	754	788
*	Wohnfläche [12]	1 000 m²	297	314	359	400	418	488	413	456	472
*	Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	714	716	811	857	888	1 027	832	844	920
*	Umbauter Raum	1 000 m³	4 231	3 876	4 118	3 746	3 697	4 969	4 462	3 798	4 694
*	Veranschlagte Baukosten	Mill. €	450	521	460	399	418	621	584	449	567
*	Nutzfläche	1 000 m²	618	580	591	543	586	759	667	632	652
*	Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 921	3 004	3 536	3 940	4 040	4 746	4 272	4 252	5 066
*	Wohnräume [13] insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	14 177	14 613	16 564	18 094	19 282	22 135	18 548	20 681	21 250

	Handel und Gastgewerbe	Einheit	2008	2009	2010 [14]	2010 [14]		2011 [14]			
			Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	Außenhandel										
*	**Einfuhr insgesamt** (Generalhandel) [15]	Mill. €	10 825,2	9 161,9	10 965,9	11 340,4	11 510,3	12 723,8	12 148,4	12 086,4	12 448,3
*	darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	538,3	518,1	566,0	591,0	609,7	588,3	586,5	614,7	537,1
*	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 509,9	7 814,5	9 533,2	9 797,6	10 002,8	11 059,0	10 423,2	10 326,8	10 831,1
*	davon Rohstoffe	Mill. €	1 391,1	937,4	1 219,2	1 232,6	1 260,5	2 156,0	1 033,7	1 336,6	1 938,0
*	Halbwaren	Mill. €	456,6	314,0	444,2	450,0	426,3	557,0	571,8	510,8	515,0
*	Fertigwaren	Mill. €	7 662,1	6 563,1	7 869,1	8 115,0	8 315,9	8 346,1	8 817,6	8 479,4	8 378,1
*	davon Vorerzeugnisse	Mill. €	827,6	637,6	844,2	815,3	932,5	961,7	966,7	987,7	967,7
*	Enderzeugnisse	Mill. €	6 834,5	5 925,5	7 025,0	7 299,8	7 383,4	7 384,4	7 850,9	7 491,7	7 410,4

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.
3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.
4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.
5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.
6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.
7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.
8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kj/m³.
9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.
10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.
11 Einschl. Wohnheime.
12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.
13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.
14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010 [1]	2010 [1]		2011 [1]			
			Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
	Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
	darunter [2] aus										
*	Europa	Mill. €	7 602,0	6 424,9	7 677,5	7 865,3	8 162,1	8 918,6	8 682,7	8 603,7	8 855,3
*	dar. aus EU-Ländern [3] insgesamt	Mill. €	6 178,1	5 320,9	6 229,7	6 411,5	6 637,7	6 865,9	7 192,7	7 107,4	6 907,9
	dar. aus Belgien	Mill. €	289,1	237,8	272,8	273,1	274,4	292,3	332,8	319,0	279,1
	Bulgarien	Mill. €	22,5	21,8	25,9	24,8	33,7	34,2	27,8	30,8	27,5
	Dänemark	Mill. €	55,3	54,9	60,6	67,6	62,0	65,2	61,1	63,1	60,2
	Finnland	Mill. €	45,9	34,9	37,2	45,0	45,7	51,7	38,5	47,6	38,5
	Frankreich	Mill. €	588,8	469,7	514,7	546,7	539,1	562,3	624,1	584,0	511,5
	Griechenland	Mill. €	35,4	31,5	32,8	36,6	35,4	34,8	31,4	30,6	28,9
	Irland	Mill. €	141,5	126,9	174,8	134,9	178,1	128,6	149,3	188,1	162,4
	Italien	Mill. €	815,2	711,7	783,7	807,8	829,7	855,9	895,0	922,9	905,2
	Luxemburg	Mill. €	18,9	16,4	19,1	20,7	17,8	21,0	21,8	21,6	21,2
	Niederlande	Mill. €	451,6	451,5	536,6	540,5	557,8	589,0	593,6	561,9	609,5
	Österreich	Mill. €	1 164,9	1 010,5	1 171,9	1 225,0	1 278,3	1 330,6	1 357,2	1 333,0	1 312,7
	Polen	Mill. €	264,0	230,8	280,1	303,3	275,9	335,7	328,6	317,1	313,1
	Portugal	Mill. €	43,4	38,0	42,9	47,3	45,1	47,1	52,7	52,9	50,8
	Rumänien	Mill. €	107,7	115,7	155,8	145,9	229,0	168,3	195,6	178,0	171,8
	Schweden	Mill. €	112,6	78,5	106,0	98,2	121,0	103,8	109,3	104,7	105,4
	Slowakei	Mill. €	211,7	153,5	203,5	191,1	212,9	256,3	249,8	259,6	235,5
	Slowenien	Mill. €	74,9	62,4	70,3	84,9	74,8	76,4	75,6	80,6	73,5
	Spanien	Mill. €	198,9	188,5	200,6	234,8	203,5	211,8	256,7	239,8	211,1
	Tschechische Republik	Mill. €	722,3	621,0	762,8	779,8	786,4	801,3	863,7	853,1	783,4
	Ungarn	Mill. €	415,9	337,4	405,4	413,2	450,0	453,4	496,7	477,0	473,9
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	368,6	296,5	334,5	350,1	346,3	408,7	394,3	403,5	491,3
	Russische Föderation	Mill. €	540,7	461,1	582,8	567,6	660,3	757,0	726,0	605,7	693,1
*	Afrika	Mill. €	424,8	238,5	324,0	389,7	304,4	694,8	216,5	440,7	495,5
	dar. aus Südafrika	Mill. €	43,1	30,7	47,2	39,7	55,2	41,9	55,4	36,5	55,1
*	Amerika	Mill. €	909,9	798,4	881,9	899,4	917,0	1 006,8	1 044,3	936,3	901,4
	darunter aus den USA	Mill. €	763,1	644,8	726,1	746,2	740,2	841,5	857,3	805,9	763,3
*	Asien [4]	Mill. €	1 875,9	1 680,8	2 064,4	2 164,9	2 110,1	2 086,3	2 183,6	2 093,1	2 182,1
	darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	983,3	929,7	1 068,2	1 094,5	1 057,9	1 077,6	1 164,7	1 073,0	1 104,6
	Japan	Mill. €	271,0	205,8	282,1	345,7	279,6	289,3	296,9	260,8	268,7
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	12,6	19,4	18,2	21,1	16,6	17,2	21,3	12,6	14,0
*	**Ausfuhr insgesamt** (Spezialhandel) [5]	Mill. €	12 977,5	10 332,6	12 095,4	13 052,2	13 558,4	12 748,0	14 314,5	12 964,4	13 417,9
*	darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	624,9	547,8	574,4	601,2	614,7	610,5	625,5	658,9	578,0
*	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 778,9	9 339,1	11 092,4	11 974,5	12 503,1	11 600,5	13 116,0	11 735,2	12 312,9
*	davon Rohstoffe	Mill. €	68,4	52,4	72,8	76,0	76,3	79,2	86,2	87,5	76,1
*	Halbwaren	Mill. €	526,0	367,4	511,9	560,1	488,9	515,2	618,4	550,3	599,9
*	Fertigwaren	Mill. €	11 184,5	8 919,3	10 507,6	11 338,4	11 937,9	11 006,0	12 411,4	11 097,4	11 637,0
*	davon Vorerzeugnisse	Mill. €	891,0	737,8	938,5	1 028,9	1 006,0	1 041,8	1 145,0	1 088,0	1 043,0
*	Enderzeugnisse	Mill. €	10 293,5	8 181,5	9 569,2	10 309,5	10 931,9	9 964,3	11 266,4	10 009,4	10 593,9
	darunter [2] nach										
*	Europa	Mill. €	9 239,6	7 216,0	7 981,2	8 603,5	8 907,0	8 379,4	9 323,0	8 658,0	8 417,1
*	dar. in EU-Länder [3] insgesamt	Mill. €	7 947,6	6 282,3	6 896,4	7 424,2	7 730,2	7 135,5	7 872,4	7 335,7	7 117,2
	dar. nach Belgien	Mill. €	420,0	373,4	384,5	409,7	420,1	437,6	492,3	410,4	387,1
	Bulgarien	Mill. €	32,9	25,6	22,7	23,6	24,1	23,1	22,6	27,9	27,5
	Dänemark	Mill. €	132,8	96,6	98,7	108,3	101,6	93,2	106,5	105,8	92,8
	Finnland	Mill. €	111,8	88,4	89,0	88,6	94,4	91,8	90,4	88,8	91,8
	Frankreich	Mill. €	967,2	839,3	888,7	942,8	983,6	899,2	1 044,1	971,8	905,0
	Griechenland	Mill. €	107,1	78,1	58,7	56,8	61,2	49,8	50,5	49,8	50,8
	Irland	Mill. €	66,9	42,2	47,4	54,2	72,8	38,8	45,8	44,9	54,2
	Italien	Mill. €	1 040,4	845,1	932,5	1 061,6	1 120,2	954,8	1 018,4	990,1	939,5
	Luxemburg	Mill. €	42,0	36,4	40,8	43,9	50,9	44,8	46,9	42,8	41,7
	Niederlande	Mill. €	452,4	402,4	485,6	506,7	466,4	479,4	533,6	500,4	469,3
	Österreich	Mill. €	1 143,5	994,8	1 065,2	1 120,7	1 088,1	1 137,0	1 273,0	1 155,7	1 168,9
	Polen	Mill. €	359,4	275,6	325,9	334,2	319,4	351,4	415,8	372,7	351,9
	Portugal	Mill. €	101,0	81,8	101,5	128,2	140,9	84,5	102,1	80,5	74,7
	Rumänien	Mill. €	136,9	97,7	103,6	112,8	106,9	111,9	125,9	123,6	116,3
	Schweden	Mill. €	254,7	186,8	218,2	230,0	213,6	246,5	258,2	235,7	213,4
	Slowakei	Mill. €	140,9	97,1	130,1	128,0	149,2	152,8	163,3	184,6	136,8
	Slowenien	Mill. €	69,2	44,3	49,0	44,8	56,7	52,5	56,3	55,6	47,3
	Spanien	Mill. €	549,5	405,1	421,8	458,7	502,6	426,7	484,2	429,3	437,0
	Tschechische Republik	Mill. €	423,6	336,0	389,4	413,7	379,8	418,9	447,4	444,0	398,1
	Ungarn	Mill. €	389,0	165,0	198,2	226,3	240,9	203,0	207,5	207,1	197,8
	Vereinigtes Königreich	Mill. €	916,4	713,0	792,5	870,8	1 075,0	779,3	825,9	752,6	856,0
	Russische Föderation	Mill. €	365,5	203,7	239,5	227,8	269,6	311,9	364,1	330,5	368,2
*	Afrika	Mill. €	249,3	209,5	234,7	249,4	255,1	222,6	269,4	228,8	268,4
	dar. nach Südafrika	Mill. €	98,2	83,3	93,6	96,4	122,6	103,8	130,1	99,2	133,2
*	Amerika	Mill. €	1 638,1	1 219,8	1 539,7	1 680,1	1 808,1	1 635,7	1 880,6	1 543,8	1 930,6
	darunter in die USA	Mill. €	1 240,7	927,5	1 143,2	1 235,6	1 341,5	1 171,5	1 374,1	1 116,6	1 448,5
*	Asien [4]	Mill. €	1 733,2	1 573,9	2 217,8	2 406,9	2 449,0	2 377,7	2 704,4	2 417,6	2 664,3
	darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	562,1	600,5	970,3	1 065,9	1 033,5	1 084,9	1 284,9	1 087,8	1 257,4
	nach Japan	Mill. €	206,4	177,7	227,3	230,4	265,5	189,9	182,9	243,8	281,8
*	Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	113,8	113,4	121,9	112,3	139,1	132,6	137,1	116,3	137,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte. Ab 1.1.2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.
4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).
5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

	Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010 [1]	2010 [1]		2011 [1]			
			Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
	Großhandel (2005 ≙ 100) [2, 3]										
*	Index der Großhandelsumsätze nominal	%	*117,7*	*99,9*	*110,2*	*109,8*	*107,7*	*121,9*	*114,1*	*116,1*	*117,4*
*	Index der Großhandelsumsätze real [4]	%	*109,5*	*93,7*	*99,4*	*98,5*	*95,6*	*103,2*	*98,6*	*99,8*	*100,5*
*	Index der Beschäftigten im Großhandel	%	*101,8*	*96,2*	*96,6*	*96,8*	*97,5*	*97,7*	*98,1*	*98,6*	*99,8*
	Einzelhandel (2005 ≙ 100) [2, 5]										
*	Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	*102,9*	*99,2*	*99,3*	*102,0*	*94,2*	*103,7*	*95,7*	*102,2*	*98,2*
	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art [6]	%	*103,4*	*101,1*	*99,4*	*103,8*	*91,0*	*102,3*	*97,6*	*102,8*	*95,8*
	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren [6]	%	*95,4*	*93,7*	*92,8*	*106,9*	*96,3*	*103,3*	*101,4*	*105,8*	*102,1*
	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln [6]	%	*113,7*	*116,6*	*125,9*	*135,6*	*122,5*	*132,0*	*121,2*	*131,0*	*124,8*
	Sonstiger Facheinzelhandel [6]	%	*109,7*	*110,0*	*118,3*	*123,5*	*112,9*	*126,9*	*112,9*	*122,2*	*114,9*
	Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	*96,1*	*77,1*	*56,8*	*52,3*	*53,2*	*59,1*	*52,2*	*57,8*	*61,1*
*	Index der Einzelhandelsumsätze real [4]	%	*100,7*	*96,5*	*95,9*	*98,5*	*91,2*	*98,0*	*90,8*	*97,7*	*93,9*
*	Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	*100,9*	*99,9*	*96,0*	*95,3*	*96,0*	*96,8*	*96,9*	*97,1*	*97,8*
	Kfz-Handel und Tankstellen (2005 ≙ 100) [7]										
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	*102,7*	*97,6*	*94,8*	*100,7*	*91,4*	*112,1*	*99,3*	*102,1*	*95,8*
*	Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real [4]	%	*98,3*	*93,9*	*89,9*	*95,7*	*86,7*	*104,4*	*92,4*	*94,9*	*88,9*
*	Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	*101,4*	*97,2*	*96,7*	*96,9*	*96,3*	*98,4*	*98,7*	*98,5*	*99,0*
	Gastgewerbe (2005 ≙ 100) [2]										
*	Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	*106,4*	*94,8*	*99,7*	*116,2*	*109,2*	*108,5*	*106,4*	*120,0*	*112,8*
	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	*110,3*	*100,5*	*110,4*	*128,0*	*119,1*	*123,8*	*122,5*	*137,6*	*126,2*
	Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	*74,3*	*178,0*	*185,2*	*188,7*	*253,6*	*194,3*	*174,8*	*213,0*	*216,5*
	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	*103,6*	*90,9*	*91,9*	*108,0*	*101,3*	*97,5*	*96,1*	*109,7*	*102,8*
	Sonstiges Gaststättengewerbe	%	*102,6*	*89,9*	*90,2*	*104,2*	*97,5*	*96,2*	*94,5*	*106,5*	*99,0*
	Kantinen und Caterer	%	*107,8*	*96,6*	*103,6*	*115,5*	*96,6*	*123,6*	*104,7*	*116,1*	*102,5*
*	Index der Gastgewerbeumsätze real [4]	%	*99,7*	*89,1*	*90,7*	*105,8*	*99,2*	*97,5*	*95,7*	*107,5*	*101,1*
*	Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	*104,6*	*100,7*	*102,6*	*108,0*	*106,8*	*104,8*	*105,9*	*107,9*	*107,8*
	Fremdenverkehr [8]										
*	Gästeankünfte	1 000	2 221	2 196	2 356	3 314	3 062	2 602	2 894	3 513	3 205
*	darunter Auslandsgäste	1 000	500	482	541	916	794	549	642	951	817
*	Gästeübernachtungen	1 000	6 407	6 262	6 485	9 221	9 545	6 728	8 032	9 491	9 852
*	darunter Auslandsgäste	1 000	1 070	1 012	1 122	1 874	1 691	1 131	1 311	1 942	1 721
	Verkehr										
	Straßenverkehr										
*	Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt [9]	Anzahl	58 897	65 792	52 766	53 446	40 948	71 681	67 370	60 749	55 396
	darunter Krafträder [10]	Anzahl	3 436	2 888	2 752	3 953	2 507	5 107	3 873	3 284	2 743
*	Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	49 918	58 841	45 389	44 387	34 514	59 713	58 082	51 664	47 774
*	Lastkraftwagen	Anzahl	3 874	2 725	3 233	3 410	2 778	4 704	3 614	3 989	3 457
	Zugmaschinen	Anzahl	1 373	1 080	1 114	1 397	904	1 796	1 513	1 521	1 185
	sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	228	186	196	216	175	261	237	217	192
	Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse)	1 000	101 504	101 424	101 783	.	.	.	311 672	.	.
	davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	89 265	89 789	90 223	.	.	.	268 914	.	.
	private Unternehmen	1 000	12 240	11 635	11 560	.	.	.	42 759	.	.
*	Straßenverkehrsunfälle insgesamt [11]	Anzahl	28 650	28 496	29 739	33 130	27 603	30 708	26 522	30 962	27 384
*	davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 481	4 409	4 247	6 465	4 582	5 292	4 431	5 157	4 682
	mit nur Sachschaden	Anzahl	24 169	24 087	25 491	26 665	23 021	25 416	22 091	25 805	22 702
*	Getötete Personen [12]	Anzahl	66	65	58	86	56	63	58	67	74
*	Verletzte Personen	Anzahl	5 926	5 836	5 639	8 291	6 153	6 735	5 753	6 688	6 043
	Luftverkehr										
	Flughafen München										
	Fluggäste: Ankunft	1 000	1 433	1 356	1 438	1 657	1 570	1 698	1 703	…	…
	Abgang	1 000	1 433	1 357	1 438	1 699	1 677	1 703	1 673	…	…
	Flughafen Nürnberg										
	Fluggäste: Ankunft	1 000	176	164	167	166	173	152	165	…	…
	Abgang	1 000	176	164	168	170	190	159	170	…	…
	Eisenbahnverkehr [13]										
	Güterempfang	1 000 t	2 420	2 075	2 318	2 326	2 460	2 978	2 597	2 691	…
	Güterversand	1 000 t	2 108	1 902	2 046	2 118	2 103	2 431	2 079	2 290	…
	Binnenschifffahrt										
*	Güterempfang insgesamt	1 000 t	516	413	448	550	545	472	490	519	…
	davon auf dem Main	1 000 t	270	226	239	278	275	284	262	311	…
	auf der Donau	1 000 t	246	187	209	272	271	188	228	209	…
*	Güterversand insgesamt	1 000 t	312	293	300	398	321	326	291	288	…
	davon auf dem Main	1 000 t	188	178	205	267	242	246	205	226	…
	auf der Donau	1 000 t	124	115	95	131	79	80	86	62	…

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel" und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Ab Januar 2008 wurde erneut eine Neuzugangsstichprobe integriert. Die Messzahlen wurden verkettet, um das Niveau an die bisherige Messzahlenreihe anzupassen.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 In Preisen von 2005.

5 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

8 Betriebe ab neun Betten einschließlich Campingplätze (Touristik-Camping).

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

12 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

13 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt[1]			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen [2, 3]										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	507 880	476 869	483 547	.	.	.	484 368	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken [4]	Mill. €	432 053	398 322	402 963	.	.	.	412 774	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	82 252	65 079	74 032	.	.	.	83 191	.	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	80 386	62 264	54 140	.	.	.	54 113	.	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	1 866	2 815	19 893	.	.	.	29 078	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [7]	Mill. €	58 032	64 376	60 476	.	.	.	54 564	.	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	56 182	62 242	57 979	.	.	.	51 992	.	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	1 850	2 134	2 498	.	.	.	2 572	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt [8]	Mill. €	367 596	347 414	349 039	.	.	.	346 613	.	.
Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	333 420	314 090	315 327	.	.	.	312 741	.	.
öffentliche Haushalte [6]	Mill. €	34 177	33 325	33 713	.	.	.	33 872	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt [9] (Monatsende)	Mill. €	505 778	522 685	536 254	.	.	.	551 660	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen [10]	Mill. €	405 152	413 386	416 578	.	.	.	428 440	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen [5]	Mill. €	380 932	395 368	395 130	.	.	.	393 875	.	.
von öffentlichen Haushalten [6]	Mill. €	24 220	18 019	21 448	.	.	.	34 565	.	.
Spareinlagen	Mill. €	100 627	109 299	119 676	.	.	.	123 220	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	42 574	44 405	48 799	.	.	.	50 129	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	22 900	27 032	28 492	.	.	.	29 525	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 471	1 514	1 583	1 770	1 589	1 702	1 426	1 737	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	129	131	137	129	123	131	104	143	…
* davon Unternehmen	Anzahl	283	329	320	326	329	288	285	290	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	91	94	101	97	94	88	75	94	…
* Verbraucher	Anzahl	885	866	946	1 092	960	1 071	847	1 103	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	3	5	2	1	3	3	1	5	…
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	277	282	282	312	259	295	253	301	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	25	19	22	23	10	27	19	31	…
* sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	Anzahl	26	37	36	40	41	48	41	43	…
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	10	13	12	8	16	13	9	13	…
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	252 726	528 623	389 469	433 396	449 206	542 485	351 181	317 960	…
davon Unternehmen	1 000 €	132 520	399 583	251 491	269 667	330 621	390 341	186 772	200 645	…
Verbraucher	1 000 €	51 079	55 932	59 979	70 062	56 797	78 366	44 521	63 692	…
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	55 237	56 205	61 717	78 383	51 542	59 261	65 944	46 810	…
sonstige natürliche Personen [11], Nachlässe	1 000 €	13 890	16 903	16 198	15 284	10 246	14 517	53 944	6 814	…
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III - Arbeitsförderung -)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1000	133,1	174,1	152,6	130,6	134,9	108,8	101,5	104,6	…
Ausgaben für Arbeitslosengeld I [5]	Mill. €	172,3	220,5	198,6	176,4	137,9	130,7	117,5	114,9	115,4
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende -) [12]										
Bedarfsgemeinschaften	1000	261,3	263,9	266,7	267,4	264,5	250,7	246,3	…	…
Leistungsempfänger	1000	497,4	492,1	492,7	493,9	488,6	455,9	447,8	…	…
davon von Arbeitslosengeld II	1000	351,1	350,8	351,9	352,9	348,6	326,0	319,7	…	…
Sozialgeld	1000	146,3	141,3	140,8	141,0	139,9	129,9	128,1	…	…
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	3 932,9	3 649,2	3 650,3	2 585,1	3 385,7	4 162,7	5 820,3	3 267,9	2 423,6
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 597,3	2 589,0	2 522,5	2 631,0	2 398,0	2 778,3	2 622,9	2 886,6	2 609,0
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	565,6	498,0	543,6	- 58,1	- 88,4	99,7	1 798,2	- 66,0	- 173,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	337,3	252,6	248,7	292,6	96,0	1 150,2	163,4	369,2	89,7
Abgeltungsteuer	Mill. €	192,0	163,1	118,3	110,7	113,9	79,8	52,1	81,0	107,1
Körperschaftsteuer	Mill. €	240,7	146,5	217,2	- 391,1	866,2	54,7	1 183,7	- 2,9	- 209,1
Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 396,6	1 696,7	1 618,0	1 512,5	1 663,3	1 602,1	1 680,7	1 509,6	1 649,0
Einfuhrumsatzsteuer ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Bundessteuern ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Solidaritätszuschlag	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Landessteuern	Mill. €	337,7	258,3	199,4	211,8	208,8	211,8	196,6	208,7	210,7
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	90,7	82,4	78,3	73,4	85,3	78,1	59,0	87,2	70,9
Grunderwerbsteuer	Mill. €	84,6	76,2	86,6	84,7	89,1	94,9	96,6	92,0	104,0
Biersteuer	Mill. €	13,3	13,1	12,7	15,2	16,2	13,0	15,0	14,1	13,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.
3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.
4 Ohne Treuhandkredite.
5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlangen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.
7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.
8 Laufzeiten über 5 Jahre.
9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.
10 Einschl. Sparbriefe.
11 Nachweis erst ab 2002 möglich.
12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2008	2009	2010	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern [1, 2, 3]	Mill. €	714,0	608,3	660,5	.	.	.	2 532,4	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,8	6,8	6,9	.	.	.	22,2	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	121,2	123,8	128,6	.	.	.	439,7	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	581,9	473,7	521,0	.	.	.	2 057,6	.	.
Steuereinnahmen des Bundes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 536,7	1 374,5	1 390,0	914,5	1 285,5	1 523,3	2 416,2	1 232,5	809,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6]	Mill. €	20,5	16,9	20,8	62,7	6,0	-	-	79,3	-
Steuereinnahmen des Landes ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen [4, 5]	Mill. €	1 536,0	1 405,9	1 409,1	914,5	1 303,1	1 562,1	2 416,2	1 232,5	709,8
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage [4, 6, 7]	Mill. €	89,4	62,9	81,0	258,9	8,4	24,3	-	282,9	20,7
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv [2, 3, 4]	Mill. €	1 095,5	999,1	1 016,2	.	.	.	4 870,3	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer [4, 8]	Mill. €	445,1	426,4	407,8	337,9	306,0	307,4	611,0	371,7	315,5
Anteil an den Steuern vom Umsatz ☆	Mill. €	43,5	44,6	45,2	.	.	.	143,6	.	.
Gewerbesteuer (netto) [1, 9]	Mill. €	471,8	392,1	419,2	.	.	.	1 746,7	.	.

Verdienste

		2009	2010	2009		2010		2011		
		Jahreswert		2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
* Bruttomonatsverdienste [10] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer [11] im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 621	3 718	3 238	3 262	3 356	3 381	3 379	3 424	…
männlich	€	3 854	3 965	3 430	3 458	3 566	3 593	3 590	3 640	…
weiblich	€	3 024	3 085	2 747	2 757	2 817	2 837	2 850	2 875	…
Leistungsgruppe 1 [12]	€	6 917	7 111	5 925	5 971	6 129	6 180	6 147	6 221	…
Leistungsgruppe 2 [12]	€	4 220	4 340	3 767	3 798	3 912	3 941	3 933	3 988	…
Leistungsgruppe 3 [12]	€	2 916	2 999	2 660	2 682	2 777	2 795	2 781	2 839	…
Leistungsgruppe 4 [12]	€	2 368	2 447	2 160	2 205	2 288	2 298	2 276	2 321	…
Leistungsgruppe 5 [12]	€	1 907	1 976	1 778	1 817	1 863	1 881	1 876	1 920	…
Produzierendes Gewerbe	€	3 610	3 304	3 185	3 237	3 396	3 424	3 415	3 499	…
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 161	3 089	2 969	2 973	3 017	3 017	2 985	3 031	…
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 696	3 366	3 231	3 289	3 470	3 511	3 514	3 583	…
Energieversorgung	€	4 708	4 104	4 065	4 044	4 164	4 158	4 239	4 161	…
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	2 962	2 776	2 785	2 784	2 801	2 830	2 862	2 928	…
Baugewerbe	€	2 902	2 786	2 767	2 816	2 876	2 810	2 627	2 892	…
Dienstleistungsbereich	€	3 630	3 180	3 279	3 281	3 326	3 349	3 352	3 367	…
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 506	3 131	3 142	3 133	3 229	3 251	3 264	3 301	…
Verkehr und Lagerei	€	2 918	2 688	2 700	2 692	2 761	2 785	2 813	2 843	…
Gastgewerbe	€	2 047	1 979	1 968	1 955	1 968	1 988	2 011	2 031	…
Information und Kommunikation	€	4 935	4 290	4 366	4 365	4 554	4 567	4 556	4 594	…
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 968	4 076	4 123	4 131	4 273	4 373	4 344	4 335	…
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 849	3 355	3 379	3 397	3 495	3 576	3 575	3 617	…
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 195	4 409	4 475	4 445	4 472	4 478	4 459	4 527	…
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 303	1 978	2 182	2 186	2 181	2 189	2 153	2 188	…
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 206	2 901	2 984	3 031	3 065	3 068	3 083	3 088	…
Erziehung und Unterricht	€	4 055	3 685	3 757	3 819	3 867	3 869	3 845	3 852	…
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 417	3 093	3 191	3 199	3 240	3 256	3 253	3 296	…
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	5 225	/	/	/	/	/	/	…
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 305	2 968	3 082	3 072	3 088	3 145	3 145	3 187	…

Preise

		2006	2007	2008	2009	2010	2010	2011		
		Durchschnitt [13]					Sept.	Juli	August	Sept.
* **Verbraucherpreisindex (2005 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*101,9*	*104,2*	*107,0*	*107,6*	*108,8*	*108,9*	*111,6*	*111,6*	*111,6*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*101,9*	*106,7*	*113,0*	*112,1*	*114,1*	*113,7*	*118,0*	*116,9*	*117,0*
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	*103,2*	*105,3*	*107,9*	*111,2*	*112,9*	*113,2*	*115,1*	*115,6*	*115,6*
Bekleidung und Schuhe	%	*99,0*	*99,5*	*99,8*	*101,0*	*101,0*	*101,7*	*97,3*	*99,5*	*103,9*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*103,7*	*105,6*	*109,8*	*110,9*	*112,3*	*112,6*	*116,0*	*116,0*	*116,3*
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	*99,9*	*101,0*	*102,9*	*104,8*	*105,0*	*105,1*	*105,7*	*106,0*	*106,0*
Gesundheitspflege	%	*100,7*	*101,7*	*102,2*	*102,6*	*102,4*	*102,5*	*102,9*	*103,0*	*103,3*
Verkehr	%	*103,1*	*107,0*	*110,6*	*108,2*	*111,9*	*111,8*	*117,4*	*117,0*	*118,1*
Nachrichtenübermittlung	%	*96,0*	*94,9*	*91,8*	*89,8*	*88,0*	*87,7*	*85,5*	*85,3*	*85,1*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*99,7*	*100,0*	*99,6*	*100,7*	*100,0*	*99,7*	*102,6*	*102,9*	*100,5*
Bildungswesen	%	*103,1*	*120,7*	*128,0*	*129,3*	*131,2*	*131,5*	*132,8*	*132,9*	*133,1*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*102,4*	*105,8*	*108,7*	*111,6*	*113,2*	*112,1*	*116,6*	*116,7*	*113,3*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*101,3*	*103,6*	*105,6*	*107,6*	*108,7*	*109,3*	*110,9*	*110,3*	*110,4*
Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten)	%	*101,2*	*103,8*	*105,3*	*107,2*	*108,0*	*107,9*	*110,8*	*110,7*	*109,3*
Wohnungsnettomieten	%	*102,0*	*103,9*	*105,8*	*107,5*	*109,0*	*109,3*	*110,6*	*110,7*	*110,7*

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.
4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.
11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2010	2011		
		Durchschnitt [1]					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke [2] (2005 ≙ 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	*101,9*	*109,0*	*112,3*	*113,0*	*113,9*	*114,7*	*116,0*	*116,9*	*117,7*
davon Rohbauarbeiten	%	*102,5*	*110,6*	*114,5*	*114,5*	*115,2*	*116,1*	*117,6*	*118,7*	*119,6*
Ausbauarbeiten	%	*101,4*	*107,7*	*110,4*	*111,7*	*112,8*	*113,4*	*114,6*	*115,4*	*116,0*
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	*99,6*	*103,4*	*104,5*	*106,2*	*107,2*	*107,8*	*107,9*	*108,3*	*108,9*
Bürogebäude	%	*102,2*	*109,9*	*113,4*	*114,3*	*114,7*	*115,3*	*116,7*	*117,5*	*118,3*
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	*102,3*	*109,9*	*113,7*	*114,5*	*115,0*	*116,0*	*117,5*	*118,4*	*119,3*
Straßenbau	%	*104,7*	*112,9*	*118,9*	*121,7*	*123,0*	*123,4*	*124,0*	*126,1*	*126,9*
							2010		2011	
							3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	*233,16*	*250,77*	*227,80*	*207,51*	*223,46*	*252,87*	*280,07*	*226,80*	. . .
Rohbauland	€	*55,09*	*74,86*	*53,54*	*43,27*	*58,59*	*22,37*	*72,64*	*24,65*	. . .
Sonstiges Bauland	€	*65,69*	*66,42*	*59,06*	*46,37*	*39,78*	*44,60*	*39,18*	*47,56*	. . .

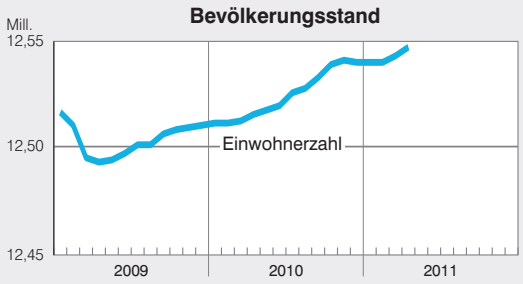
Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

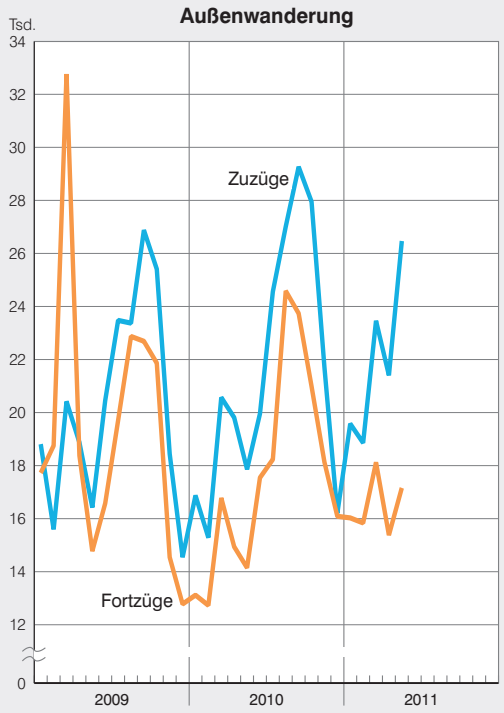
Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2010	2011		
		Durchschnitt [1]					Sept.	Juli	August	Sept.
* **Verbraucherpreisindex (2005 ≙ 100)**										
Gesamtindex	%	*101,6*	*103,9*	*106,6*	*107,0*	*108,2*	*108,3*	*111,0*	*111,0*	*111,1*
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	*102,0*	*105,9*	*112,3*	*110,9*	*112,5*	*112,0*	*116,0*	*115,5*	*115,5*
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	*103,0*	*106,4*	*108,4*	*111,3*	*113,0*	*113,1*	*115,1*	*115,6*	*115,7*
Bekleidung und Schuhe	%	*99,4*	*100,7*	*101,4*	*102,8*	*103,7*	*104,9*	*101,3*	*102,9*	*108,1*
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	*102,9*	*104,9*	*108,5*	*108,9*	*110,1*	*110,4*	*113,6*	*113,6*	*114,0*
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	*99,8*	*101,0*	*102,5*	*104,2*	*104,6*	*104,7*	*105,1*	*105,4*	*105,4*
Gesundheitspflege	%	*100,5*	*101,3*	*103,0*	*104,0*	*104,7*	*105,1*	*105,5*	*105,5*	*105,6*
Verkehr	%	*103,0*	*106,9*	*110,5*	*108,3*	*112,1*	*111,9*	*117,5*	*117,0*	*117,9*
Nachrichtenübermittlung	%	*96,0*	*94,9*	*91,8*	*89,8*	*88,0*	*87,7*	*85,5*	*85,3*	*85,1*
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	*99,5*	*99,8*	*99,8*	*101,4*	*101,3*	*101,2*	*104,1*	*104,3*	*102,1*
Bildungswesen	%	*101,5*	*126,9*	*137,9*	*132,3*	*131,8*	*132,5*	*133,6*	*132,2*	*132,4*
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	*101,2*	*104,0*	*106,3*	*108,7*	*109,9*	*109,2*	*114,4*	*114,2*	*111,3*
Andere Waren und Dienstleistungen	%	*101,1*	*103,7*	*105,9*	*107,5*	*108,4*	*108,9*	*110,7*	*110,0*	*110,0*
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise [3] (2005 ≙ 100)	%	*104,4*	*105,1*	*109,9*	*100,5*	*108,3*	*109,7*	*117,4*	*116,6*	. . .
Ausfuhrpreise [4] (2005 ≙ 100)	%	*101,8*	*103,0*	*104,8*	*102,5*	*106,0*	*107,1*	*110,3*	*110,2*	. . .
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte [4] (Inlandsabsatz); (2005 ≙ 100)	%	*105,4*	*106,8*	*112,7*	*108,0*	*109,7*	*110,7*	*116,8*	*116,5*	. . .
Vorleistungsgüterproduzenten	%	*104,0*	*107,9*	*110,8*	*105,0*	*109,1*	*110,9*	*115,7*	*115,6*	. . .
Investitionsgüterproduzenten	%	*100,1*	*100,7*	*101,6*	*102,4*	*102,5*	*102,7*	*103,8*	*103,8*	. . .
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	*101,2*	*103,0*	*106,9*	*105,6*	*106,2*	*106,6*	*110,3*	*110,3*	. . .
Gebrauchsgüterproduzenten	%	*100,7*	*102,3*	*105,0*	*106,4*	*106,7*	*106,7*	*108,6*	*108,8*	. . .
Verbrauchsgüterproduzenten	%	*101,2*	*103,1*	*107,2*	*105,5*	*106,1*	*106,6*	*110,5*	*110,5*	. . .
Energie	%	*114,7*	*113,7*	*128,4*	*117,7*	*119,3*	*120,5*	*134,0*	*133,2*	. . .
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte [4] (2005 ≙ 100)	%	*107,3*	*119,9*	*124,3*	*100,6*	*114,0*	*119,3*	*130,7*	*129,6p*	. . .
Pflanzliche Erzeugung	%	*114,7*	*135,0*	*135,3*	*104,3*	*122,9*	*131,8*	*143,7*	*140,3*	. . .
Tierische Erzeugung	%	*102,7*	*110,6*	*117,6*	*98,4*	*108,5*	*111,7*	*122,7*	*123,0p*	. . .
Großhandelsverkaufspreise [4] (2005 ≙ 100)	%	*103,5*	*107,1*	*112,9*	*105,0*	*111,2*	*113,3*	*119,4*	*119,5*	*119,8*
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	*102,5*	*106,5*	*113,0*	*110,9*	*114,0*	*115,5*	*120,1*	*120,3*	*119,7*
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	*106,5*	*107,7*	*123,3*	*102,4*	*116,7*	*116,2*	*132,9*	*133,8*	*135,9*
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2005 ≙ 100)	%	*100,9*	*103,2*	*105,6*	*105,5*	*106,7*	*106,7*	*108,2*	*108,2*	*109,0*
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	*101,6*	*104,8*	*108,9*	*108,8*	*110,1*	*109,9*	*112,3*	*112,0*	*112,4*
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	*102,2*	*105,7*	*109,7*	*110,6*	*111,8*	*111,7*	*114,5*	*114,5*	*114,7*
Kraftfahrzeughandel	%	*101,8*	*105,5*	*106,4*	*106,8*	*107,0*	*107,1*	*108,2*	*108,5*	*108,6*

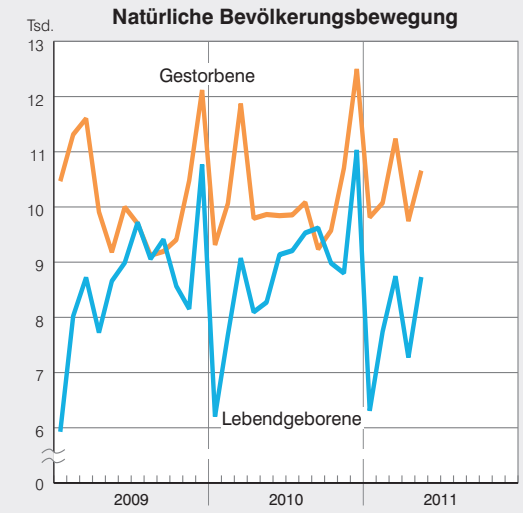
* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

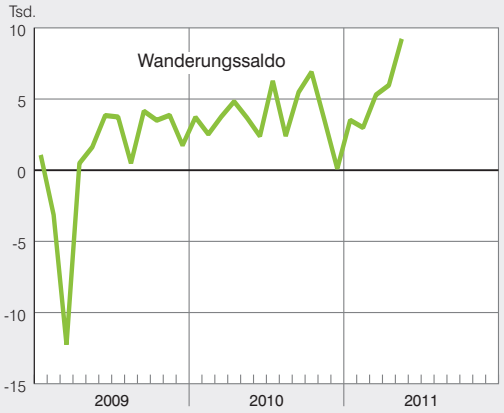
1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).
2 Einschl. Mehrwertsteuer.
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
4 Ohne Mehrwertsteuer.

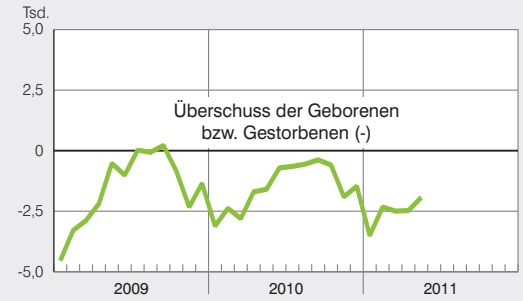
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

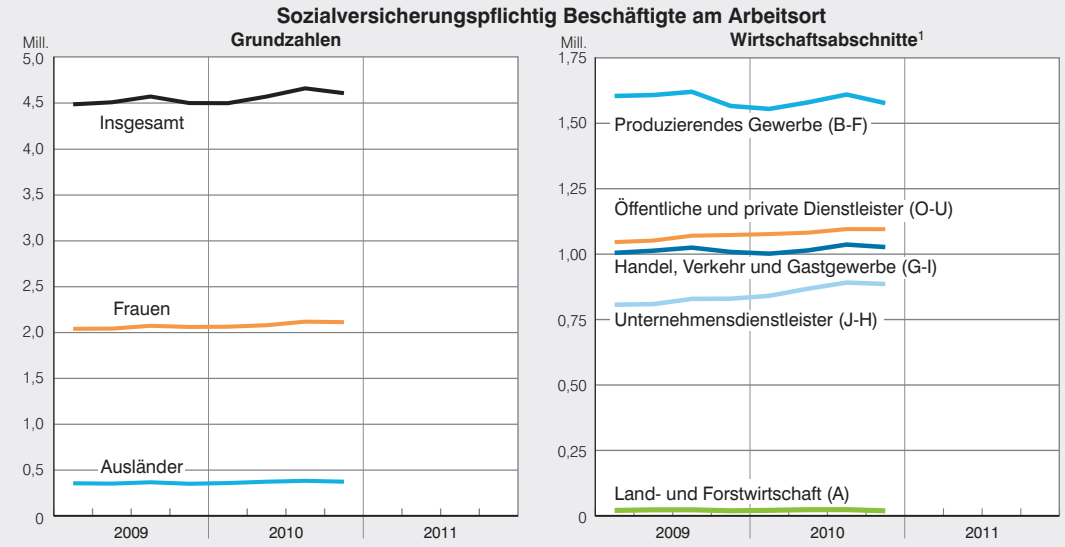




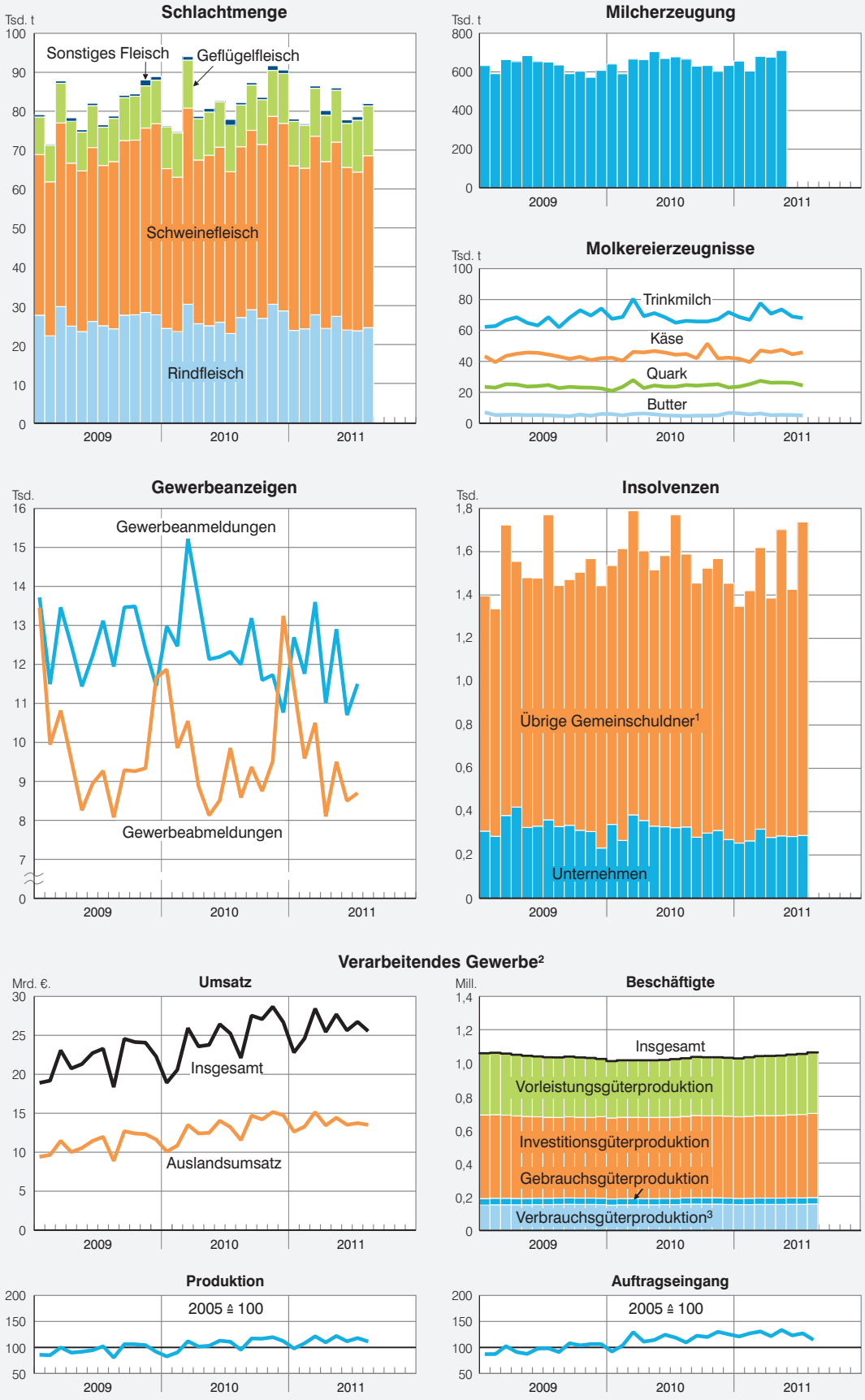




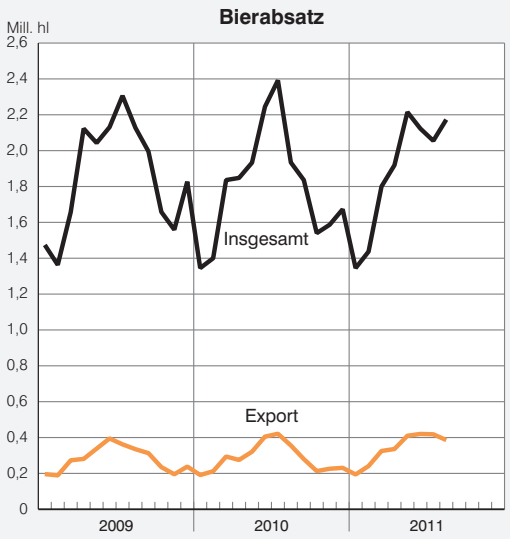


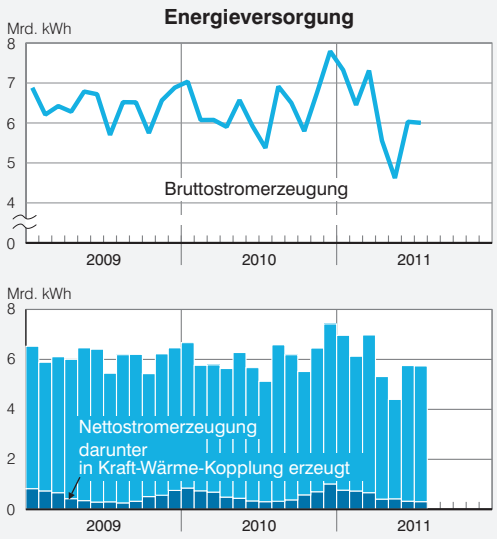


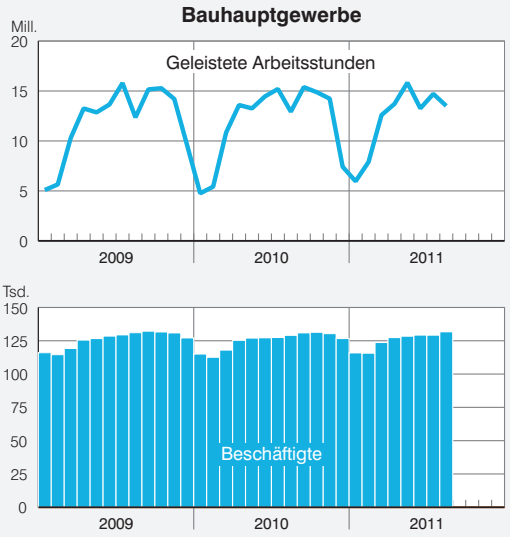
1 Gliederung gemäß WZ 2008 (in Klammern WZ-Kode; Näheres Statistischer Bericht A6501).

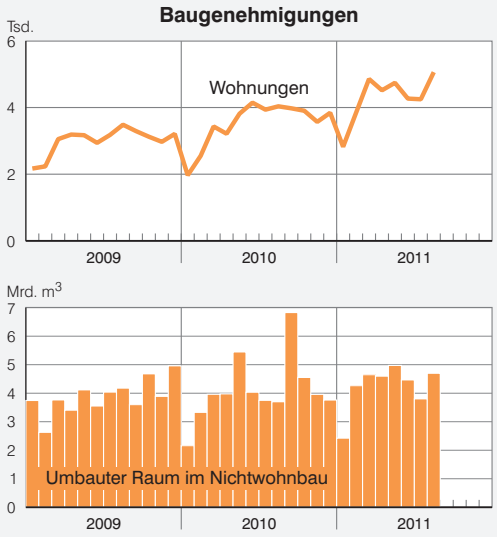


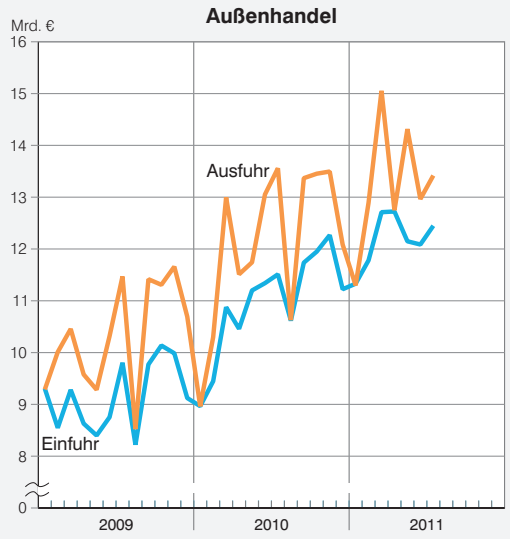
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
2 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
3 Einschließlich Energie.

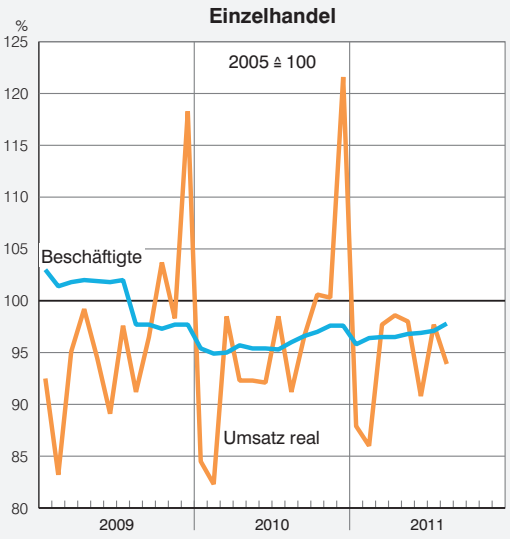

Bierabsatz
Mill. hl
2,6
2,4
2,2
2,0
1,8
1,6
1,4
1,2
1,0
0,8
0,6
0,4
0,2
0
Insgesamt
Export
2009
2010
2011


Energieversorgung
Mrd. kWh
8
7
6
5
4
0
Bruttostromerzeugung
2009
2010
2011
Mrd. kWh
8
6
4
2
0
Nettostromerzeugung
darunter
in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt
2009
2010
2011

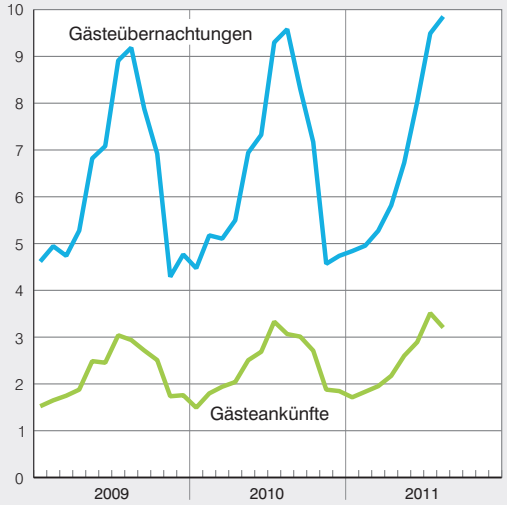

Bauhauptgewerbe
Mill.
20
15
10
5
0
Geleistete Arbeitsstunden
2009
2010
2011
Tsd.
150
125
100
75
50
25
0
Beschäftigte
2009
2010
2011


Baugenehmigungen
Tsd.
6
4
2
0
Wohnungen
2009
2010
2011
Mrd. m³
7
6
5
4
3
2
1
0
Umbauter Raum im Nichtwohnbau
2009
2010
2011

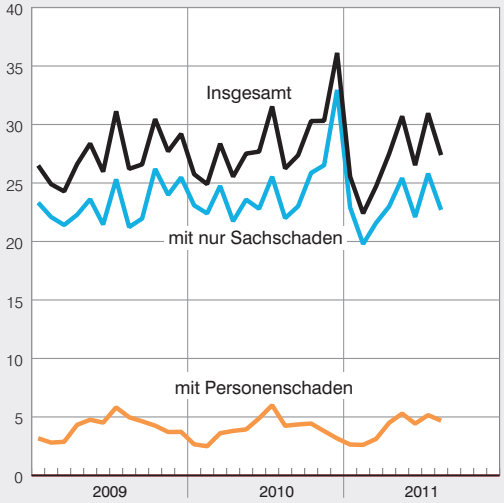

Außenhandel
Mrd. €
16
15
14
13
12
11
10
9
8
0
Ausfuhr
Einfuhr
2009
2010
2011


Einzelhandel
%
125
120
115
110
105
100
95
90
85
80
2005 ≙ 100
Beschäftigte
Umsatz real
2009
2010
2011

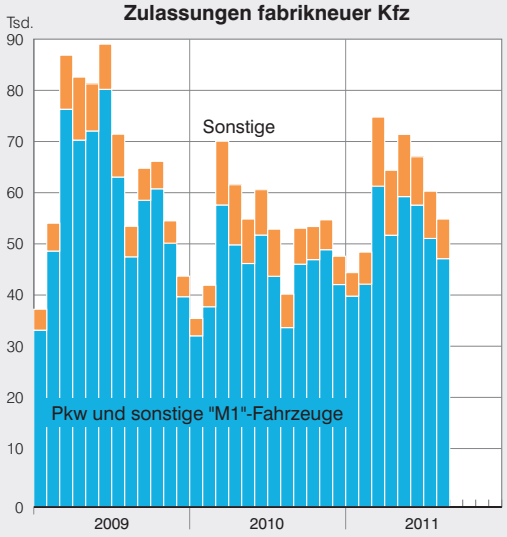
Fremdenverkehr



Straßenverkehrsunfälle

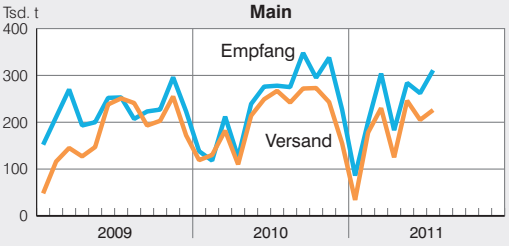


Zulassungen fabrikneuer Kfz

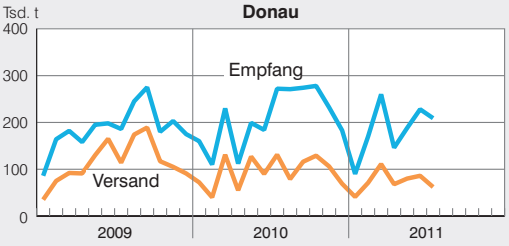


Binnenschifffahrt

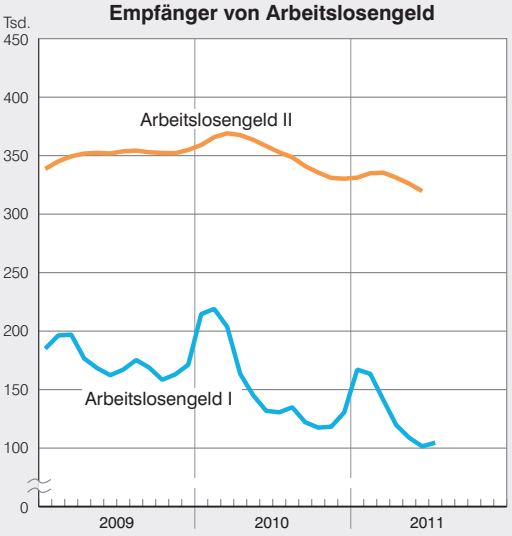
Main



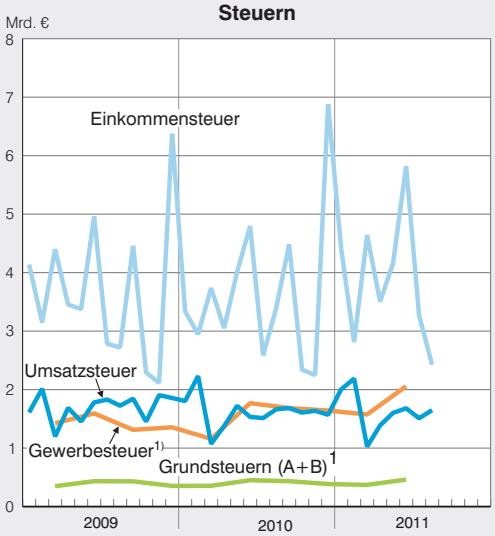
Donau



Empfänger von Arbeitslosengeld

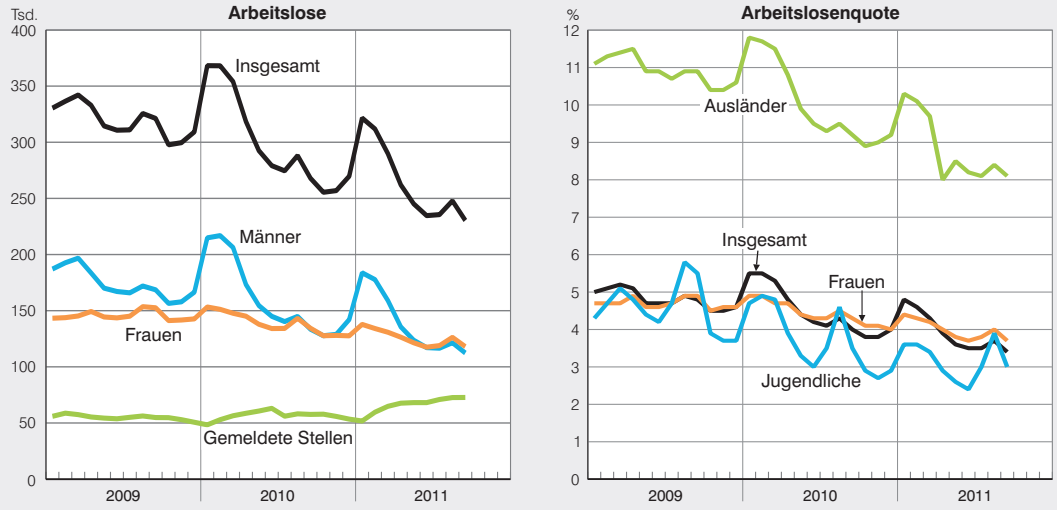


Steuern

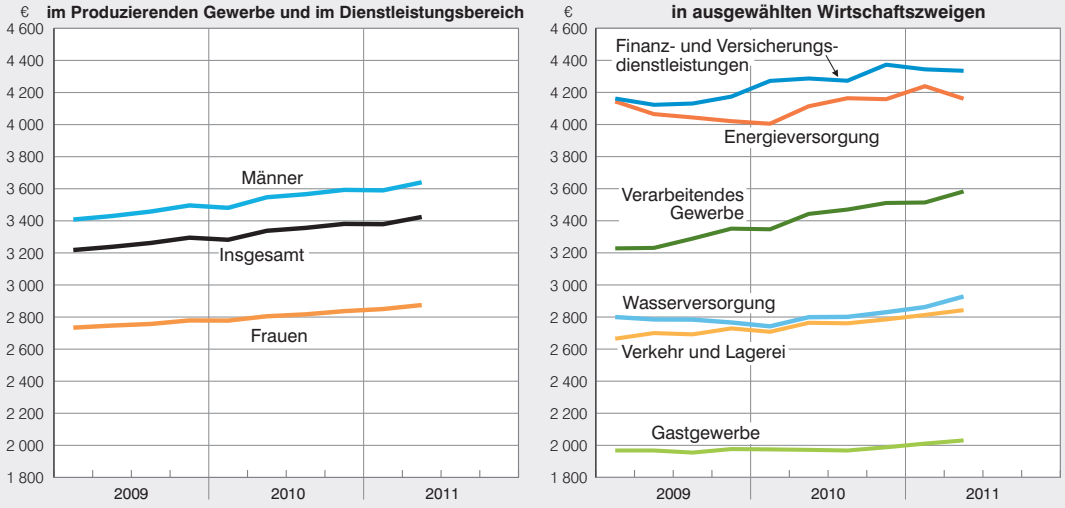


1 Quartalswerte.

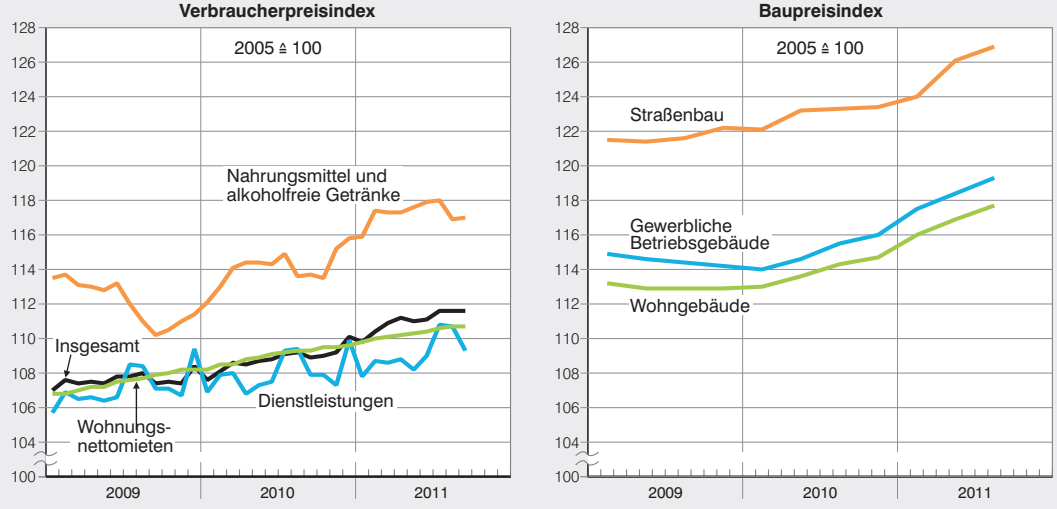
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



September 2011

Statistische Berichte

Angegeben sind die Preise für Druckwerke. Die zugehörigen Dateien sind kostenlos erhältlich unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen.
Soweit Berichte nur als Datei (ND) angeboten werden, ist auf Anfrage ein Druck möglich.

Erwerbstätigkeit

ND • Struktur der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern; Regionalergebnisse des Mikrozensus, Teil V der Ergebnisse der 1%-Mikrozensuserhebung 2010 (Regionen)

Berufliche Schulen, Berufsbildung

9,90 € • Berufsbildung in Bayern Stand: 31. Dezember 2010

Verarbeitendes Gewerbe

5,10 € • Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juli 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

ND • Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juli 2011

ND • Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juli 2011

Baugewerbe insgesamt

6,50 € • Baugewerbe in Bayern im Juni 2011 (Kreisfreie Städte und Gemeinden)

7,90 € • Baugewerbe in Bayern im Juli 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bautätigkeit

8,10 € • Baugenehmigungen in Bayern im Juli 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Binnenhandel

ND • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Mai 2011

ND • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juni 2011

ND • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juli 2011

Außenhandel

ND • Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2011

Tourismus und Gastgewerbe

17,60 € • Tourismus in Bayern im Juli 2011 (Gemeinden)

ND • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Mai 2011

ND • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juni 2011

ND • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juli 2011

Straßen- und Schienenverkehr

ND • Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Juni 2011 - ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats - (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Schiffsverkehr

ND • Binnenschifffahrt in Bayern im Juni 2011 (Häfen)

Sozialhilfe

20,50 € • Sozialhilfe in Bayern 2010 Teil 2: Empfänger (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Staatsfinanzen

5,10 € • Aufkommen an staatlichen Steuern in Bayern sowie Ausgaben und Einnahmen des Landes 2. Vierteljahr 2011

4,90 € • Gemeindefinanzen in Bayern 2. Vierteljahr 2011

Preise und Preisindizes

ND • Verbraucherpreisindex für Bayern im August 2011 sowie Jahreswerte von 2006 bis 2010

6,70 € • Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2005 bis August 2011

4,40 € • Verbraucherpreisindex für Deutschland im August 2011 (Bund)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

23,00 € • Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2011

74,00 € • Statistik lokal 2011 DVD (Bund)

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.

Bestellungen
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Vertrieb
Neuhauser Straße 8
80331 München

Fax 089 2119-457
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Auf Anfrage wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 2010

Inhalt

Zeitreihen	• Zeitreihen zu sämtlichen statistischen Bereichen für die Jahre 1960, 1970, 1980, 1990, 2000 und 2009
Bevölkerung und Kultur	• Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
Wirtschaft und Finanzen	• Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
Soziale Verhältnisse	• Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
Gesamte Volkswirtschaft	• Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
Regionaldaten	• Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
Bund und Länder	• Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
Bayern in Europa	• Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU
Sachverzeichnis	• Merkmalsbezogen tief gegliedert

- 619 Seiten
- Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
- Graphische Darstellungen
- Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
- Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,– €
CD-ROM (PDF)	12,– €
Buch + CD-ROM	46,– €

Bestellungen

Telefon 089 2119-205, -450
Telefax 089 2119-457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:
vertrieb@statistik.bayern.de